

Bundesministerium
Arbeit, Soziales, Gesundheit,
Pflege und Konsumentenschutz

Bericht gem. § 3 Abs. 5 COVID-19-FondsG

des Bundesministeriums für Arbeit, Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz an den zuständigen Ausschuss des Nationalrats über das Kalenderjahr 2025 (Jänner bis Juni 2025, inkl. Darstellung der Gesamtkosten von 2020 bis Juni 2025)

Wien, im September 2025

Inhalt

COVID-19-FondsG-Berichterstattung	3
1 UG 20 – Arbeit.....	4
2 UG 21 – Soziales und Konsumentenschutz.....	8
2.1 Übersicht zu Maßnahmen im Kontext Armut und Freiwilligenwesen	8
2.2 Übersicht zu Maßnahmen im Bereich Langzeitpflege	10
2.3 Härtefallfonds	13
2.4 Tabellarische Darstellung der Zahlungen der UG 21 pro DB.....	15
3 UG 24 – Gesundheit.....	29
3.1 Testen	29
3.2 Impfen.....	33
3.3 Impfkampagne	39
3.4 Covid-19-Arzneimittel.....	42
3.5 Abwassermonitoring.....	46
3.6 Verdienstentgang gemäß Epidemiegesetz	49
3.7 Schutzausrüstung.....	50
3.8 Tabellarische Darstellung der Zahlungen aus der UG 24	51

COVID-19-FondsG-Berichterstattung

Berichtszeitraum: Jänner bis Juni 2025 inkl. Darstellung Gesamtkosten seit 2020

Mit dem vorliegenden Bericht wird eine gesamthafte Darstellung der budgetären Ausgaben aus dem Covid-19-Fonds im Vollzugsbereich des BMASGPK seit Beginn der Pandemie vorgelegt.

In Ergänzung zur bewährten Darstellung der Aufwendungen im Monat Juni 2025 werden auch die in den einzelnen Detailbudgets erfolgten Zahlungen an die Länder bzw. SV-Träger dargestellt, damit ein **gesamthafter Überblick seit Pandemiebeginn** vorliegt.

In Fortsetzung der Gesamberichterstattung bis 30.06.2025 wird dem Bericht auch wieder eine inhaltliche Darstellung zu vorläufigen Ergebnissen bzw. Besonderheiten der jeweiligen Maßnahmengruppen zu den in der jeweiligen Untergliederung erfolgten Zahlungen vorangestellt.

Im gesamten Verlauf der Pandemie wurden aus den Mittel des BMASGPK von 2020 bis 2025 insgesamt folgende Beträge ausbezahlt:

UG 20 Arbeit	108.912.149,70 €
UG 21 Soziales und Konsumentenschutz	216.306.257,00 €
UG 24 Gesundheit	11.257.836.439,24 €
Gesamt	11.583.054.845,94 €

Die Details dazu sind in den folgenden Seiten zu entnehmen.

1 UG 20 – Arbeit

Titel	Sonderbetreuungszeit (DB 20.02.01.00)																										
Mittel aus dem COVID-19-Krisenbewältigungsfonds	15 Mio. € für 2020 und 9,9 Mio. € für 2021, davon 1 Mio. € zur Bedeckung der Abwicklungskosten durch die BHAG. Für 2022 wurden 16,4 Mio. € (2,3 Mio. € davon für Abwicklungskosten durch die BHAG) zur Verfügung gestellt. Für 2023 wurden rd. 9 Mio. € (inkl. Abwicklungskosten durch die BHAG) vorgesehen.																										
Beschreibung der Maßnahmen	<p>Seit 16.3.2020 bestand die Möglichkeit einer Freistellung von der Arbeit in Form einer Sonderbetreuungszeit (SBZ) unter Fortzahlung des Entgelts nach Maßgabe des § 18b Abs. 1 Arbeitsvertragsrechts-Anpassungsgesetzes (AVRAG).</p> <p>Durch die SBZ wurde es Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern, die Kinder bis zum 14. Lebensjahr oder Menschen mit Behinderung betreuen, möglich gemacht, der Betreuung bei laufendem Arbeitsverhältnis nachzugehen, wenn die Schule/die Kinderbetreuungseinrichtung oder die Betreuungseinrichtung wegen COVID-19 (zur Gänze oder zum Teil) behördlich gesperrt war oder der Besuch der Einrichtung aufgrund einer Verkehrsbeschränkung nach dem Epidemiegesetz nicht möglich war. Bis zum Ende der SBZ Phase 6 kam die SBZ weiters in Betracht für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, die Angehörige eines Menschen mit Behinderung mit persönlicher Assistenz oder einer pflegebedürftigen Person sind, wenn deren Betreuung durch den Ausfall der persönlichen Assistenz oder der Betreuungskraft in Folge von COVID-19 nicht mehr sichergestellt war.</p> <p>Seit März 2020 gab es 8 Phasen der SBZ. Der Arbeitgeber hatte für das während der SBZ fortgezahlte Entgelt einen Erstattungsanspruch gegenüber dem Bund; dessen Höhe variierte je nach Phase der SBZ. Der Erstattungsanspruch war mit der monatlichen ASVG-Höchstbeitragsgrundlage gedeckelt. Der Erstattungsanspruch war bei der Buchhaltungsagentur des Bundes geltend zu machen.</p> <table border="1"> <thead> <tr> <th>Phase</th><th>Zeitraum</th><th>Dauer SBZ</th><th>Höhe der Rückerstattung des forgezählten Entgelts</th></tr> </thead> <tbody> <tr> <td>Phase 1</td><td>16.3.2020-31.5.2020</td><td>bis zu 3 Wochen</td><td>33%</td></tr> <tr> <td>Phase 2</td><td>25.7.2020-30.9.2020</td><td>bis zu 3 Wochen</td><td>33%</td></tr> <tr> <td>Phase 3</td><td>1.10.2020-31.10.2020</td><td>bis zu 3 Wochen</td><td>50%</td></tr> <tr> <td>Phase 4</td><td>1.11.2020-9.7.2021</td><td>bis zu 4 Wochen</td><td>100%</td></tr> <tr> <td>Phase 5</td><td>1.9.2021-31.12.2021</td><td>bis zu 3 Wochen</td><td>100%</td></tr> </tbody> </table>			Phase	Zeitraum	Dauer SBZ	Höhe der Rückerstattung des forgezählten Entgelts	Phase 1	16.3.2020-31.5.2020	bis zu 3 Wochen	33%	Phase 2	25.7.2020-30.9.2020	bis zu 3 Wochen	33%	Phase 3	1.10.2020-31.10.2020	bis zu 3 Wochen	50%	Phase 4	1.11.2020-9.7.2021	bis zu 4 Wochen	100%	Phase 5	1.9.2021-31.12.2021	bis zu 3 Wochen	100%
Phase	Zeitraum	Dauer SBZ	Höhe der Rückerstattung des forgezählten Entgelts																								
Phase 1	16.3.2020-31.5.2020	bis zu 3 Wochen	33%																								
Phase 2	25.7.2020-30.9.2020	bis zu 3 Wochen	33%																								
Phase 3	1.10.2020-31.10.2020	bis zu 3 Wochen	50%																								
Phase 4	1.11.2020-9.7.2021	bis zu 4 Wochen	100%																								
Phase 5	1.9.2021-31.12.2021	bis zu 3 Wochen	100%																								

	Phase 6	1.1.2022- 8.7.2022	bis zu 3 Wochen	100%		
	Phase 7	5.9.2022- 31.12.2022	bis zu 3 Wochen	100%		
	Phase 8	1.1.2023- 7.7.2023	bis zu 3 Wochen	100%		
Materielle Auswirkungen	Durch die SBZ und der Fortzahlung des Entgelts wurde den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern die Betreuung naher Angehöriger, gegenüber denen Betreuungspflichten bestanden, im aufrechten Arbeitsverhältnis ohne finanzielle Verluste ermöglicht.					
Finanzielle Auswirkungen	Phase bzw. Zeitraum	eingel. Anträge	ausbez. Anträge	abgel. Anträge	offene Anträge	*Ausz. An Fördernehmer in €
	Phase 1 ABGESCHLOSSEN	4363	4193	170	0	8.943.021,14
	Phase 2 ABGESCHLOSSEN	102	76	26	0	41.512,14
	Phase 3 ABGESCHLOSSEN	405	145	260	0	47.210,86
	Phase 4 ABGESCHLOSSEN	6936	6712	224	0	7.829.663,85
	Phase 5 ABGESCHLOSSEN	8284	7748	536	0	6.618.750,18
	Phase 6 ABGESCHLOSSEN	17927	16372	1555	0	13.864.360,63
	Phase 7 ABGESCHLOSSEN	522	455	67	0	197.963,41
	Phase 8 ABGESCHLOSSEN	207	181	26	0	86.210,33
	*freiwillige Rückzahlungen durch betroffene Unternehmen verursachen in den abgeschlossenen Phasen teilweise geänderte Auszahlungsbeträge					

Titel	Sonderfreistellung Schwangere (DB 20.02.01.00)	
Mittel aus dem COVID-19-Krisenbewältigungsfonds	Aufwandersatz an Krankenversicherungsträger (ÖGK und BVAEB): 30 Mio. € für 2021 und 16,5 Mio. € für 2022. Im Jahr 2023 werden rd. 21 Mio. € für die finalen Kostenerstattungen an ÖGK und BVAEB vorgesehen.	
Beschreibung der Maßnahmen	<p>Von 1. Jänner 2020 bis 30. Juni 2022 hatten schwangere Arbeitnehmerinnen und freie Dienstnehmerinnen, die Arbeiten mit Körperkontakt verrichten, ab Beginn der 14. Schwangerschaftswoche Anspruch auf Freistellung. Danach galt dies nur mehr für Frauen weiter, die bereits am 1.7.2022 schwanger waren. Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber hatten das Entgelt fortzuzahlen und hatten Anspruch auf Ersatz des fortgezählten Entgelts bis zur Höchstbeitragsgrundlage gegenüber dem Krankenversicherungsträger. Die Maßnahme ist nunmehr abgelaufen.</p> <p>Der Bund hatte den Krankenversicherungsträgern die daraus resultierenden Aufwendungen zu ersetzen.</p> <p>Anspruchsvoraussetzungen:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Arbeit mit Körperkontakt • Änderung der Arbeitsbedingungen nicht möglich • Arbeitsplatzwechsel nicht möglich • Zusätzlich ab 1.7.2021 bis 17.3.2022: Kein vollständiger Impfschutz 	
Materielle Auswirkungen	<p>Durch die Freistellung und der Fortzahlung des Entgelts wurden schwangere Arbeitnehmerinnen vor Ansteckung mit COVID-19 ohne finanzielle Verluste geschützt.</p> <p>Der Ersatzanspruch gegenüber den Krankenversicherungsträger, den letztlich der Bund trug, entlastete die Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber.</p>	
Finanzielle Auswirkungen	Erstattungsmonate durch Krankenversicherungsträger	Refundierung an ÖFK und BVAEB anhand Abrechnungen in €
	Bis Statistik Juni 2021	8.721.280,12
	Statistik Juli 2021 bis Oktober 2021	15.935.644,60
	Statistik November 2021 bis Juni 2022	16.501.118,24
	Statistik Juli 2022 bis Mai 2023	17.003.355,17

Titel	Einmalzahlungen für Arbeitslose in Verbindung mit Krankengeldbezug (DB 20.01.01.02)													
Mittel aus dem COVID-19-Krisenbewältigungsfonds	Erstattung der Auszahlungen gemäß § 41 Abs. 5 sowie Abs. 6 AIVG durch den COVID-19 Krisenbewältigungsfonds. Insgesamt in Höhe von rund 9,0 Mio. €.													
Beschreibung der Maßnahmen	<p>Gemäß § 41 (5) AIVG haben Personen, die in den Monaten September bis November 2020 im Anschluss an Arbeitslosengeld oder Notstandshilfe Krankengeld bezogen und aufgrund eines längeren Krankenstandes nicht die volle Einmalzahlung gem. § 66 AIVG erhalten haben, für Jänner 2021 eine Einmalzahlung der Österreichischen Gesundheitskasse (ÖGK) erhalten.</p> <p>Gemäß § 41 (6) AIVG 1977 (BGBl. I Nr. 216/2021) erhalten Personen, die in den Monaten November bis Dezember 2021 im Anschluss an Arbeitslosengeld oder Notstandshilfe Krankengeld gemäß § 41 für mindestens 32 Tage bezogen haben, zur Abdeckung des Sonderbedarfs aufgrund der COVID-19-Krise eine Einmalzahlung in Höhe von 150 Euro.</p> <p>Abwicklung: Die ÖGK hat die Einmalzahlungen an die bezugsberechtigten Personen überwiesen. Dieser Aufwand wurde der ÖGK in Summe durch die Gebahrung Arbeitsmarktpolitik, UG 20, finanziell ersetzt. Seitens des COVID-19 Krisenbewältigungsfonds wurde dieser Aufwandsbetrag an die UG 20 erstattet.</p>													
Materielle Auswirkungen	Die Einmalzahlungen waren Teil der Corona-Hilfsmaßnahmen zur Unterstützung von Arbeitssuchenden, die aufgrund eines längeren Krankenstandes nicht die (volle) Einmalzahlung zur Unterstützung aus der Arbeitslosenversicherung erhielten. Dadurch wurden bei den bezugsberechtigten Personen die durch die Pandemie entstandenen finanziellen Belastungen abgefedert.													
Finanzielle Auswirkungen	<p>Insgesamt wurden seit Beginn der Pandemie im Jahr 2020 folgende Zahlungen getätigt (Beträge in €):</p> <table border="1"> <thead> <tr> <th></th><th>2020 bis 2024</th><th>Jänner bis Juni 2025</th></tr> </thead> <tbody> <tr> <td>2021 § 41 (5) AIVG</td><td>5.505.150,00</td><td>0,00</td></tr> <tr> <td>2022 § 41 (6) AIVG</td><td>3.509.350,00</td><td>0,00</td></tr> <tr> <td>Gesamt</td><td colspan="2">9.014.500,00</td></tr> </tbody> </table>			2020 bis 2024	Jänner bis Juni 2025	2021 § 41 (5) AIVG	5.505.150,00	0,00	2022 § 41 (6) AIVG	3.509.350,00	0,00	Gesamt	9.014.500,00	
	2020 bis 2024	Jänner bis Juni 2025												
2021 § 41 (5) AIVG	5.505.150,00	0,00												
2022 § 41 (6) AIVG	3.509.350,00	0,00												
Gesamt	9.014.500,00													

2 UG 21 –

Soziales und Konsumentenschutz

Im Berichtszeitraum Jänner bis Juni 2025 wurden in der Untergliederung 21 keine Auszahlungen aus dem COVID-19-Krisenbewältigungsfonds getätigt.

Rückzahlungen in diesem Zeitraum erfolgten im Förderbereich in der Höhe von 8.305.478,07 € (davon 8.253.539,36 € für Zweckzuschüsse gem. § 2 Abs. 2b Pflegefondsgesetz). Die Details können den einzelnen Teilbereichen entnommen werden.

Die im Jahr 2023 dem BMSGPK rücküberwiesenen Mittel wurden im Ausmaß von 17.571.049,59 € zur Bedeckung von Mehrerfordernissen in der UG 24 herangezogen.

Die überwiegenden budgetären Aufwendungen im Gesamtverlauf der Pandemie wurden für Maßnahmen im Bereich der Bekämpfung der Armutsfolgen sowie zur Flankierung von Bedarfen im Bereich der Langzeitpflege getätigt. Die auf Grundlage der einzelnen gesetzlichen Grundlagen getätigten Zahlungen sind in den bekannten Übersichten dargestellt.

2.1 Übersicht zu Maßnahmen im Kontext Armut und Freiwilligenwesen

Bereits vor der Pandemie im Jahr 2019 waren laut EU-SILC 1.472.000 Menschen (16,9 % der Gesamtbevölkerung) armuts- oder ausgrenzungsgefährdet. Durch die Folgen von COVID-19 waren unmittelbare Auswirkungen für die besonders gefährdeten Gruppen nicht auszuschließen. Durch die Maßnahmen im COVID Gesetz Armut und die Maßnahmen zum Familienhärteausgleich wurde ein Beitrag zur Abfederung der sozialen Folgen der Krise geleistet, deren Tragweite seinerzeit nicht vollständig abschätzbar war.

Im **Jahr 2020** erfolgten Einmalzahlungen basierend auf der Richtlinie für die Gewährung von Zuwendungen aus dem Familienhärteausgleich mit „Soforthilfewirkung“ in Höhe von insgesamt **13 Mio. €** zur Unterstützung von Kindern mindestsicherungsbeziehender Eltern. Damit wurde ein Beitrag des Bundes zur Milderung pandemiebedingter Krisenfolgen in Mindestsicherungs- bzw. Sozialhilfehaushalten geleistet. Die Förderung wurde in Form eines Pauschalbetrags von 50 € pro Kind und Monat für zwei Monate geleistet. Das

entspricht einer Zuwendung von 100 € pro Kind. Durch diese Maßnahme konnten rund 90.000 Kinder unterstützt werden. Die Mittel wurden gemäß Richtlinie auf die Länder nach ihrem jeweiligen Anteil an Kindern in der Mindestsicherung im Jahresdurchschnitt 2018 aufgeteilt, weshalb die Mittel nur zu 63,58 % ausgeschöpft wurden.

Im **Jahr 2021** erfolgten Einmalzahlungen mit „Soforthilfewirkung“ in Höhe von insgesamt **34 Mio. €**. Die Aufteilung der Mittel für die Zuwendung erfolgte unter Zugrundelegung der zum damaligen Zeitpunkt aktuellsten verfügbaren Zahlen (Mindestsicherungsstatistik der Bundesländer 2019 für die Auszahlung der 20 Mio. € und die von den Ländern gemeldete Kinderzahl zum 31.12.2021 für die Auszahlung der weiteren 14 Mio. €). Die Gesamtmittel in Höhe von 34 Mio. € wurden somit zu 95,42 % ausgeschöpft.

- Im 1. Halbjahr 2021 wurden damit 20 Mio. € zur Finanzierung von Zuwendungen an Kinder in Sozialhilfe- bzw. Mindestsicherungshaushalten und für Energiekostenzuschüsse an Sozialhilfe- bzw. Mindestsicherungshaushalten bereitgestellt. Es wurden 100 € pro Kind und bis zu 100 € pro Haushalt als Energiekostenzuschuss zur Verfügung gestellt. Durch diese Maßnahme konnten rund 72.200 Kinder und 117.283 Haushalte unterstützt werden.
- Im 2. Halbjahr 2021 wurden die Mittel um weitere 14 Mio. € für weitere Kinderzuwendungen aufgestockt. Damit wurden nochmal bis zu 200 € pro Kind in Sozialhilfe- bzw. Mindestsicherungshaushalten zur Verfügung gestellt. Die Auszahlungen erfolgten über die Länder und werden nicht auf die Sozialhilfe bzw. Mindestsicherung angerechnet. Durch diese neuerliche Maßnahme konnten rund 68.400 Kinder unterstützt werden.

Als weitere Maßnahme wurden **12 Mio. €** für Förderungen von Projekten zur Abfederung von „COVID-19 bedingten Krisenfolgen“ für besonders vulnerable Personengruppen aufgewendet.

Weitere **20 Mio. €** wurden für die Sonderrichtlinie „COVID-19 Armutsbekämpfung“ zur Gewährung von Förderungen für Projekte zur Milderung der sozialen Folgen der COVID-19 Pandemie aufgewendet. 2021 wurden 16 Träger in der Höhe von insgesamt rd. 18 Mio. € gefördert. 2 Mio. € wurden im Jahr 2022 für Restzahlungen von diesen bestehenden Förderungen verwendet.

Die Projektbereiche umfassen

- Bekämpfung der sozialen und armutsrelevanten Folgen der COVID-19 Pandemie auf Kinder und Jugendliche
- Versorgungssicherheit bei Lebensmitteln und Bedarfsgütern im Kontext der COVID-19 Pandemie
- Medizinische und psychosoziale Basisversorgung für mehrfach vulnerable Personengruppen im Kontext der COVID-19 Pandemie
- Gewaltprävention und Gewaltschutz im Kontext der COVID-19 Pandemie
- Unterstützung von Entschuldungsprogrammen im COVID-19 Kontext
- Bekämpfung von COVID-19 bedingter Energiearmut
- Unterstützung bei COVID-19 bedingter oder drohender Wohnungslosigkeit.

Ein weiterer Schwerpunkt war 2021 dem Bereich des Freiwilligenwesens gewidmet, da durch gezielte Förderungen im Anerkennungsfonds zivilgesellschaftliches Engagement gewürdigt werden sollte. Mit dem 10. COVID-19-Gesetz und der einmaligen Aufstockung des Anerkennungsfonds konnten Zuwendungen auch im Zusammenhang mit Elementarereignissen, Unglücksfällen außergewöhnlichen Umfanges und außerordentlichen Notständen an 29 anerkannte Träger oder Freiwilligenorganisationen gewährt werden. Die Mittel dienten als Unterstützung infolge covidbedingter Ausgaben zur Aufrechterhaltung ihrer Tätigkeiten oder zur Verhinderung der Einstellung ihrer Tätigkeiten mangels finanzieller Mittel. Die vorhandenen Mittel wurden zur Gänze ausgeschöpft.

2.2 Übersicht zu Maßnahmen im Bereich Langzeitpflege

Die Länder haben zum Zwecke einer Übersicht über die verbrauchten Mittel des Zweckzuschusses gemäß § 2 Abs 2b Pflegefondsgesetz (PFG) ihre Ausgaben an den Bund gemeldet. Diese Ausgaben wurden seitens der Buchhaltungsagentur des Bundes (BHAG) einer Stichprobenprüfung unterzogen, welche mit 30.11.2024 abgeschlossen wurde.

Insgesamt wurden **150 Mio. €** im Vorhinein zur Verfügung gestellt. Erhoben wurden dabei Aufwendungen für bestimmte Maßnahmen, die zwischen 1. März 2020 bis 30. Juni 2022 getätigt wurden und die auf Basis der „Vereinbarung zwischen dem Bund, vertreten durch das Bundesministerium für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz sowie dem Bundesministerium für Finanzen und den Ländern zur operativen Durchführung

betreffend die Zweckzuschüsse gemäß § 2 Abs. 2b des Pflegefondsgesetzes – PFG“, der „Erläuterungen zur Vereinbarung zwischen dem Bund, vertreten durch das Bundesministerium für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz sowie dem Bundesministerium für Finanzen“ sowie der „Abrechnungsmodalitäten der Unterstützung der Länder bei der Finanzierung von außerordentlichen Belastungen und der durch den Wegfall von Betreuungsstrukturen notwendigen Maßnahmen in der Langzeitpflege“ abrechenbar sind. Die Ergebnisse sind in der beiliegenden Tabelle 2.2.1 zusammengefasst.

Der Zweckzuschuss weist gemäß finaler Meldung der Länder und mit 30.11.2024 abgeschlossener Stichprobenprüfung durch die BHAG **österreichweit** einen **Ausschöpfungsgrad von rund 91,24 %** auf.

Der Gesamtaufwand liegt höher als der verausgabte Zweckzuschuss, da von einigen Ländern höhere Beträge als die erhaltenen Zweckzuschuss Mittel abgerechnet wurden.

Die durch die Länder nicht verbrauchten Mittel in Höhe von rund 13,1 Mio. € werden seitens Bundesministeriums für Arbeit, Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz rückgefordert.

Tabelle 2.2.1: Aufwendungen für den Zweckzuschuss § 2 Abs. 2b Pflegefondsgesetz

Abrechnungskategorien 01.03.2020 - 30.06.2022 (Stand: 30.11.2024)		ÖSTERREICH
		Ausgaben
Ersatzbetreuungseinrichtungen (auch für pflege- und betreuungsbedürftige Personen, die COVID-19 infiziert und nicht erkrankt sind; inkl. Plätze in bestehenden Pflegeheimen, Reha- und Kureinrichtungen)	Gesamt	8.380.558,69 €
	Sachaufwand	6.129.001,21 €
	Personalaufwand	2.543.569,65 €
	Investitionen	621.118,98 €
	Einnahmen (=Kostenbeiträge)	913.131,15 €
Clearingstellen wie insbesondere die Ausweitung der telefonischen Beratung (inkl. Personalausbau innerhalb der Landesverwaltung hierfür)	Gesamt	860.760,11 €
	Sachaufwand	39.166,47 €
	Personalaufwand	821.593,64 €
	Investitionen	
Bonus für 24-Stunden-Betreuungskräfte (Beginn des Turnus vor dem 30.06.2020 und Ende spätestens am 31.07.2020)	Gesamt	15.634.917,50 €
	Sachaufwand	9.226.417,50 €
	Personalaufwand	0,00 €
Kostenersatz für Testungen von 24-Stunden-Betreuungskräften	Gesamt	3.921.126,65 €
	Gesamt-Sachaufwand in- und ausländisch	2.154.540,72 €
	Gesamt-Personalaufwand in- und ausländisch	410.549,00 €
	ausländische Testungen	2.131.516,74 €
	Sachaufwand ausländisch	1.401.797,33 €
	Personalaufwand ausländisch	0,00 €
	inländische Testungen	507.854,22 €
	Sachaufwand inländisch	97.305,22 €
	Personalaufwand inländisch	410.549,00 €
Vorhaltekosten für Ersatzbetreuungseinrichtungen (inkl. Hotels und Beherbergungsbetriebe)	Gesamt	2.766.696,17 €
	Sachaufwand	2.586.604,03 €
	Personalaufwand	0,00 €
	Investitionen	20.148,31 €
Anschaffung der Rechtsträger für Schutzausrüstungen, Hygieneartikel (wenn iZm Ersatzbetreuungseinrichtungen, ansonsten Verweis auf COVID-19-Zweckzuschussgesetz)	Gesamt	0,00 €
	Sachaufwand	
	Personalaufwand	
Übernahme von 24-Stunden-Betreuungstätigkeiten durch Hauskrankenpflege	Gesamt	193.905,67 €
	Sachaufwand	153.978,63 €
	Personalaufwand	39.927,04 €
Personalkosten zur Vermeidung von un- und Unterversorgung im häuslichen Umfeld durch mobile Dienste	Gesamt	2.952.841,93 €
	Sachaufwand	
	Personalaufwand	2.952.841,93 €
Maßnahmen im Rahmen des Besuchsmanagements (exkl. Kosten für Testkits)	Gesamt	29.263.525,85 €
	Sachaufwand	2.199.236,59 €
	Personalaufwand	15.482.558,23 €
	Investitionen	540.719,86 €
Kosten für Hilfspersonal , das erforderlich ist, um geschultes Fachkräftepersonal zu entlasten und zu unterstützen, um Pflege- und Betreuungsleistungen qualitätsgesichert aufrecht zu erhalten	Gesamt	16.948.304,90 €
	Sachaufwand	6.892,07 €
	Personalaufwand	7.529.443,10 €
Kosten von Unterstützungsstrukturen für das Pflege- und Betreuungspersonal (z.B. Coachingmaßnahmen, Supervisionen), um einen Ausfall des Pflege- und Betreuungspersonals hintanzuhalten	Gesamt	3.023.004,78 €
	Sachaufwand	949.481,26 €
	Personalaufwand	954.392,45 €
Personalkosten , die im Zuge der Unterstützung des Pflege- und Betreuungspersonals in Alten- und Pflegeheimen durch mobile Hilfsdienste zur Entlastung des Pflege- und Betreuungspersonals in den Alten- und Pflegeheimen	Gesamt	3.710.002,80 €
	Sachaufwand	9.308,00 €
	Personalaufwand	3.700.694,80 €
Bonizahlungen an Betreuungs-, Pflege- und Reinigungspersonal	Gesamt	47.183.385,81 €
	Bonizahlungen an Betreuungs- und Pflegepersonal	
	Bonizahlungen an Pflegepersonal in Bereichen der Betreuung von Menschen mit Behinderung	
	Bonizahlungen an Reinigungspersonal	
Personal-/Verwaltungsaufwand des Landes für alle Maßnahmen	Gesamt	3.458.258,98 €
Gesamtaufwand gemäß BHAG	Gesamt	138.297.289,84 €
Ausbezahlter Zweckzuschuss	lt. Vereinbarung Stand 06.12.2021	150.000.000,00 €
Verausgabter Zweckzuschuss	01.03.2020 - 30.11.2024	136.854.153,84 €
Nicht verausgabter Zweckzuschuss (Rückforderungen)	per 30.11.2024	13.145.846,16 €
Zweckzuschuss-Ausschöpfungsgrad	01.03.2020 - 30.11.2024	91,24%

2.3 Härtefallfonds

An Personen, die vor Ausbruch der COVID-Pandemie in mehr als einem geringfügigen Beschäftigungsverhältnis standen (§ 471f ASVG) oder fallweise beschäftigt waren (§ 33 Abs. 3 ASVG) und mit ihrem Gesamteinkommen über die monatliche Geringfügigkeitsgrenze kamen, wurden, als nachträglicher Ersatz für durch die COVID-19-Pandemie verursachte Einkommensausfälle, Förderungen aus dem Härtefallfonds ausgezahlt, sofern eine wirtschaftlich signifikante Bedrohung (Härtefall) vorlag.

Die Richtlinie des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz zur Regelung der Auszahlungs- und Abwicklungsmodalitäten der Förderung im Rahmen des Härtefallfonds für mehrfach geringfügig Beschäftigte und fallweise Beschäftigte vom 28. Juni 2022 wurde im Einvernehmen mit dem Vizekanzler, dem Bundesminister für Finanzen und dem Bundesminister für Arbeit und Wirtschaft erlassen. Anträge gemäß dieser Richtlinie konnten von 19. September bis 30. November 2022 eingebracht werden.

Nachdem mit BGBl. I Nr. 170/2022 das Härtefallfondsgesetz verlängert wurde, wurde mit der Richtlinie des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz zur Regelung der Auszahlungs- und Abwicklungsmodalitäten der Förderung im Rahmen des Härtefallfonds für mehrfach geringfügig Beschäftigte und fallweise Beschäftigte vom 23. November 2022 die Antragsfrist, im Einvernehmen mit dem Vizekanzler, dem Bundesminister für Finanzen und dem Bundesminister für Arbeit und Wirtschaft, dahingehend adaptiert, dass Anträge bis 30. April 2023 eingebracht werden konnten.

Die Dotierung erfolgte durch den COVID-19-Krisenbewältigungsfonds und die Abwicklung im Auftrag des BMSGPK durch die Wirtschaftskammer Österreich (WKÖ).

Im Rahmen des Härtefallfonds wurde der WKÖ ein Betrag in Höhe von maximal 83.000.000 € aus dem COVID-19-Krisenbewältigungsfonds für die Gewährung von Förderungen in Aussicht gestellt. Die erste Tranche in Höhe von 20.000.000 € wurde im September 2022 vom BMSGPK an die WKÖ ausgezahlt.

Da die Antragsfrist für Förderungen aus dem Härtefallfonds für mehrfach geringfügig Beschäftigte und fallweise Beschäftigte mit 30. April 2023 abgelaufen ist und mit Ende Mai 2023 alle fristgerecht eingelangten Anträge bearbeitet bzw. die entsprechenden

Förderungen ausbezahlt waren, erfolgte durch die WKÖ im Juni 2023 die Rücküberweisung nicht verbrauchter Mittel an das BMSGPK.

Nach Abzug der ausbezahlten Fördermittel in Höhe von 3.027.288,75 € und der Kosten für die Beauftragung des Dachverbands der Sozialversicherungsträger für die technische Umsetzung der erforderlichen Schnittstelle in Höhe von 126.038,06 € (inkl. USt.) ergab sich, zuzüglich Zinsen, abzüglich KESt und Bankspesen, ein Saldo in Höhe von 16.853.751,36 €. Hiervon wurde seitens der WKÖ eine Reserve in Höhe von 153.751,36 € für allfällige Nachzahlungen, die sich durch die Ergebnisse der Ex-Post-Prüfung ergeben könnten, einbehalten und ein Betrag in Höhe von 16.700.000,00 € an das BMSGPK rücküberwiesen.

Die Ex-Post-Prüfung wurde im Juni 2024 abgeschlossen. Nachzahlungen oder Rückforderungen aufgrund der Ergebnisse der Prüfung waren nicht erforderlich.

Im Zuge der Endabrechnung im Anschluss an die Ex-Post-Prüfung erfolgte die Rückzahlung der bei der WKÖ verbliebenen Reserve an das BMSGPK. Zuzüglich Zinsen, abzüglich KESt und finaler Bankspesen, wurde ein Betrag iHv. 155.477,56 € an das BMSGPK überwiesen.

Die Statistik zum Stichtag 31.12.2024 stellt sich daher wie folgt dar:

- Eingelangte Anträge: 6.997
- Positiv erledigte Anträge: 907
- Abgelehnte Anträge: 6.086
- Offene Anträge: 0
- Zurückgezogene Anträge: 4
- Durchschnittliche Förderhöhe pro Fördernehmer:in: 3.337,69 €

Von der WKÖ zur Zahlung freigegebenes Fördervolumen: **3.027.288,75 €**

2.4 Tabellarische Darstellung der Zahlungen der UG 21 pro DB

Titel	Grüner Pass, Teil UG 21 (DB 21.01.01.00)		
Im BFG 2025 veranschlagte Mittel aus dem COVID-19-Krisenbewältigungsfonds	Keine Veranschlagung im BFG 2025 205.614,00 € im Jahr 2021 ausbezahlt		
Beschreibung der Maßnahmen	Die bereitgestellten Mittel wurden für den IT-Betrieb des Grünen Passes benötigt. Grundlage: MRV 52/11 vom 17. März 2021		
Materielle Auswirkungen	Mit dem Grünen Pass wurde ein Instrument zur Verfügung gestellt, welches einen einheitlich gestalteten Nachweis über den Impf-, Genesungs- bzw. Teststatus einzelner Personen ermöglicht.		
Finanzielle Auswirkungen	Insgesamt wurden seit Beginn der Pandemie im Jahr 2020 folgende Zahlungen getätigt (Beträge in €):		
		2020 bis 2024	Jänner bis Juni 2025
	Summe	205.614,00	0,00
	Gesamt	205.614,00	

Titel	Covid-19 Gesetz Armut (DB 21.01.04.00)
Im BFG 2025 veranschlagte Mittel aus dem COVID-19-Krisenbewältigungsfonds	Keine Veranschlagung im BFG 2025 12.000.000,00 € im Jahr 2021 ausbezahlt
Beschreibung der Maßnahmen	<p>Die bereitgestellten Mittel wurden im Jahr 2021 für Förderungen von gemeinnützigen Organisationen im Rahmen der ARR 2014 eingesetzt. Folgende Projektträger wurden mit insgesamt 11.730.126,00 € gefördert:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Verein Autonome Österreichische Frauenhäuser • Pro mente Oberösterreich • Sindbad - Mentoring für Jugendliche Österreich • Theater der Unterdrückten • Verein Pat:innen für alle • Verein Kriseninterventionszentrum • AFYA – Verein zur interkulturellen Gesundheitsförderung • Gemeinsam - Verein Interkulturelle Arbeit • Bundesverband Österreichischer Psycholog:innen • Die möwe • Verein zur Förderung und Führung von Kindern-, Jugend- und Familiencamps • Verband der österreichischen Tafeln • ÖPA – Österreichische Plattform für alleinerziehende Mütter/Väter und ihre Kinder • FEM.A – Verein Feministische Alleinerzieherinnen • Verein für Männer- und Geschlechterthemen Steiermark • poika – Verein zur Förderung von gendersensibler Bubenarbeit in Erziehung und Unterricht • Die Armutskonferenz • Verein MAIZ, Autonomes Zentrum von und für Migrantinnen • Institut für Konfliktforschung • Österreichischer Gewerkschaftsbund • Dachverband Männer-, Burschen-, und Väterarbeit Österreich (DMÖ) • Institut für Frauen- und Männergesundheit • "Wiener Frauenhäuser" - Soziale Hilfen für von Gewalt betroffene Frauen und ihre Kinder • undok - Verband zur gewerkschaftlichen Unterstützung undokumentiert Arbeitender • ASB Schuldnerberatungen GmbH • Volkshilfe Solidarität • Verein Grow together. Für einen guten Start ins Leben • Verein zur Förderung der National Coalition – Netzwerk Kinderrechte Österreich

	<p>Sämtliche Förderungen wurden zur COVID-19 bedingten Armutsbekämpfung verwendet. Die geförderten Projekte weisen folgende Schwerpunkte auf:</p> <ul style="list-style-type: none">• Bekämpfung der sozialen und armutsrelevanten Folgen der COVID-19 Pandemie auf Kinder und Jugendliche• Versorgungssicherheit bei Lebensmitteln und Bedarfsgütern im Kontext der COVID-19 Pandemie• Medizinische und psychosoziale Basisversorgung für mehrfach vulnerable Personengruppen im Kontext der COVID-19 Pandemie• Gewaltprävention und Gewaltschutz im Kontext der COVID-19 Pandemie• Unterstützung bei COVID-19 bedingter oder drohender Wohnungslosigkeit <p>Die übrigen Mittel in Höhe von 269.874,00 € wurden für Werkverträge eingesetzt. Hierzu wird auf die Angaben zum nachfolgenden Ausgabenschwerpunkt verwiesen.</p> <p>Bei den folgenden gemeinnützigen Organisationen, die im Jahr 2021 im Rahmen der ARR 2014 Förderungen erhalten haben, erfolgte nach Abrechnung im Jahr 2025 die Rückzahlung von nicht anerkannten Fördermitteln:</p> <ul style="list-style-type: none">• Institut für Frauen- und Männergesundheit <p>Gesetzliche Grundlage: Bundesgesetz zur Bekämpfung pandemiebedingter Armutsfolgen (COVID-19-Gesetz-Armut), BGBl. I Nr. 135/2020</p>									
Materielle Auswirkungen	<p>Bereits vor der Pandemie im Jahr 2019 waren laut EU-SILC 1.472.000 Menschen (16,9 % der Gesamtbevölkerung) armuts- oder ausgrenzungsgefährdet. Durch die Folgen von COVID-19 droht längerfristig ein Anstieg der Armutsgefährdung. Die geförderten Projekte sollen daher die Unterstützung von armuts- oder ausgrenzungsgefährdeten Personen gewährleisten, die von den Folgen der COVID-19 Pandemie besonders betroffen sind. Mit den o.g. Projekten wurde ein Beitrag zur Abfederung der sozialen Folgen der Krise geleistet, deren Tragweite seinerzeit nicht vollständig abschätzbar war.</p>									
Finanzielle Auswirkungen	<p>Folgende Zahlungen wurden im Jahr 2025 von den angeführten NGO's rücküberwiesen (Beträge in €):</p> <table><tr><td></td><td>Vormonate</td><td>Juni 2025</td></tr><tr><td>Summe</td><td>-51.938,71 €</td><td>0,00 €</td></tr><tr><td>Gesamt</td><td colspan="2">-51.938,71 €</td></tr></table>		Vormonate	Juni 2025	Summe	-51.938,71 €	0,00 €	Gesamt	-51.938,71 €	
	Vormonate	Juni 2025								
Summe	-51.938,71 €	0,00 €								
Gesamt	-51.938,71 €									

	Insgesamt wurden seit Pandemiebeginn im Jahr 2020 folgende Zahlungen getätigt (Beträge in €):	
	2020 bis 2024	Jänner bis Juni 2025
	Summe	10.705.632,94
	Gesamt	10.653.694,23

Titel	Covid-19 Gesetz Armut (DB 21.01.04.00)											
Im BFG 2025 veranschlagte Mittel aus dem COVID-19-Krisenbewältigungsfonds	Keine Veranschlagung im BFG 2025											
Beschreibung der Maßnahmen	<p>Ein Teil der bereitgestellten Mittel wurden im Jahr 2021 für Werkverträge eingesetzt. Damit wurden folgende Projekte finanziert:</p> <p>Volkshilfe Wien gemeinnützige Betriebs-GmbH: „Vorstudie betreffend die Durchführung von Projekten zur COVID-19-bedingten Delogierungsprävention und Wohnungssicherung“</p> <p>Bundesanstalt Statistik Austria, SILC Express: „So geht’s uns heute.“ Pilotstudie für die unterjährige Datenerhebung zu sozialer Eingliederung, Lebensbedingungen und Wohlbefinden (nationale Kofinanzierung zu Eurostat Grant SMP-ESS-2021-ILC-SILC_IBA)</p> <p>Österreichisches Institut für Wirtschaftsforschung (WIFO) Studie Familienleistungen nach Familientypen</p> <p>Gesetzliche Grundlage: Bundesgesetz zur Bekämpfung pandemiebedingter Armutsfolgen (COVID-19-Gesetz-Armut), BGBl. I Nr. 135/2020</p>											
Materielle Auswirkungen	<p>Bereits vor der Pandemie im Jahr 2019 waren laut EU-SILC 1.472.000 Menschen (16,9 % der Gesamtbevölkerung) armuts- oder ausgrenzungsgefährdet. Durch die Folgen von COVID-19 droht längerfristig ein Anstieg der Armutsgefährdung und der Gefahr von Delogierungen und Wohnungslosigkeit.</p> <p>Die geförderten Projekte sollen daher die Unterstützung von armuts- oder ausgrenzungsgefährdeten Personen gewährleisten, die von den Folgen der COVID-19 Pandemie besonders betroffen sind. Mit den o.g. Projekten wurde ein Beitrag zur Abfederung der sozialen Folgen der Krise geleistet werden, deren Tragweite seinerzeitig nicht vollständig abschätzbar war.</p>											
Finanzielle Auswirkungen	<p>Insgesamt wurden seit Beginn der Pandemie im Jahr 2020 folgende Zahlungen getätigt (Beträge in €):</p> <table><tr><td></td><td>2020 bis 2024</td><td>Jänner bis Juni 2025</td></tr><tr><td>Summe</td><td>269.874,00</td><td>0,00</td></tr><tr><td>Gesamt</td><td colspan="2">269.874,00</td></tr></table>				2020 bis 2024	Jänner bis Juni 2025	Summe	269.874,00	0,00	Gesamt	269.874,00	
	2020 bis 2024	Jänner bis Juni 2025										
Summe	269.874,00	0,00										
Gesamt	269.874,00											

Titel	Covid-19 Gesetz Armut (DB 21.01.04.00)
Im BFG 2025 veranschlagte Mittel aus dem COVID-19-Krisenbewältigungsfonds	Keine Veranschlagung im BFG 2025 18.000.000,00 € im Jahr 2021 2.000.000,00 € im Jahr 2022
Beschreibung der Maßnahmen	<p>Die bereitgestellten Mittel wurden für Förderungen von gemeinnützigen Organisationen im Rahmen der Sonderrichtlinie „COVID-19-Armutsbekämpfung“ eingesetzt. Folgende Projektträger wurden insgesamt mit 19.687.017,04 € gefördert:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Big Brothers Big Sisters Österreich • JUNO • FOOTPrint – Betreuung, Freiraum & Integration für Betroffene von Frauenhandel & Gewalt • Caritas Österreich • Neunerhaus – Hilfe für obdachlose Menschen • BAWO – Bundesarbeitsgemeinschaft Wohnungslosenhilfe • RepaNet – Re-Use- und Reparaturnetzwerk • ABZ* Austria Verein zur Förderung von Arbeit, Bildung und Zukunft von Frauen • ISOP Innovative Sozialprojekte GmbH • Volkshilfe Solidarität • Fremde werden Freunde • Hilfswerk Österreich • Diakonie Eine Welt - Sozialministerium • Die Armutskonferenz • Verband der österreichischen Tafeln • Bundesgemeinschaft Freie Wohlfahrt <p>Sämtliche Förderungen werden zur COVID-19 bedingten Armutsbekämpfung verwendet. Die geförderten Projekte weisen folgende Schwerpunkte auf:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Bekämpfung der sozialen und armutsrelevanten Folgen der COVID-19-Pandemie auf Kinder und Jugendliche • Medizinische und psychosoziale Basisversorgung für mehrfach vulnerable Personengruppen im Kontext der COVID-19 Pandemie • Gewaltprävention und Gewaltschutz im Kontext der COVID-19 Pandemie • Unterstützung bei COVID-19 bedingter oder drohender Wohnungslosigkeit <p>Gesetzliche Grundlage: Die Erstellung der Inhalte der Sonderrichtlinie „COVID-19 Armutsbekämpfung“ erfolgte auf Grundlage der zwischen dem</p>

	Bundesminister für Finanzen und dem Bundesminister für Soziales, Gesundheit, Pflege und Kosumentenschutz im Oktober 2020 geschlossenen Vereinbarung im Rahmen des COVID-19-Gesetz-Armut, wonach 20 Mio. € aus dem COVID-19 Krisenbewältigungsfonds für Projektförderungen an gemeinnützige Organisationen zur Milderung der sozialen und armutsrelevanten Folgen der COVID-19 Pandemie auf armuts- und ausgrenzungsgefährdete Personen verwendet werden sollen.									
Materielle Auswirkungen	Bereits vor der Pandemie im Jahr 2019 waren laut EU-SILC 1.472.000 Menschen (16,9 % der Gesamtbevölkerung) armuts- oder ausgrenzungsgefährdet. Durch die Folgen von COVID-19 droht längerfristig ein Anstieg der Armutsgefährdung. Die geförderten Projekte sollen daher die Unterstützung von armuts- oder ausgrenzungsgefährdeten Personen gewährleisten, die von den Folgen der COVID-19 Pandemie besonders betroffen sind. Mit den o.g. Projekten wurde ein Beitrag zur Abfederung der sozialen Folgen der Krise geleistet, deren Tragweite nach seinerzeitig nicht vollständig abschätzbar war.									
Finanzielle Auswirkungen	<div>Insgesamt wurden seit Pandemiebeginn im Jahr 2020 folgende Zahlungen getätigt (Beträge in €):</div> <table><tr><td></td><td>2020 bis 2024</td><td>Jänner bis Juni 2025</td></tr><tr><td>Summe</td><td>18.977.967,13</td><td>0,00</td></tr><tr><td>Gesamt</td><td colspan="2">18.977.967,13</td></tr></table>		2020 bis 2024	Jänner bis Juni 2025	Summe	18.977.967,13	0,00	Gesamt	18.977.967,13	
	2020 bis 2024	Jänner bis Juni 2025								
Summe	18.977.967,13	0,00								
Gesamt	18.977.967,13									

Titel	Covid-19 Gesetz Armut (DB 21.01.04.00)
Im BFG 2025 veranschlagte Mittel aus dem COVID-19-Krisenbewältigungsfonds	Keine Veranschlagung im BFG 2025 14.000.000,00 € im Jahr 2021 ausbezahlt
Beschreibung der Maßnahmen	<p>Die bereitgestellten Mittel wurden im Jahr 2. Halbjahr 2021 für folgende Unterstützungen an Sozialhilfe- bzw. Mindestsicherungshaushalte eingesetzt: Zuwendungen für Kinder in Sozialhilfe- bzw. Mindestsicherungshaushalten in Höhe von <u>bis zu 200 €</u> pro Kind (=Weiterführung der Anfang 2021 ebenfalls aus Mitteln des COVID-19-Gesetz-Armut finanzierten Maßnahme; Stichtag 31.7.2021);</p> <p>Die Leistung gebührte zusätzlich zu regulären Sozialhilfe- bzw. Mindestsicherungs-Leistungen und gelangt über die Länder automatisch zur Auszahlung; die Abwicklung erfolgt auf Basis von Richtlinien des BMSGPK, die im Einvernehmen mit dem BMF erstellt wurden (und am 15.7.2021 in Kraft getreten sind).</p> <p>Gesetzliche Grundlage: Bundesgesetz zur Bekämpfung pandemiebedingter Armutsfolgen (COVID-19-Gesetz-Armut), BGBl. I Nr. 135/2020, idF BGBl. I Nr. 58/2021</p>
Materielle Auswirkungen	<p>Die finanziellen Zuwendungen an Sozialhilfe- bzw. Mindestsicherungs-Haushalte für Kinder tragen zu einer Verbesserung der Einkommenssituation vulnerabler Personengruppen bei. Diese geraten durch die anhaltende COVID-19-Krisensituation zunehmend in die Situation, Kosten für die Lebenshaltung bzw. für Energie nicht mehr tragen zu können.</p> <p>Mit den o.g. Maßnahmen wurde ein Beitrag zur Abfederung der sozialen Folgen der Krise geleistet, deren Ausmaß seinerzeitig noch nicht abschätzbar war. Das Ziel war bis zu 73.000 Kinder zu erreichen.</p>
Finanzielle Auswirkungen	<p>Es wurden 14.000.000,00 € im Juli 2021 an die Bundesländer zur Auszahlung überwiesen. Laut Endabrechnung gaben die Länder davon 13.574.800,86 € aus.</p> <p>Die nicht verwendeten Mittel iHv 425.199,14 € wurden von den Ländern im Jahr 2022 zur Gänze rücküberwiesen.</p>

	Insgesamt wurden seit Beginn der Pandemie im Jahr 2020 folgende Zahlungen getätigt (Beträge in €):	
	2020 bis 2024	Jänner bis Juni 2025
	Summe	13.574.800,86
	Gesamt	13.574.800,86

Titel	Corona-Familienhärteausgleich, Teil UG 21										
Im BFG 2025 veranschlagte Mittel aus dem COVID-19-Krisenbewältigungsfonds	Keine Veranschlagung im BFG 2025 13.000.000,00 € im Jahr 2020 ausbezahlt										
Beschreibung der Maßnahmen	<p>Finanzielle Zuwendungen an Kinder in Sozialhilfe- bzw. Mindestsicherungshaushalten in Höhe von 50 Euro/Kind und Monat für 2 Monate; die Leistung gebührte zusätzlich zu „regulären“ Sozialhilfe- bzw. Mindestsicherungsleistungen und gelangte über die Länder automatisch zur Auszahlung; die Abwicklung erfolgte auf Basis von Richtlinien des BMSGPK, die im Einvernehmen mit dem BMAFJ erstellt wurden (und am 1.07.2020 in Kraft getreten waren).</p> <p>Gesetzliche Grundlage: § 38a Abs. 11 bis 14 Familienlastenausgleichsgesetz 1967, BGBl. Nr. 376/1967 idF des BGBl. Nr. 28/2020 (6. COVID-19-Gesetz)</p>										
Materielle Auswirkungen	<p>Mit den Zuwendungen leistete der Bund einen Beitrag zur Milderung pandemiebedingter Krisenfolgen in einkommensschwachen Haushalten (Entlastung bei Ausgaben des täglichen Bedarfs).</p> <p>Die Endabrechnung ergab, dass 89.681 Kinder mit diesen Mitteln unterstützt wurden.</p>										
Finanzielle Auswirkungen	<p>Es wurden 13.000.000 € im Juli 2020 an die Bundesländer zur Auszahlung an die begünstigten Familien überwiesen. Laut Endabrechnung gaben die Länder davon 8.265.103,62 € aus.</p> <p>Die nicht verwendeten Mittel iHv 4.734.896,38 € wurden von den Ländern im Jahr 2021 zur Gänze rücküberwiesen.</p> <p>Insgesamt wurden seit Beginn der Pandemie im Jahr 2020 folgende Zahlungen getätigt (Beträge in €):</p> <table border="1"> <tr> <td></td><td>2020 bis 2024</td><td>Jänner bis Juni 2025</td></tr> <tr> <td>Summe</td><td>8.265.103,62</td><td>0,00</td></tr> <tr> <td>Gesamt</td><td colspan="2">8.265.103,62</td></tr> </table>			2020 bis 2024	Jänner bis Juni 2025	Summe	8.265.103,62	0,00	Gesamt	8.265.103,62	
	2020 bis 2024	Jänner bis Juni 2025									
Summe	8.265.103,62	0,00									
Gesamt	8.265.103,62										

Titel	Anerkennungsfonds für Freiwilligenengagement (DB 21.01.04.00)				
Im BFG 2025 veranschlagte Mittel aus dem COVID-19-Krisenbewältigungsfonds	Keine Veranschlagung im BFG 2025 580.000,00 € im Jahr 2020 ausbezahlt 20.000,00 € im Jahr 2021 ausbezahlt				
Beschreibung der Maßnahmen	<p>Mit dem 10. COVID-19-Gesetz und der einmaligen Aufstockung hat der bestehende Anerkennungsfonds auch Anwendung auf Maßnahmen und Aktivitäten, die von anerkannten Trägern und Freiwilligenorganisationen gemäß FreiwG zur Bewältigung der COVID-19-Krise geleistet wurden, gefunden. Damit konnten Zuwendungen an anerkannte Träger/Freiwilligenorganisationen gemäß § 36 Abs. 1a FreiwG gewährt werden, die 2020 im Zusammenhang mit der Bewältigung der COVID-19-Krise standen und zur Sicherung des Freiwilligenengagements dienten.</p> <p>Gesetzliche Grundlage: § 36 Abs 1a Freiwilligengesetz, StF: BGBl. I Nr. BGBl. I Nr. 17/2012, BGBl I Nr. 41/2020 (10. COVID-19-Gesetz)</p>				
Materielle Auswirkungen	29 anerkannte Träger und Freiwilligenorganisationen gemäß FreiwG haben Mittel aus dem Anerkennungsfonds als Unterstützung infolge covidbedingter Ausgaben zur Aufrechterhaltung ihrer Tätigkeiten oder zur Verhinderung der Einstellung ihrer Tätigkeiten mangels finanzieller Mittel erhalten (z.B. ASBÖ, Verein FSJ, Volontariat bewegt, Internationale Freiwilligeneinsätze, Caritas, Österr. Rote Kreuz etc.). Verteilung Bundesländer: K 2, OÖ 5, Sbg. 1, Stmk. 2, T 2, V 1, W 16).				
Finanzielle Auswirkungen	Es wurden Zahlungen in Höhe von 600.000,00 € an den Anerkennungsfonds für Freiwilligenengagement geleistet:				
	eingelangte Anträge	davon bewilligt	davon abgelehnt	davon offen	Auszahlungen
	37	29	8	0	600.000,00 € (davon 20.000,00 € 2021 vom Fonds ausbezahlt)
	Insgesamt wurden seit Beginn der Pandemie im Jahr 2020 folgende Zahlungen getätigt (Beträge in €):				
		2020 bis 2024	Jänner bis Juni 2025		
Summe	600.000,00	0,00			
Gesamt	600.000,00				

Titel	Covid-19 Gesetz Armut (DB 21.01.04.00)									
Im BFG 2025 veranschlagte Mittel aus dem COVID-19-Krisenbewältigungsfonds	Keine Veranschlagung im BFG 2025 20.000.000,00 € im Jahr 2021 ausbezahlt									
Beschreibung der Maßnahmen	<p>Die bereitgestellten Mittel wurden im Jahr 2021 für folgende Unterstützungen an Sozialhilfe- bzw. Mindestsicherungshaushalte eingesetzt:</p> <ul style="list-style-type: none">▪ Zuwendungen an Kinder in Sozialhilfe- bzw. Mindestsicherungshaushalten in Höhe von 100 Euro pro Kind (=Weiterführung der im Jahr 2020 aus Mitteln des Familienhärteausgleichs finanzierten Maßnahme);▪ Energiekostenzuschüsse in Höhe von bis zu 100 Euro pro Haushalt bei vorliegendem SH- bzw. MS-Bezug. <p>Beide Leistungen gebühren zusätzlich zu regulären SH- bzw. MS-Leistungen und gelangen über die Länder automatisch zur Auszahlung; die Abwicklung erfolgt auf Basis von Richtlinien des BMSGPK, die im Einvernehmen mit dem BMF erstellt wurden (und am 20.01.2021 in Kraft getreten sind).</p> <p>Gesetzliche Grundlage: Bundesgesetz zur Bekämpfung pandemiebedingter Armutsfolgen (COVID-19-Gesetz-Armut), BGBl. I Nr. 135/2020</p>									
Materielle Auswirkungen	<p>Die finanziellen Zuwendungen an SH- bzw. BMS-Haushalte für Kinder und zur Abdeckung von Energiekosten tragen zu einer Verbesserung der Einkommenssituation vulnerabler Personengruppen bei. Diese geraten durch die anhaltende COVID-19-Krisensituation zunehmend in die Situation, Kosten für die Lebenshaltung bzw. für Energie nicht mehr tragen zu können.</p> <p>Mit den o.g. Maßnahmen wurde ein Beitrag zur Abfederung der sozialen Folgen der Krise geleistet, deren Ausmaß seinerzeitig nicht abschätzbar war. Das Ziel war bis zu 80.000 Kinder und mehr als 100.000 Haushalte zu erreichen.</p>									
Finanzielle Auswirkungen	<p>Es wurden 20.000.000,00 € im Jänner 2021 an die Länder zur Auszahlung überwiesen. Laut Endabrechnung gaben die Länder davon 18.868.220,00 € aus.</p> <p>Die nicht verwendeten Mittel iHv. 1.131.780,00 € wurden von den Ländern im Jahr 2022 zur Gänze rücküberwiesen.</p> <p>Insgesamt wurden seit Beginn der Pandemie im Jahr 2020 folgende Zahlungen getätigt (Beträge in €):</p> <table><tr><td></td><td>2020 bis 2024</td><td>Jänner bis Juni 2025</td></tr><tr><td>Summe</td><td>18.868.220,00</td><td>0,00</td></tr><tr><td>Gesamt</td><td colspan="2">18.868.220,00</td></tr></table>		2020 bis 2024	Jänner bis Juni 2025	Summe	18.868.220,00	0,00	Gesamt	18.868.220,00	
	2020 bis 2024	Jänner bis Juni 2025								
Summe	18.868.220,00	0,00								
Gesamt	18.868.220,00									

Titel	Härtefallfonds für mehrfach geringfügig Beschäftigte und fallweise Beschäftigte (DB 21.01.04.00)										
Im BFG 2025 veranschlagte Mittel aus dem COVID-19-Krisenbewältigungsfonds	Keine veranschlagten Mittel im BFG 2025 20.000.000,00 € im Jahr 2022 ausbezahlt 16.700.000,00 € im Jahr 2023 rücküberwiesen 155.477,56 € im Jahr 2024 rücküberwiesen										
Beschreibung der Maßnahmen	<p>An Personen, die vor Ausbruch der COVID-Pandemie in mehr als einem geringfügigen Beschäftigungsverhältnis standen (§ 471f ASVG) oder fallweise beschäftigt waren (§ 33 Abs. 3 ASVG) und mit ihrem Gesamteinkommen über die monatliche Geringfügigkeitsgrenze kamen, wurden, als nachträglicher Ersatz für durch die COVID-19-Pandemie verursachte Einkommensausfälle, Förderungen aus dem Härtefallfonds ausgezahlt, sofern eine wirtschaftlich signifikante Bedrohung (Härtefall) vorlag.</p> <p>Die Dotierung erfolgte durch den COVID-19-Krisenbewältigungsfonds und die Abwicklung im Auftrag des BMSGPK durch die Wirtschaftskammer Österreich (WKÖ).</p> <p>Gesetzliche Grundlage: Bundesgesetz über die Errichtung eines Härtefallfonds (Härtefallfondsgesetz), BGBl. I Nr. 16/2020, idF BGBl. I Nr. 170/2022</p>										
Materielle Auswirkungen	Mit den Zuwendungen leistete der Bund einen Beitrag zur Milderung pandemiebedingter Krisenfolgen in einkommensschwachen Haushalten.										
Finanzielle Auswirkungen	<p>Im Rahmen des Härtefallfonds wurde der WKÖ ein Betrag in Höhe von maximal 83.000.000 € aus dem COVID-19-Krisenbewältigungsfonds für die Gewährung von Förderungen in Aussicht gestellt. Die erste Tranche in Höhe von 20.000.000 € wurde im September 2022 vom BMSGPK an die WKÖ ausgezahlt. Im Juni 2023 wurde durch die WKÖ ein Betrag in Höhe von 16.700.000 € an das BMSGPK zurückgezahlt. Im Zuge der Endabrechnung wurde im September 2024 durch die WKÖ ein Betrag in Höhe von 155.477,56 € an das BMSGPK zurückgezahlt.</p> <p>Details zu dem ausgezahlten Fördervolumen der WKÖ können Sie dem Punkt 2.3 Härtefallfonds entnehmen.</p> <p>Insgesamt wurden seit Beginn der Pandemie im Jahr 2020 folgende Zahlungen getätigt (Beträge in €):</p> <table border="1"> <tr> <td></td><td>2020 bis 2024</td><td>Jänner bis Juni 2025</td></tr> <tr> <td>Summe</td><td>3.144.522,44</td><td>0,00</td></tr> <tr> <td>Gesamt</td><td colspan="2">3.144.522,44</td></tr> </table>			2020 bis 2024	Jänner bis Juni 2025	Summe	3.144.522,44	0,00	Gesamt	3.144.522,44	
	2020 bis 2024	Jänner bis Juni 2025									
Summe	3.144.522,44	0,00									
Gesamt	3.144.522,44										

Titel	Zweckzuschuss Pflege (DB 21.02.02.00)																																					
Im BFG 2025 veranschlagte Mittel aus dem COVID-19-Krisenbewältigungsfonds	Keine Veranschlagung im BFG 2025 100.000.000,00 € im Jahr 2020 ausbezahlt 50.000.000,00 € im Jahr 2021 ausbezahlt																																					
Beschreibung der Maßnahmen	<p>Im Falle einer Pandemie kann den Ländern nach Maßgabe der aus dem Krisenfonds zur Verfügung stehenden Mitteln als Beitrag für die Finanzierung von außerordentlichen Belastungen und der durch den Wegfall von Betreuungsstrukturen notwendigen Maßnahmen, insbesondere für Ersatzbetreuungseinrichtungen sowie Clearingstellen sowie außerordentliche Zuwendungen an Betreuungs-, Pflege- und Reinigungspersonal, ein zweckgebundener Zuschuss zur Verfügung gestellt werden.</p> <p>Gesetzliche Grundlage: § 2 Abs. 2b Pflegefondsgesetz (BGBl. I Nr. 113/2021, Bundesgesetz, mit dem das Pflegefondsgesetz und das COVID-19-Zweckzuschussgesetz geändert werden)</p>																																					
Materielle Auswirkungen	Auf Basis § 2 Abs. 2b PFG leistet der Bund den Ländern für außerordentliche Zuwendungen an Betreuungs-, Pflege- und Reinigungspersonal einen Kostenersatz in Höhe von 150 Mio. €.																																					
Finanzielle Auswirkungen	<p>Insgesamt wurden seit Beginn der Pandemie im Jahr 2020 folgende Zahlungen getätigt (Beträge in €):</p> <table border="1"> <thead> <tr> <th></th><th>2020 bis 2024</th><th>Jänner bis Juni 2025</th></tr> </thead> <tbody> <tr> <td>Kärnten</td><td>9.494.266,30</td><td>0,00</td></tr> <tr> <td>Vorarlberg</td><td>6.680.859,18</td><td>-4.127,10</td></tr> <tr> <td>Wien</td><td>32.121.665,93</td><td>0,00</td></tr> <tr> <td>Burgenland</td><td>4.970.656,15</td><td>0,00</td></tr> <tr> <td>Niederösterreich</td><td>28.412.821,60</td><td>-3.997.677,49</td></tr> <tr> <td>Oberösterreich</td><td>25.107.657,00</td><td>-4.153.489,59</td></tr> <tr> <td>Salzburg</td><td>9.403.114,36</td><td>-98.245,18</td></tr> <tr> <td>Steiermark</td><td>21.043.439,75</td><td>0,00</td></tr> <tr> <td>Tirol</td><td>12.765.519,73</td><td>0,00</td></tr> <tr> <td>Summe</td><td>150.000.000,00</td><td>-8.253.539,36</td></tr> <tr> <td>Gesamt</td><td colspan="2">141.746.460,64</td></tr> </tbody> </table>			2020 bis 2024	Jänner bis Juni 2025	Kärnten	9.494.266,30	0,00	Vorarlberg	6.680.859,18	-4.127,10	Wien	32.121.665,93	0,00	Burgenland	4.970.656,15	0,00	Niederösterreich	28.412.821,60	-3.997.677,49	Oberösterreich	25.107.657,00	-4.153.489,59	Salzburg	9.403.114,36	-98.245,18	Steiermark	21.043.439,75	0,00	Tirol	12.765.519,73	0,00	Summe	150.000.000,00	-8.253.539,36	Gesamt	141.746.460,64	
	2020 bis 2024	Jänner bis Juni 2025																																				
Kärnten	9.494.266,30	0,00																																				
Vorarlberg	6.680.859,18	-4.127,10																																				
Wien	32.121.665,93	0,00																																				
Burgenland	4.970.656,15	0,00																																				
Niederösterreich	28.412.821,60	-3.997.677,49																																				
Oberösterreich	25.107.657,00	-4.153.489,59																																				
Salzburg	9.403.114,36	-98.245,18																																				
Steiermark	21.043.439,75	0,00																																				
Tirol	12.765.519,73	0,00																																				
Summe	150.000.000,00	-8.253.539,36																																				
Gesamt	141.746.460,64																																					

3 UG 24 – Gesundheit

In der UG 24 werden die Aufwendungen für Kostenersätze an die Länder und die SV-Träger für die unmittelbaren Maßnahmen zur Bewältigung der Pandemie abgewickelt.

Es soll ein zusammenfassender Einblick zu den Themenbereichen Testen, Impfen, Covid-19-Arzneimittel, Abwassermonitoring, Verdienstentgang und der Schutzausrüstung vorgelegt werden.

Ausdrücklich wird darauf hingewiesen, dass diese Angaben vom Stand der Abrechnungen der jeweiligen Länder bzw. SV-Träger bedingt werden. Bei allen Übersichten zu Maßnahmen, die im Bereich der Abwicklung durch die Bundesländer durchgeführt werden, sind Informationen zum Stand der jeweiligen Refundierung an die Länder dargestellt, bei den durch die SV-Träger abgewickelten Maßnahmen ist dieser Bundesländervergleich nicht möglich.

3.1 Testen

Österreich setzte seit der Verfügbarkeit von Antigen- bzw. PCR-Testungen ab Ende des Jahres 2020 auf breit angelegte Testprogramme und niederschwellig verfügbare Testangebote. Die Abwicklung der Testungen folgt der nationalen Teststrategie unter Berücksichtigung der jeweiligen länderspezifischen Besonderheiten. Die Kostentragung für die Testungen wird im Zuständigkeitsbereich des BMASGPK einerseits gemäß

- Epidemiegesetz und entsprechenden Erlässen an die Länder sowie
- durch Finanzierung von Testungen an Teststraßen gemäß Zweckzuschussgesetz und entsprechenden Richtlinien zur Kostentragung an die Länder und
- durch einschlägige Regelungen im ASVG und der Parallelgesetze (insbesondere Testungen an Apotheken) durchgeführt.

Für die Testungen wurden seit Beginn der Pandemie bis zum 30.06.2025 insgesamt rd. 5.186,2 Mio. € verausgabt.

Darin sind alle Ausgaben enthalten, die nach den oben angeführten Rechtsgrundlagen angefallen sind. Davon entfallen auf den Bereich

- des ASVG und der Parallelgesetze rd. 1.597,2 Mio. €,
- des Zweckzuschusses rd. 1.629,3 Mio. €,
- des Epidemiegesetzes rd. 1.676,3 Mio. €
- und auf die Beschaffung von Wohnzimmertests gemäß ErmächtigungsG sowie die Aufwendungen für „Österreich testet“ rd. 283,4 Mio €.

Testungen an Schulen und in Betrieben werden federführend durch BMBWF und BMAW finanziert und sind nicht Gegenstand dieses Berichtes.

Schul-, Apotheken- und Betriebstestungen werden größtenteils über eigene Meldeschienen erfasst und sind in den Testungszahlen der Bundesländer nicht inkludiert.

Die folgenden Übersichtstabellen 3.1.1, 3.1.2 und 3.1.3 geben Informationen zu der Anzahl der durchgeführten Tests.

Die Darstellung der durch das BMASGPK an die Länder refundierten Kosten gemäß Epidemiegesetz und Zweckzuschussgesetz sind in den Tabellen 3.8.1 bis 3.8.4 zusammengefasst.

Sämtliche Testungen mit Ausnahme der Testungen nach dem ASVG und Parallelgesetzen sind mit 30.06.2023 ausgelaufen. Testungen im niedergelassenen Bereich an symptomatischen Patient:innen gemäß § 742 ASVG und Parallelgesetze sind mit 31.03.2024 ausgelaufen. Somit handelt es sich bei den Übersichtstabellen 3.1.1., 3.1.2 und 3.1.3 um die endgültige Anzahl der Testungen.

Tabelle 3.1.1 Anzahl der durch die Bundesländer gemeldeten PCR und Antigen-Testungen seit Beginn der Teststrategie bis 30.06.2023

		Burgenland	Kärnten	Niederösterreich	Oberösterreich	Salzburg	Steiermark	Tirol	Vorarlberg	Wien	Österreich
gesamt 2020		114.624	175.569	698.629	465.906	217.713	659.384	770.451	365.702	1.140.023	4.608.001
gesamt 2021		3.546.929	5.459.911	20.868.942	18.828.225	8.426.931	15.761.403	6.542.814	5.247.248	34.288.700	118.971.103
gesamt 2022		2.241.599	1.312.599	19.355.740	6.576.920	2.467.263	6.112.318	2.888.713	1.685.157	37.998.775	80.639.084
Jänner 2023		44.918	17.045	105.321	84.570	32.071	91.105	29.623	11.163	854.975	1.270.791
Februar 2023		34.269	11.847	74.502	68.940	30.729	190.603	34.024	12.700	658.065	1.115.679
März 2023		37.708	9.276	70.656	64.860	24.397	77.149	24.180	11.546	369.471	689.243
April 2023		15.812	3.536	26.092	21.623	11.900	38.723	7.192	4.356	151.122	280.356
Mai 2023		4.916	1.959	13.413	6.805	5.575	21.743	2.911	2.310	77.074	136.706
Juni 2023		3.295	1.108	7.753	3.167	2.741	11.249	1.340	1.248	41.206	73.107
gesamt 2023		140.918	44.771	297.737	249.965	107.413	430.572	99.270	43.323	2.151.913	3.565.882
Gesamtergebnis 2020 - 2023		6.044.070	6.992.850	41.221.048	26.121.016	11.219.320	22.963.677	10.301.248	7.341.430	75.579.411	207.784.070
davon PCR-Testungen		2.381.729	1.759.167	15.309.816	6.822.083	3.354.389	6.970.766	4.558.834	1.672.987	67.889.539	110.719.310
davon Antigentestungen		3.662.341	5.233.683	25.911.232	19.298.933	7.864.931	15.992.911	5.742.414	5.668.443	7.689.872	97.064.760

Tabelle 3.1.2: Anzahl Apothekentestungen 01.02.2021 bis 30.06.2023

	Burgenland	Kärnten	Niederösterreich	Oberösterreich	Salzburg	Steiermark	Tirol	Vorarlberg	Wien	Österreich
gesamt 2021	1.510.660	1.653.367	3.701.517	2.244.284	1.175.549	3.901.670	1.997.185	1.636.833	8.630.931	26.451.996
gesamt 2022	1.674.379	1.841.270	4.376.528	1.540.197	782.103	3.570.984	946.206	687.996	7.542.284	22.961.947
Jänner 2023	31.292	12.835	108.454	22.470	12.056	54.876	812	1.193	275.918	519.906
Februar 2023	25.543	9.869	98.995	23.062	10.855	47.475	734	1.220	260.312	478.065
März 2023	22.565	10.576	68.646	22.423	8.271	44.489	626	1.023	127.673	306.292
April 2023	11.989	3.784	28.232	10.177	3.685	19.600	269	449	59.129	137.314
Mai 2023	5.610	1.598	11.346	3.697	1.430	11.196	177	191	30.258	65.503
Juni 2023	3.055	683	4.958	1.481	494	4.256	114	65	17.867	32.973
gesamt 2023	100.054	39.345	320.631	83.310	36.791	127.016	2.732	4.141	771.157	1.540.053
Gesamtergebnis 2021 - 2023	3.285.093	3.533.982	8.398.676	3.867.791	1.994.443	7.599.670	2.946.123	2.328.970	16.944.372	50.953.996
davon PCR-Testungen	1.852.955	1.950.123	4.899.728	1.810.000	836.485	3.945.947	1.174.996	680.185	8.546.355	25.696.774
davon Antigentestungen	1.432.138	1.583.859	3.498.948	2.057.791	1.157.958	3.708.599	1.771.127	1.648.785	8.398.017	25.257.222

Tabelle 3.1.3: Anzahl Screeningprogramme AGES 01.11.2021 bis 30.06.2023

	Alten- und Pflegewohnheime	Mobile Pflege und Betreuung	Chancengleichheits- einrichtungen	Einrichtungen der Kinder- und Jugendhilfe	Gesamtergebnis
2020	353.419	236	19	0	353.674
2021	3.132.307	270.112	533.909	59.768	3.996.096
2022	2.667.545	162.573	791.630	62.217	3.683.965
Jänner 2023	59.212	4.045	20.725	4.930	88.912
Februar 2023	48.903	3.432	23.320	4.757	80.412
März 2023	45.330	3.535	21.122	4.644	74.631
April 2023	17.379	2.312	8.348	2.378	30.417
Mai 2023	6.796	2.258	5.239	5.057	19.350
Juni 2023	1.614	769	373	3.603	6.359
gesamt 2023	179.234	16.351	79.127	25.369	300.081
Gesamtergebnis 2020 bis 2023	6.332.505	449.272	1.404.685	147.354	8.333.816

3.2 Impfen

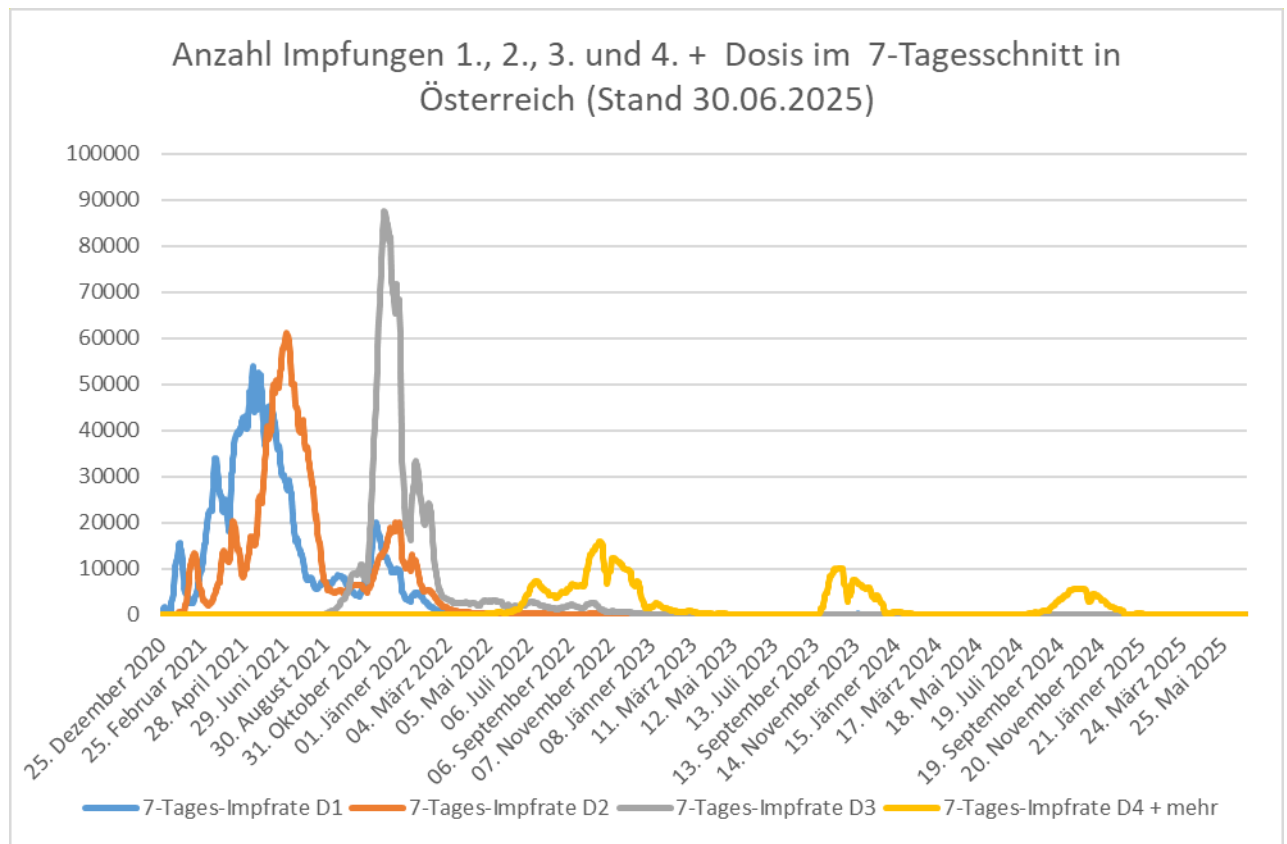
Seit Beginn der COVID-19 Impfungen wurden bis zum Stichtag 30.06.2025 gesamt 21.520.168 Impfungen verabreicht und im eImpfpass dokumentiert. Für die Abwicklung der erfolgten Impfungen wurden bisher seit Beginn der Pandemie bis 30.06.2025 insgesamt rd. **1.776,9 Mio. €** verausgabt.

Davon entfallen auf den Bereich

- des ASVG und der Parallelgesetze rd. 171,3 Mio. €,
- des Zweckzuschusses rd. 521,5 Mio. €,
- auf die Impfstoffbeschaffung rd. 1.013,5 Mio. €,
- auf die Logistik, Entsorgungskosten und die Verbrauchsmaterialien rd. 51,6 Mio. €,
- des Impffinanzierungsgesetzes rd. 0,7 Mio. €
- und die Aufwendungen für den E-Impfpass, Informationsschreiben Impfkampagne sowie Vorbereitungen zur Durchsetzung der Impfpflicht rd. 18,3 Mio. €.

Nach dem Start der Impfungen am 27.12.2020 waren die Impfstoffe noch einer strengen Alters- und Berufsregulierung ausgesetzt. Mit der größeren Verfügbarkeit von Dosen ab dem 2. Quartal 2021, stieg die 7-Tages-Impfrate in den folgenden Wochen stark an. Eine gewisse Wellentendenz zwischen Erst- und Zweitdosen ist insbesondere in den ersten Monaten zu beobachten, als Impfstoffe für Zweitdosen verwendet werden mussten, und die Anzahl der verimpften Erstdosen vorübergehend zurückging (siehe Abbildung 3.2.1). Mitte Mai 2021 konnte dann mit über 50.000 durchschnittlich täglich erstgeimpften Personen der Höchstwert erreicht werden. Für die Zweitimpfungen ergab sich der Höchstwert von leicht über 60.000 Impfungen Mitte Juli 2021. Spätestens ab diesem Punkt überstieg das Angebot die Nachfrage nach Impfungen und der tägliche Umfang an Impfungen ging schnell zurück. Anfang November 2021 stiegen die Impfungen wiederum stark an. Mit Abstand stärkster Treiber dafür waren die Drittdosen, die einen 7-Tages-Durchschnitt von nahezu 90.000 erreichten. Aber auch Erst- und Zweitimpfungen stiegen weit über das Niveau von Sommer und Herbst 2021. Bei den Viertdosen ist seit Ende des 2. Quartals 2022 ein Anstieg zu beobachten. Im 2. und 3. Quartal 2022 wiederum war das Impfgeschehen von Booster-Impfungen dominiert. Seit Ende 2022 ist das Impfgeschehen stark zurückgegangen.

Abbildung 3.2.1: Zeitreihe der Verabreichung der Teilimpfungen



Verfügbarkeit der Impfstoffe: Zu Beginn der Impfkampagne ab Ende 2020 war nur Impfstoff des Herstellers Biontech/Pfizers verfügbar, der sich durch hohe Zuverlässigkeit bei der Verfügbarkeit auszeichnete und der insgesamt den am meisten verabreichten Impfstoff darstellt. Der Impfstoff des Herstellers Moderna war ab Mitte Januar 2021 im Einsatz, wenngleich in geringerem Ausmaß. Seit Februar 2021 war Impfstoff des Herstellers Astra Zeneca zugelassen, es bestanden aber seit Beginn anhaltende Liefer- und Akzeptanzprobleme. Johnson & Johnson (Janssen) ist seit April 2021 in Österreich im Einsatz, auch hier waren Lieferprobleme zu verzeichnen. Dieser Impfstoff wurde zu Beginn als Einzeldosis verwendet. Mangelnde Akzeptanz, insbesondere nach Einführung einer doch notwendigen Zweitdosis führte auch hier dazu, dass sowohl der Impfstoff von Johnson & Johnson als auch jener von Astra Zeneca im Rahmen der Spendenprogramme weitergegeben werden konnte.

Das Jahr 2022 war vor allem durch eine Verbreiterung des Impfstoffportfolios geprägt. So waren nun auch proteinbasierte Impfstoffe (Novavax ab Februar 2022, Valneva ab August 2022, Sanofi ab Dezember 2022) verfügbar.

Beim mRNA-Impfstoff von BioNTech/Pfizer war ab Dezember 2021 Kinderimpfstoff verfügbar, ab September 2022 waren auch auf die neue Varianten BA1 und BA.4-5 angepasste Impfstoffe verfügbar. Ebenfalls im September 2022 wurde Österreich auch mit dem angepassten Moderna BA1 Variantenimpfstoff beliefert und ab Jänner 2023 auch BA.4-5.

Für die Impfsaison 2023/2024 standen ab September 2023 wiederum an die Variante XBB.1.5 angepasste Impfstoffe der Hersteller BioNTech/Pfizer, Novavax und Moderna in Österreich zur Verfügung.

Für die Impfsaison 2024/2025 standen ab Juli 2024 an die Virusvariante JN.1. angepasste Variantenimpfstoffe und ab Oktober an die Virusvariante KP.2. angepasste Variantenimpfstoffe des Herstellers BioNTech/Pfizer zur Verfügung. Auf dringende Empfehlung des Nationalen Impfgremiums konnte ab Dezember auch der an JN.1 angepasste Variantenimpfstoff der Fa. Novavax der Bevölkerung zur Verfügung gestellt werden.

Für die aktuelle Impfsaison 2025/26 wurde neuerlich eine Anpassung auf die Virusvariante LP.8.1 vorgenommen. Dieser Impfstoff wird ab der zweiten Augushälfte ausgeliefert und steht ab dann der österreichischen Bevölkerung in bewährter Weise zur Verfügung.

Die an die Länder gemäß Zweckzuschussgesetz refundierten Kosten für die Impfungen sind den Tabellen 3.8.3.-3.8.4. zu entnehmen.

Tabelle 3.2.1: Liefermengen an Impfstoffen 2020 bis 30.06.2025 (inklusive Direktspenden)

Impfstoff	2020	2021	2022	2023	2024	bis Juni 2025
Astra Zeneca		5.174.000	760.800	-		
BioNTech/Pfizer	61.425	16.461.318	16.988.190	1.937.280	1.209.600	
Moderna		3.488.300	4.320.783	125.760	6.120	
Johnson & Johnson		2.286.000	2.174.400	-		
Novavax		-	2.641.100	195.000	5.000	
Sanofi		-	371.000	1.872.300		
HIPRA		-	-	-		
Valneva		-	151.200	-		
Gesamt	61.425	27.409.618	27.407.473	4.130.340	1.220.720	
Gesamt (kumuliert)	61.425	27.471.043	54.878.516	59.008.856	60.229.576	0

inkl. aller Direktspenden

Spenden im Rahmen der internationalen Solidaritätsprogramme:

Mit Abstand die meisten gespendeten Dosen, sowohl in Umfang als auch in Anzahl der Destinationen, betreffen Astra Zeneca Impfstoffe, die aufgrund der mangelnden Verwendung in Österreich verfügbar wurden.

Die meisten weiteren Spenden erfolgten durch das COVAX Programm. Betroffen hiervon sind insbesondere zwei Johnson & Johnson (Janssen) Spenden. Durch das COVAX Programm kam es auch zu einer Biontech/Pfizer Spende. Es gab außerdem eine einzelne, vergleichsweise kleine Spende von Moderna an die OSZE. Die Details dazu sind der Tabelle 3.2.2 zu entnehmen.

Tabelle 3.2.2: Spenden im Rahmen der internationalen Solidaritätsprogramme

Astra-Zeneca	Dosen
Ukraine	250.000
Libanon	101.600
Bosnien und Herzegowina	498.800
Tunesien	50.000
Costa Rica	50.000
Iran	1.000.000
Tadschikistan	50.000
Usbekistan	150.000
Vietnam	50.000
Bangladesch	1.251.520
Ghana	345.100
Georgien	5.000
COVAX	415.200
Gesamt	4.217.220

Johnson & Johnson	Dosen
Burkina Faso	396.000
Philippinen	266.400
Afghanistan	331.200
Sudan	1.000.800
Tanzania	957.600
Niger	216.000
Gesamt	3.168.000

Moderna	Dosen
OSZE	1.200
Gesamt	1.200

Pfizer	Dosen
Brazilien	1.120.320
Pakistan	501.120
Mexiko	33.600
El Salvador	28.800
COVAX	19.200
davon an Tanzania	17.280
OSZE	402
Nepal	400.320
Madagaskar	51.840
Angola	198.720
Nordmazedonien	11.520
Suriname	2.880
Gesamt	2.368.722

Im Rahmen der internationalen Solidaritätsprogramme wurden bis 30.06.2025 insgesamt 9.755.142 Dosen Impfstoffe gespendet.

3.3 Impfkampagne

Die operative Umsetzung der Impfkampagne der Bundesregierung erfolgte aus den Mitteln des COVID 19 Fonds seit 01.01.2022 in der GECKO Geschäftsstelle im BKA. Das Bundesministerium für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz hat die Fortführung dieser Informationskampagne zur Corona-Schutzimpfung „GemeinsamGeimpft“ vom 01.07.2022 bis 31.12.2022 strategisch weiterentwickelt und finanziert.

Die Maßnahmen umfassten eine breit angelegte Dachkampagne, um in der Öffentlichkeit das Bewusstsein zu schärfen, dass die Corona-Schutzimpfung der wichtigste Hebel zur Überwindung der Pandemie ist. Die Dachkampagne wurde ergänzt durch eine „bottom-up“-Kampagne, die über relevante Multiplikatoren, wie z.B. Ärzt:innen, Apotheker:innen, eine möglichst direkte und persönliche Kommunikation mit den definierten Zielgruppen ermöglichen sollte.

Es wurden **rd. 8,6 Mio. €** an Mitteln des COVID 19-Fonds für eine umfassende Informationsinitiative der österreichischen Bundesregierung zur Situation rund um das Corona-Virus (COVID-19) vom BMSGPK verausgabt.

Primäres Ziel der Informationskampagne: Bewusstsein aufrechterhalten – Eigenverantwortung stärken

Alle in Österreich lebenden Menschen sollten motiviert werden, impfen zu gehen. Dazu sollte eine allgemeine Grund-Awareness in der Bevölkerung für das Thema erhalten bzw. geschaffen werden. Die Botschaft bleibt: „Impfen schützt. Impfen ist das beste Mittel, um mit dem Corona Virus langfristig zu leben und die Pandemie einzudämmen“.

Es sollte das Bewusstsein und die Gesundheitskompetenz geschaffen werden, dass die Einhaltung damaliger Impfempfehlungen vor der nächsten Infektionswelle - abhängig von der vorherrschenden Virusvariante - entscheidend war, um die folgenden Monate ohne wesentliche Einschränkungen zu überstehen.

Sekundäres Ziel: Aktivierung von Impfbereiten durch „Bottom-up-Ansatz“

Vor allem die Gruppe, die eine grundlegende Bereitschaft hätte und bisher nicht erreicht werden konnte, soll durch den „Bottom-up-Ansatz“ und das Prinzip von „Social Proof“ von Organisationen oder Einzelnen auf die Impfung und aktuelle Impfmöglichkeiten angesprochen werden.

Zur Erfüllung der genannten Ziele wurden im Rahmen der Dachkampagne Werbemittel für eine breite Ausspielung im Bereich Print, TV und Hörfunk, Online, Out-of-Home sowie Digital Out-of-Home entwickelt.

Neben der Ausspielung der Sujets, dem TV-Spot und HF-Spot wurden diverse zielgruppenspezifische Sonderformate entwickelt, z.B., Advertorials oder Pre-Roll Host-Reads im Rahmen von Podcast-Werbung.

Für die Bottom-up Ansprache wurden zielgruppenspezifische Informationsfolder entwickelt: für Schulen, für Arztpraxen und für Apotheken. Weitere Sonderformate waren Free Cards, Bierdeckel und Verkehrsmittelwerbung.

Zusätzlich wurde die Kampagne auch über die Sozialen Medien verbreitet. Kanäle waren Facebook, Instagram, YouTube. Um auch verstärkt eine jüngere Zielgruppe anzusprechen, wurden die Kampagne auch über TikTok ausgespielt.

Als Landingpage für die Kampagne wurde die Webseite www.gemeinsamgeimpft.at weiter ausgebaut und mit zusätzlichen Features weiterentwickelt, wie zB. einem Blog.

Die Kampagne wurde von der Kreativ Agentur BBDO/Rosenberg entwickelt und durch die Media-Agentur Mediacom ausgespielt.

Je nach Zielgruppe sind laufend unterschiedliche Aktivitäten in verschiedensten Medienformaten erfolgt. Im Rahmen der Kampagne wurden folgende Zielgruppen unterschieden:

Primäre Zielgruppe

Es sollten alle angesprochen werden, die mindestens eine Corona-Schutzimpfung erhalten hatten und eine weitere benötigten, um dem damals geltenden Impfschema zu entsprechen. Besonders wichtige Zielgruppen innerhalb der Gesamtbevölkerung waren:

- Personen mit einem erhöhten Risiko für einen schweren Verlauf oder eine Erkrankung mit Todesfolge
 - Personen über 80 Jahren
 - Risikopersonen und chronisch kranke Personen jeden Alters
 - Personen über 65 Jahren
- Genesene aufgrund geänderter Empfehlung (Genesung ersetzt keine Impfung mehr)

- Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene
 - Kinder im Alter von 5 bis 11 Jahren aufgrund geänderter Empfehlung
 - Schulkinder aufgrund Impfempfehlung vor allem vor/mit Schulbeginn
 - Jugendliche und junge Erwachsenen, die durch viele Sozialkontakte ein erhöhtes Ansteckungsrisiko haben
 - Jugendliche mit niedrigem Bildungsniveau
- Familien und Elternteile/ Bezugspersonen von Kindern unter 12 Jahren
- Migrant:innen mit besonderer Berücksichtigung von Angeboten in Fremdsprachen
- Nicht Erwerbstätige

Sekundäre Zielgruppe

Multiplikator:innen, die als wahrgenommene Expert:innen, Vertrauenspersonen, Influencer, etc. wichtige Bezugspersonen für andere sind und dazu beitragen können, die Impfentscheidung(en) anderer in ihrem Umfeld zu unterstützen bzw. positiv zu beeinflussen.

Zusätzliche Informationen können auf folgenden Internetseiten abgerufen werden:

<https://www.gemeinsamgeimpft.at>

<https://www.facebook.com/gemeinsamgeimpft>

https://www.instagram.com/gemeinsam_geimpft/

<https://www.youtube.com/channel/UCUUylknAR8FfbEcUo3QzG4g>

Die vom BMSGPK finanzierte und betreute Kampagne wurde im Zeitraum von 01. Juli 2022 bis 15. Jänner 2023 geschaltet.

3.4 Covid-19-Arzneimittel

Das Bundesministerium für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz hat die Beschaffung von COVID-19-Medikamenten getätigt, um möglichst rasch große Mengen an Arzneimitteln für die Versorgung von COVID-19-Patient:innen in Österreich bereitstellen zu können. Es wurden dazu mehrere bilaterale Verträge zwischen Unternehmen und dem BMSGPK zum Kauf von mehreren hunderttausend Therapiezyklen abgeschlossen. Die konkrete Beschaffung belief sich auf insgesamt 425.250 Therapiezyklen und beinhaltete die Arzneispezialitäten Xevudy®, Lagevrio®, Regkirona®, Paxlovid®, Evusheld® und Ronapreve®. Zu letzterem ist ein eigener Bericht enthalten.

Die medizinischen Leistungen, die für die Verabreichung notwendig sind, werden seitens der Sozialversicherung abgegolten. Für die Patient:innen entstehen für die Behandlung keine Kosten.

Die Behandlung folgt den einschlägigen ärztlichen Empfehlungen und ist vorrangig für Risikopatient:innen vorgesehen. Das Therapieboard des OSR hat eine Behandlung mit einem COVID-19-Medikament für folgende Personengruppe empfohlen:

- Personen im erhöhten Alter,
- Personen mit chronischen Erkrankungen (z.B. Diabetes),
- Personen mit Übergewicht und
- Personen mit Erkrankungen bzw. die Einnahme von Medikamenten, die das Immunsystem beeinflussen.

Ob eine Person der Risikogruppe angehört, wird im Einzelfall durch die behandelnden Ärzt:innen entschieden.

Mit der Beschaffung dieser COVID-19 Therapeutika wurden primär zwei Ziele verfolgt:

- das Vermeiden von Todesfällen und
- die Hospitalisierung der vulnerablen Personengruppe.

Zur Vermeidung einer Hospitalisierung waren die Therapeutika Lagevrio® und Paxlovid® vorgesehen. Bei diesen musste eine Behandlung so rasch wie möglich, somit bereits kurz nach einer COVID-19-Infektion, erfolgen, um die beste Wirksamkeit zu gewährleisten. Diese Arzneimittel müssen zu einem Zeitpunkt eingenommen werden, zu dem noch keine,

oder nur milde Symptome erkennbar sind. Bei Personen, die aufgrund des Krankheitsverlaufes in einem Spital stationär behandelt werden müssen, ist die Wirksamkeit von Paxlovid und Lagevrio nicht mehr vollumfänglich gegeben. Zur Therapie dieser Patient:innengruppe dienen die COVID-19 Therapeutika Xevudy®, Evusheld® und Regkirona®.

Seit Beginn der Pandemie bis zum 30.06.2025 hat das BMASGPK für die Beschaffung von COVID-19 Arzneimittel insgesamt rund **356,7 Mio. €** ausgegeben.

Eine Übersicht der verbrauchten und verfügbaren Mengen an COVID 19-Arzneimitteln ist in Tabelle 3.4.1 und 3.4.2 dargestellt.

Tabelle 3.4.1: In Österreich verbrauchte COVID-19-Arzneimittel (Stand: 30.06.2025)

COVID-19 Therapeutika Verbrauch [Behandlungseinheiten]		Xevudy® (Sotrovimab, VIR- 7831)	Lagevrio® (Molnupiravir)	Regkirona® (Regdanvimab)	Paxlovid® (PF-07321332 + Ritonavir)	Evusheld® (AZD7442)	Summe
Stand: 30.06.2025							
2022	Jänner	1.009	231	2	0	0	1.242
	Februar	2.522	980	66	0	0	3.568
	März	3.054	2.317	34	1.247	167	6.819
	April	1.000	2.043	6	2.576	482	6.107
	Mai	102	612	0	1.090	188	1.992
	Juni	246	1.251	1	3.471	207	5.176
	Juli	323	2.186	0	7.097	319	9.925
	August	99	1.469	0	6.259	402	8.229
	September	249	2.262	0	9.234	433	12.178
	Oktober	255	4.054	0	17.139	762	22.210
	November	95	2.030	0	7.628	330	10.083
	Dezember	64	3.422	0	10.109	239	13.834
	2022	9.018	22.857	109	65.850	3.529	101.363
2023	Jänner	28	1.582	0	5.019	134	6.763
	Februar	49	2.317	0	9.572	141	12.079
	März	37	389	0	7.896	104	8.426
	April	16	90	0	4.797	54	4.957
	Mai	0	22	0	1.435	11	1.468
	Juni	0	6	0	548	12	566
	Juli	20	22	0	377	4	423
	August	0	67	0	1.444	52	1.563
	September	0	19	0	3.503	2	3.524
	Oktober	12	3	0	6.110	0	6.125
	November	0	0	0	13.333	0	13.333
	Dezember inkl. Korrekturen	5	0	0	39.730	0	39.735
	2023	167	4.517	0	93.764	514	98.962
2024	Jänner	6	0	0	37.551	0	37.557
	Februar	1	0	0	237	0	238
	März	0	0	0	57	0	57
	April	0	0	0	17	0	17
	Mai	0	0	0	24	0	24
	Juni	0	0	0	58	0	58
	Juli	2	0	0	242	0	244
	August	0	0	0	204	0	204
	September	4	0	0	475	0	479
	Oktober	0	0	0	669	0	669
	November	0	0	0	151	0	151
	Dezember	0	0	0	216	0	216
	2024	13	0	0	39.901	0	39.914
2025	Jänner	0	0	0	89	0	89
	Februar	0	0	0	62	0	62
	März	0	0	0	27	0	27
	April	0	0	0	29	0	29
	Mai	0	0	0	15	0	15
	Juni	0	0	0	0	0	0
2025		0	0	0	222	0	222
Summe 2022 -2025		9.198	27.374	109	199.737	4.043	240.461

Gesamtverbrauch Paxlovid beinhaltet Nachmeldungen von Abgaben auf Privatrezept und sonstige Abgabe durch öffentliche Apotheken, Abgabe durch Hausapotheken, abgelaufene und entsorgte Packungen.

Per Ende Mai 2025 ist das Shelf Life sämtlicher auf Lager befindlichen Chargen von Paxlovid (aus Bundesbestand) abgelaufen. Paxlovid darf somit nicht mehr an Patient:innen abgegeben werden. Die Restbestände wurden durch die Anstaltsapotheken fachgerecht entsorgt.

Tabelle 3.4.2: Bestand der in Österreich verfügbaren COVID-19-Arzneimittel (Stand 30.06.2025)

COVID-19 Arzneimittel	Lieferung	Abgabe an	Restbestand mit	Anmerkung
Stand	nach Österreich	Patient:innen	gültigem Shelf	
30.06.2025		(Verbrauch)	life	
Xevudy®	28.585	9.198	12.451	Haltbarkeit von BASG verlängert bis Ende September / Oktober 2025.
Lagevrio®	130.240	27.374	0	
Regkirona®	60.000	109	0	
Paxlovid®	207.758	199.737	0	
Evusheld®	8.640	4.043	0	
Ronapreve®	25	0	0	
Summe	435.248	240.461	12.451	

3.5 Abwassermonitoring

Aufbauend auf der EU-Empfehlung 2021 hat das BMSGPK im Jänner 2022 die „Nationale Referenzzentrale für SARS-CoV-2 Abwassermonitoring“ (NRZ) etabliert (Start der Beprobung 17.01.22). Zu ihren Aufgaben zählt die Probenahme an 2 Zeitpunkten pro Woche in strategisch ausgewählten Kläranlagen in Österreich, deren Transport in die entsprechenden Laboreinrichtungen, die Organisation der Laboranalyse und die entsprechende Berichterstattung an das BMASGPK.

Die NRZ wird von der Arbeitsgemeinschaft Medizin unter der Projektleitung von Herrn Prof. Dr. Martin Steinlechner, stellvertretender Direktor des Instituts für Gerichtliche Medizin (GMI), Medizinische Universität Innsbruck (MUI) umgesetzt. Dieses Monitoring ist derzeit auf 4 Jahre (bis Ende 2025) ausgelegt und erfasst seit 17.01.22 die 24 größten Kläranlagen Österreichs. Im Dezember 2022 wurde das Monitoringprogramm um 8 Kläranlagen erweitert und im Jänner 2023 (KW 04/2023) vollumfänglich auf insgesamt 48 Kläranlagen ausgebaut, die mit ihrem Einzugsgebiet mehr als 58 % der österreichischen Bevölkerung abdecken. Das Abwassermonitoring erfasst das SARS-CoV-2 Infektionsgeschehen vergleichsweise schnell und kostengünstig in den an eine Kläranlage angeschlossenen Kommunen. Erhoben werden 2x pro Woche für jede Kläranlage die Virenfrachten (quantitative Analyse) sowie einmal wöchentlich durch Sequenzierung das Vorkommen von unbekannten Mutationen.

Detaillierte Informationen zum Nationalen SARS-CoV-2 Abwassermonitoringprogramm finden sich auf der Website www.abwassermonitoring.at und auf dem zugehörigen Dashboard werden die aktuellen Ergebnisse des Nationalen SARS-CoV-2 Abwassermonitoringprogramms abgebildet.

Seit Beginn der Pandemie bis zum 30.06.2025 wurden vom BMASGPK für das Abwassermonitoring insgesamt bisher rd. **5,0 Mio. €** ausgegeben.

Tabelle 3.5.1 Durchgeführte Laboranalysen unter Kostentragung des BMASGPK

Probenauswertung	Verfahren	Auswertende Institution	Anzahl Proben 1. Quartal 2025	Anzahl Proben 2. Quartal 2025	Anzahl Proben 1. Halbjahr 2025
Quantitative Analyse	RT-qPCR	MUI-GMI	1.172	1.123	2.295
Variantenanalyse	Ganzgenomsequenzierung	CeMM	537	376	913

MUI – Medizinische Universität Innsbruck, GMI – Institut für Gerichtliche Medizin, CeMM – Forschungszentrum für Molekulare Medizin der Österreichischen Akademie der Wissenschaften

Tabelle 3.5.2 Übermittelte Berichte

Titel des Berichts	Inhalt	Frequenz der Übermittlung	erhaltene Berichte 1. Halbjahr 2025
Langbericht_BMSGPK_ xxxx-xx-xx.pdf	Übersicht der Ergebnisse der quantitativen Analysen der beprobten Kläranlagen	2x/Woche	51
Abwasser_Varianten_Bericht_ xxxx-xx-xx.pdf	Zusammenfassung der Ergebnisse der Vollgenomsequenzierungen im jeweiligen Berichtszeitraum	1x/Woche	22

3.6 Verdienstentgang gemäß Epidemiegesetz

Gemäß einschlägiger Bestimmungen des Epidemiegesetzes 1950 (EpiG) wurde bis 31. Juli 2022 für Personen, denen auf Grund bestimmter Maßnahmen nach dem EpiG (insbesondere einer Absonderung wegen SARS-CoV-2) durch die Behinderung ihres Erwerbes Vermögensnachteile entstanden sind, an die Betriebe das Entgelt, das sie diesen Mitarbeiter:innen weiterhin ausbezahlt haben, auf Antrag durch die Bezirksverwaltungsbehörden refundiert. Im Zeitraum vom 1. August 2022 bis 30. Juni 2023 kam ein Verdienstentgang nur mehr in Ausnahmefällen in Betracht, nämlich dann, wenn bei einer Person auf Grund der in der COVID-19-Verkehrsbeschränkungsverordnung (COVID-19-VbV) vorgesehenen Maßnahmen eine Behinderung des Erwerbs eingetreten und dadurch ein Vermögensnachteil entstanden ist.

Seit 1. Juli 2023 unterliegen Verdachts-, Erkrankungs- und Todesfälle an SARS-CoV-2 nicht mehr der Anzeigepflicht nach dem EpiG, so dass seit diesem Zeitpunkt keine Ansprüche auf Vergütung von Verdienstentgang mehr entstehen können.

Der Bund ersetzt den Ländern diese Kosten (§ 36 Abs. 1 EpiG und der dazu ergangene Erlass zur Kostentragung).

Die beiliegende Übersichten 3.8.1 und 3.8.2 stellt die aktuelle Verteilung der Verdienstentgangszahlungen an die einzelnen Bundesländer dar, wobei festgehalten wird, dass dies noch keine Übersicht zu den gesamten Aufwendungen erlaubt, da nur jene Beträge ausgewiesen werden, die durch die Länder zur Refundierung eingereicht wurden. Dabei sind hinsichtlich der Zeitpunkte, die bereits zur Refundierung vorgelegt werden, deutliche Unterschiede zwischen den Ländern zu beobachten.

Seit Oktober 2022 verzeichnet das BMASGPK eine verstärkte Aktivität in den Ländern um die bestehenden Rückstände aus der Bearbeitung der Anträge auf Verdienstentgang abzuarbeiten. Nach den dem BMASGPK zur Verfügung stehenden Unterlagen sind in den Bundesländern mit Stand Ende Juni 2025 noch rd. 14.000 Anträge auf Verdienstentgang nicht final erledigt. Hierbei handelt es sich um jene Anträge der Länder, die gemäß § 50 Abs. 38 EpiG eine Fristverlängerung über den 31.12.2024 hinaus gewährt bekommen haben.

Seit Beginn der Pandemie bis zum 30.06.2025 wurden vom BMASGPK für die Verdienstentgänge nach den Bestimmungen des Epidemiegesetzes insgesamt bisher **rd. 2.444,3 Mio. €** ausgegeben.

Die genaue Aufschlüsselung der bislang an die Bundesländer refundierten Aufwendungen kann den Tabellen 3.8.1 und 3.8.2 entnommen werden.

3.7 Schutzausrüstung

Im Rahmen des bisherigen Verlaufes der Pandemie wurden insgesamt für Schutzausrüstung rund **628,0 Mio. €** aufgewendet, davon im Rahmen der Vollziehung des Zweckzuschussgesetzes rund 543,0 Mio. €, der Bestimmung im ASVG und der Parallelgesetze rund 61,9 Mio. € und für Beschaffungen des BMSGPK direkt für spezielle Zwecke gemäß COVID ErmächtigungsG rund 23,1 Mio. € (siehe auch Tabelle 3.8.1 bis 3.8.4).

3.8 Tabellarische Darstellung der Zahlungen aus der UG 24

Titel	Kosten Epidemiegesetz (DB 24.01.01.00)
Im BFG 2025 veranschlagte Mittel aus dem COVID-19-Krisenbewältigungsfonds	39.422.000,00 € (gesamthaft veranschlagt für sämtliche Zahlungen im Zusammenhang mit dem Epidemiegesetz)
Beschreibung der Maßnahmen	<p>Gemäß § 36 Abs. 1 Epidemiegesetz 1950 sind bestimmte klar definierte Kosten aus dem Bundesschatz zu bestreiten. Kostenersätze gemäß § 36 Abs. 1 Epidemiegesetz 1950, im Zusammenhang mit COVID-19, wurden allen Bundesländern sowie der AGES gewährt. Die Vollziehung des Epidemiegesetzes erfolgt in den Bundesländern in mittelbarer Bundesverwaltung nach Art. 102 B-VG.</p> <p>Gesetzliche Grundlage: Epidemiegesetz 1950 COVID-19-ScreeningV (BGBl. II Nr. 142/2022)</p>
Materielle Auswirkungen	<p>Kostenersätze gemäß § 36 Abs. 1 Epidemiegesetz sind im Berichtszeitraum gemäß folgender littera aus dem Bundesschatz bestritten worden:</p> <ul style="list-style-type: none"> a) die Kosten von Screeningprogrammen nach § 5a; b) die Kosten der in staatlichen Untersuchungsanstalten nach § 5 vorgenommenen Untersuchungen; d) die Kosten der Überwachung und Absonderung ansteckungsverdächtiger Personen (§ 17); f) die Kosten der Vorkehrungen zur Einschränkung des Verkehrs mit Bewohner:innen verseuchter Ortschaften und Niederlassungen (§ 24); g) die Gebühren der Epidemieärzt:innen (§ 27); i) die Vergütungen für den Verdienstentgang (§ 32); n) die Kosten für die Beauftragungen nach § 5 Abs. 4 und § 27a. <p>Kostenersätze für die Ausstellung von Zertifikaten zum Nachweis der Durchführung eines Tests auf eine Infektion, einer überstandenen Infektion und einer Schutzimpfung gem. §§ 4b bis § 4e Epidemiegesetz 1950.</p> <p>Kostenersätze für die Durchführung des Abwassermonitorings (Maßnahme nach § 5a Epidemiegesetz).</p> <p><u>Anmerkung:</u> Mit BGBl. I Nr. 69/2023 laufen die für die Pandemie relevanten Sonderregelungen des Epidemiegesetzes aus, wurden aufgehoben bzw. in Regelstrukturen übergeführt. Die Kostenersatzpflicht des Bundes für Sachverhalte die vor dem 30.06.2023 stattgefunden haben, bleibt weiterhin aufrecht.</p>

Finanzielle Auswirkungen

Folgende Zahlungen wurden im Jahr **2025** bis zum Monatsende des Berichtszeitraumes aufgrund des § 36 Abs. 1 Epidemiegesetz 1950 getätigt (Beträge in €):

	Vormonate	Juni 2025	Gesamt
§36(1) a Screeningprogramme	440.240,92	394.716,32	834.957,24
§36(1) b Untersuchungen	859.471,73	0,00	859.471,73
§36(1) d Absonderung v. Personen	0,00	0,00	0,00
§ 36(1) f Verkehrseinschränkungen	0,00	0,00	0,00
§36(1) g Gebühren f. Epidemieärzt:innen	0,00	0,00	0,00
§ 36 (1) i Verdienstentgang	2.149.527,12	2.764.299,96	4.913.827,08
§36(1) n Kosten gem. §5(4)/§27a	5.326.513,04	0,00	5.326.513,04
Zertifikate Epidemiegesetz	0,00	0,00	0,00
Sonst. Aufwendungen AGES	0,00	0,00	0,00
Summe	8.775.752,81	3.159.016,28	11.934.769,09

Insgesamt wurden seit Beginn der Pandemie im Jahr **2020** folgende Zahlungen getätigt (Beträge in €):

	2020 bis 2024	Jänner bis Juni 2025	Gesamt
§36(1) a Screeningprogramme	849.527.886,12	834.957,24	850.362.843,36
§36(1) b Untersuchungen	809.817.988,59	859.471,73	810.677.460,32
§36(1) d Absonderung v. Personen	1.266.929,81	0,00	1.266.929,81
§ 36(1) f Verkehrseinschränkungen	189.781,53	0,00	189.781,53
§36(1) g Gebühren f. Epidemieärzt:innen	48.301.316,20	0,00	48.301.316,20

	§ 36(1) i Verdienstentgang	2.439.396.397,58	4.913.827,08	2.444.310.224,66
	§36(1) n Kosten gem. §5(4)/§27a	156.491.748,89	5.326.513,04	161.818.261,93
	Zertifikate Epidemie-gesetz	4.809.916,70	0,00	4.809.916,70
	Sonst. Aufwendun-gen AGES	15.274.923,71	0,00	15.274.923,71
	Summe	4.325.076.889,13	11.934.769,09	4.337.011.658,22

Tabelle 3.8.1 Refundierung für COVID-Kosten gemäß EpidemieG Jänner bis Juni 2025

2025 - gesamt Epidemiegesetz

Gesamtübersicht Zahlungen COVID-Kosten alle Bundesländer 2025															
(Beträge in €)															
Zahlungen gemäß §36 Abs. 1 Epidemiegesetz 1950:	Wien	Salzburg	Oberösterreich	Niederösterreich	Burgenland	Steiermark	Kärnten	Tirol	Vorarlberg	AGES	Abwasser	UniWien	ELGA GmbH	ÖRK	Österreich
a) Screenings	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	38.910,00	0,00	796.047,24	0,00	0,00	0,00	834.957,24
b) die Kosten der in staatlichen Untersuchungsanstalten nach § 5 vorgenommenen Untersuchungen;	0,00	0,00	0,00	928,45	0,00	0,00	0,00	857.276,60	0,00	1.266,68	0,00	0,00	0,00	0,00	859.471,73
d) die Kosten der Überwachung und Absonderung ansteckungsverdächtiger Personen (§ 17);	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
f) die Kosten der Vorkehrungen zur Einschränkung des Verkehrs mit Bewohnern verseuchter Ortschaften und Niederlassungen (§ 24);	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
g) die Gebühren der Epidemieärzte	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
i) die Vergütungen für den Verdienstentgang (§ 32);	518.583,35	0,00	0,00	459.554,11	0,00	84.495,57	-36.584,60	3.887.778,65	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	4.913.827,08
n) §27a Beauftragungen	0,00	0,00	5.055.531,77	0,00	370.342,94	0,00	-99.361,67	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	5.326.513,04
Impfzertifikate Epidemiegesetz	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
AGES sonstiger Aufwand	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
Summe Zahlungen 2025	518.583,35	0,00	5.055.531,77	460.482,56	370.342,94	84.495,57	-135.946,27	4.745.055,25	38.910,00	1.266,68	796.047,24	0,00	0,00	0,00	11.934.769,09

Tabelle 3.8.2 Refundierung für COVID-Kosten gemäß EpidemieG 2020 bis Juni 2025

Epidemiegesetz gesamt seit 2020

Gesamtübersicht Zahlungen COVID-Kosten alle Bundesländer seit Pandemiebeginn															
Zahlungen gemäß §36 Abs. 1 Epidemiegesetz 1950:	Wien	Salzburg	Oberösterreich	Niederösterreich	Burgenland	Steiermark	Kärnten	Tirol	Vorarlberg	AGES	Abwasser	UniWien	ELGA GmbH	ÖRK	Österreich
a) Screenings	397.182.965,38 €	13.668.500,82 €	48.990.168,94 €	206.518.899,85 €	10.715.583,97 €	49.444.873,74 €	36.070.877,16 €	35.444.258,11 €	9.654.964,72 €	36.646.192,07 €	5.024.613,50 €	1.000.945,10 €	0,00 €	0,00 €	850.362.843,36 €
b) die Kosten der in staatlichen Untersuchungsanstalten nach § 5 vorgenommenen Untersuchungen;	236.546.164,42 €	67.844.681,93 €	85.130.940,95 €	92.823.337,88 €	41.590.068,32 €	73.324.733,34 €	21.260.211,66 €	110.059.212,93 €	24.094.703,91 €	58.003.404,98 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	810.677.460,32 €
d) die Kosten der Überwachung und Absonderung ansteckungsverdächtiger Personen (§ 17);	714.818,20 €	49.116,20 €	16.691,40 €	8.136,71 €	29.398,28 €	1.226,40 €	198.851,00 €	242.763,54 €	5.928,08 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	1.266.929,81 €
f) die Kosten der Vorkehrungen zur Einschränkung des Verkehrs mit Bewohnern verseuchter Ortschaften und Niederlassungen (§ 24);	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	585,60 €	52.392,50 €	3.353,39 €	133.450,04 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	189.781,53 €
g) die Gebühren der Epidemieärzte	4.764.555,44 €	265.801,50 €	608.341,78 €	17.226.267,72 €	1.360.190,09 €	8.385.292,78 €	8.900.308,19 €	5.452.515,49 €	1.338.043,21 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	48.301.316,20 €
i) die Vergütungen für den Verdienstentgang (§ 32);	303.450.490,16 €	226.632.349,20 €	450.946.917,48 €	411.776.614,29 €	55.753.356,62 €	299.992.127,49 €	129.209.925,67 €	410.943.844,84 €	155.604.598,91 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	2.444.310.224,66 €
n) §27a Beauftragungen	27.855.732,90 €	1.510.853,74 €	39.611.059,78 €	43.552.820,14 €	3.616.803,20 €	15.947.553,48 €	5.203.107,32 €	9.515.719,08 €	5.305.401,34 €	9.699.210,95 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	161.818.261,93 €
Impfzertifikate Epidemiegesetz	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	1.959.648,10 €	0,00 €	0,00 €	2.850.268,60 €	0,00 €	4.809.916,70 €
AGES sonstiger Aufwand	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	15.139.923,71 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	135.000,00 €	15.274.923,71 €
Summe Zahlungen bis 2025	970.514.726,50 €	309.971.303,39 €	625.304.120,33 €	771.906.076,59 €	113.065.400,48 €	447.096.392,83 €	200.895.673,50 €	571.661.667,38 €	196.137.090,21 €	121.448.379,81 €	5.024.613,50 €	1.000.945,10 €	2.850.268,60 €	135.000,00 €	4.337.011.658,22 €

Titel	Umsetzung der 3G- Regelung (genesen, getestet und geimpft) durch Screening Portal „Österreich testet“, E-Impfpass und Grüner Pass (DB 24.01.01.00)
Im BFG 2025 veranschlagte Mittel aus dem COVID-19-Krisenbewältigungsfonds	39.422.000,00 € (gesamthaft veranschlagt für sämtliche Zahlungen im Zusammenhang mit dem Epidemiegesetz)
Beschreibung der Maßnahmen	<p>Um allen COVID-19 Getesteten, Genesenen und Geimpften eine rasche Rückkehr in den Alltag zu ermöglichen, wurde sowohl auf EU-Ebene als auch auf nationaler Ebene ein einheitlich gestalteter Nachweis (Grüner Pass) geschaffen.</p> <p>Ebenso ist der E-Impfpass wesentlich an der Funktionsweise des Grünen Passes beteiligt.</p> <p>Als drittes Element in diesem Kontext ist auch der Betrieb des Screeningportal „Österreich testet“ anzuführen, um auch die getesteten Personen zu erfassen.</p> <p>Um eine Kompatibilität zwischen allen angeführten Systemen zu gewährleisten sowie die Ausfallsicherheit und die Anfragekapazitäten zu erhöhen, sind hier Aufwendungen in den Bereichen Entwicklung und IT Infrastruktur notwendig.</p> <p>Gesetzliche Grundlage: Epidemiegesetz 1950 und COVID-19-Maßnahmengesetz</p> <p><u>Anmerkung:</u> Mit BGBl I Nr. 69/2023 laufen die für die Pandemie relevanten Sonderregelungen des Epidemiegesetzes aus, wurden aufgehoben bzw. in Regelstrukturen übergeführt. Die Kostenersatzpflicht des Bundes für Sachverhalte die vor dem 30.06.2023 stattgefunden haben, bleibt weiterhin aufrecht.</p>
Materielle Auswirkungen	Betrieb des Grünen Passes zum Nachweis der Immunität gegen SARS-CoV 2.

Finanzielle Auswirkungen	Insgesamt wurden seit Beginn der Pandemie im Jahr 2020 folgende Zahlungen getätigt (Beträge in €):		
		2020 bis 2024	Jänner bis Juni 2025
			gesamt
	Österreich getestet	20.952.115,08	0,00
	e-Impfpass	2.632.511,23	0,00
	Grüner Pass	14.660.661,62	0,00
	Summe	38.245.287,93	0,00
			38.245.287,93

Titel	Kosten COVID-19-Zweckzuschussgesetz (DB 24.01.01.00)
Im BFG 2025 veranschlagte Mittel aus dem COVID-19-Krisenbewältigungsfonds	<p>10.000.000,00 € veranschlagt</p> <p>Von den im Dezember 2021 getätigten Vorauszahlungen für bereits vorgelegte Abrechnungen wurden im Berichtszeitraum vollständig iHv. 743.000.000,00 € abgerechnet. Die Tabelle 3.8.5 gibt Aufschluss über die im Berichtszeitraum erfolgten Abrechnungen und deren Verwendung.</p>
Beschreibung der Maßnahmen	<p>Für bestimmte den Ländern entstandene und klar definierte, zusätzlich aufgrund der COVID-19-Krise entstandene Aufwendungen leistet der Bund einen Zweckzuschuss.</p> <p>Gesetzliche Grundlage: Bundesgesetz über einen Zweckzuschuss an die Länder aufgrund der COVID-19-Krise (COVID-19-Zweckzuschussgesetz) zuletzt geändert durch das Bundesgesetz BGBl. I Nr. 206/2022</p>
Materielle Auswirkungen	<p>Zweckzuschüsse nach dem COVID-19-Zweckzuschussgesetz werden auf Antrag der Länder für nachfolgend genannte Kategorien gewährt:</p> <ul style="list-style-type: none"> ◦ §1 Abs. 1 Z. 1 – Schutzausrüstung im Zeitraum März 2020 bis Dezember 2022 ◦ §1 Abs. 1 Z. 2 – Personalkosten für die telefonische Gesundheitsberatung unter der Rufnummer 1450 sowie für telefonische Gesundheitsberatungen mit gleicher Ausrichtung wie die Rufnummer 1450 im Zeitraum März 2020 bis Juni 2023 ◦ §1 Abs. 1 Z. 3 – Barackenspitäler im Zeitraum Dezember 2020 bis März 2022 ◦ §1 Abs. 1 Z. 5 – Alle im direkten Zusammenhang mit nach Z 2 entstandenen Kosten, wie Infrastrukturkosten sowie Recruiting- und Schulungskosten im Zeitraum von März 2020 bis Juni 2023 ◦ §1 Abs. 1 Z. 6 – für den administrativen Aufwand im Zusammenhang mit nach den Bestimmungen des § 5 und des § 5a Epidemiegesetz 1950 angeordneten und nach der Verordnung gemäß § 5a Epidemiegesetz 1950 durchzuführenden Testungen im Zeitraum von März 2020 bis Juni 2023 ◦ §1a – Bevölkerungsweite Testungen bis 31. März 2022 <ul style="list-style-type: none"> ◦ davon zusätzliche Überstunden von Gemeindebediensteten - §1a Z 2 ◦ davon Aufwandsentschädigungen, die von den Ländern und Gemeinden an nicht hauptberuflich tätige unterstützende Personen gewährt werden - §1a Z 5 ◦ §1b – Bevölkerungsweite Impfkationen bis Juni 2023 <ul style="list-style-type: none"> ◦ davon zusätzliche Überstunden von Gemeindebediensteten - §1b Z 3 ◦ §1c – COVID-19-Tests in Apotheken, Aufwand der Krankenfürsorgeanstalten bis 31. März 2022

	<ul style="list-style-type: none">◦ §1d – Abgabe COVID-19-Selbsttests, Aufwand der Krankenfürsorgeanstalten bis 30. Juni 2023◦ §1e – Mehraufwand Rettungs- und Krankentransportdienste bis 31. Dezember 2022◦ §1f - Außerordentliche Zuwendungen (500 € Boni)																																																				
Finanzielle Auswirkungen	<p>Folgende Zahlungen wurden im Jahr 2025 bis zum Monatsende des Berichtszeitraumes gemäß COVID-19-Zweckzuschussgesetz getätigt (Beträge in €):</p> <table><tr><th></th><th>Vormonate</th><th>Juni 2025</th><th>gesamt</th></tr><tr><td>§1 Abs. 1 Z. 1 – Schutzausrüstung</td><td>562.238,47</td><td>0,00</td><td>562.238,47</td></tr><tr><td>§1 Abs. 1 Z. 2 – Personalkosten 1450 und Ähnliche</td><td>0,00</td><td>0,00</td><td>0,00</td></tr><tr><td>§1 Abs. 1 Z. 3 – Barackenspitäler</td><td>0,00</td><td>0,00</td><td>0,00</td></tr><tr><td>§1 Abs. 1 Z. 5 – Im direkten Zusammenhang mit nach Z 2 entstandene Kosten</td><td>0,00</td><td>0,00</td><td>0,00</td></tr><tr><td>§1 Abs. 1 Z. 6 – Administrativer Aufwand im Zusammenhang mit § 5 EpiG Testungen</td><td>2.307.917,40</td><td>0,00</td><td>2.307.917,40</td></tr><tr><td>§1a – Bevölkerungsweite Testungen</td><td>1.608.247,13</td><td>0,00</td><td>1.608.247,13</td></tr><tr><td>§1b – Bevölkerungsweite Impfkationen</td><td>-325.378,96</td><td>0,00</td><td>-325.378,96</td></tr><tr><td>§1c – COVID-19-Tests in Apotheken (KFA Versicherte)</td><td>0,00</td><td>0,00</td><td>0,00</td></tr><tr><td>§1d – Abgabe COVID-19-Tests in Apotheken (KFA Versicherte)</td><td>0,00</td><td>0,00</td><td>0,00</td></tr><tr><td>§1e – Mehraufwand Rettungsorganisationen</td><td>540,00</td><td>0,00</td><td>540,00</td></tr><tr><td>§1f – Außerordentliche Zuwendungen (500 € Boni)</td><td>0,00</td><td>0,00</td><td>0,00</td></tr><tr><td>Summe</td><td>4.153.564,04</td><td>0,00</td><td>4.153.564,04</td></tr></table>		Vormonate	Juni 2025	gesamt	§1 Abs. 1 Z. 1 – Schutzausrüstung	562.238,47	0,00	562.238,47	§1 Abs. 1 Z. 2 – Personalkosten 1450 und Ähnliche	0,00	0,00	0,00	§1 Abs. 1 Z. 3 – Barackenspitäler	0,00	0,00	0,00	§1 Abs. 1 Z. 5 – Im direkten Zusammenhang mit nach Z 2 entstandene Kosten	0,00	0,00	0,00	§1 Abs. 1 Z. 6 – Administrativer Aufwand im Zusammenhang mit § 5 EpiG Testungen	2.307.917,40	0,00	2.307.917,40	§1a – Bevölkerungsweite Testungen	1.608.247,13	0,00	1.608.247,13	§1b – Bevölkerungsweite Impfkationen	-325.378,96	0,00	-325.378,96	§1c – COVID-19-Tests in Apotheken (KFA Versicherte)	0,00	0,00	0,00	§1d – Abgabe COVID-19-Tests in Apotheken (KFA Versicherte)	0,00	0,00	0,00	§1e – Mehraufwand Rettungsorganisationen	540,00	0,00	540,00	§1f – Außerordentliche Zuwendungen (500 € Boni)	0,00	0,00	0,00	Summe	4.153.564,04	0,00	4.153.564,04
	Vormonate	Juni 2025	gesamt																																																		
§1 Abs. 1 Z. 1 – Schutzausrüstung	562.238,47	0,00	562.238,47																																																		
§1 Abs. 1 Z. 2 – Personalkosten 1450 und Ähnliche	0,00	0,00	0,00																																																		
§1 Abs. 1 Z. 3 – Barackenspitäler	0,00	0,00	0,00																																																		
§1 Abs. 1 Z. 5 – Im direkten Zusammenhang mit nach Z 2 entstandene Kosten	0,00	0,00	0,00																																																		
§1 Abs. 1 Z. 6 – Administrativer Aufwand im Zusammenhang mit § 5 EpiG Testungen	2.307.917,40	0,00	2.307.917,40																																																		
§1a – Bevölkerungsweite Testungen	1.608.247,13	0,00	1.608.247,13																																																		
§1b – Bevölkerungsweite Impfkationen	-325.378,96	0,00	-325.378,96																																																		
§1c – COVID-19-Tests in Apotheken (KFA Versicherte)	0,00	0,00	0,00																																																		
§1d – Abgabe COVID-19-Tests in Apotheken (KFA Versicherte)	0,00	0,00	0,00																																																		
§1e – Mehraufwand Rettungsorganisationen	540,00	0,00	540,00																																																		
§1f – Außerordentliche Zuwendungen (500 € Boni)	0,00	0,00	0,00																																																		
Summe	4.153.564,04	0,00	4.153.564,04																																																		

Insgesamt wurden seit Beginn der Pandemie im Jahr 2020 folgende Zahlungen getätigt (Beträge in €):			
	2020 bis 2024	Jänner bis Juni 2025	gesamt
§1 Abs. 1 Z. 1 – Schutzausrüstung	542.434.261,99	562.238,47	542.996.500,46
§1 Abs. 1 Z. 2 – Personalkosten 1450 und Ähnliche	74.287.023,43	0,00	74.287.023,43
§1 Abs. 1 Z. 3 – Barackenspitäler	136.440.579,90	0,00	136.440.579,90
§1 Abs. 1 Z. 5 – Im direkten Zusammenhang mit nach Z. 2 entstandene Kosten	9.294.092,72	0,00	9.294.092,72
§1 Abs. 1 Z. 6 – Administrativer Aufwand im Zusammenhang mit § 5 EpiG Testungen	406.364.451,89	2.307.917,40	408.672.369,29
§1a – Bevölkerungsweite Testungen	1.194.584.433,89	1.608.247,13	1.196.192.681,02
§1b – Bevölkerungsweite Impfkationen	521.823.513,73	-325.378,96	521.498.134,77
§1c – COVID-19-Tests in Apotheken (KFA Versicherte)	18.364.941,84	0,00	18.364.941,84
§1d – Abgabe COVID-19-Tests in Apotheken (KFA Versicherte)	6.080.920,60	0,00	6.080.920,60
§1e – Mehraufwand Rettungsorganisationen	30.296.768,25	540,00	30.297.308,25
§1f – Außerordentliche Zuwendungen (500 € Boni)	70.977.771,82	0,00	70.977.771,82
noch nicht gegenverrechnetes Akonto	0,00	0,00	0,00
Summe	3.010.948.760,05	4.153.564,04	3.015.102.324,09
Zusätzlich sind zu diesen Beträgen 390.778,43 € an Kosten für die externe Prüfung der Abrechnungen der Länder durch die Buchhaltungsagentur des Bundes hinzuzurechnen.			

Tabelle 3.8.3: Refundierung an die Länder gemäß ZweckzuschussG Jänner bis Juni 2025

2025 - gesamt Zweckzuschussgesetz

Gesamtübersicht Zahlungen COVID-Kosten alle Bundesländer 2025

(Beträge in €)

Zahlungen gemäß Zweckzuschussgesetz	Wien	Salzburg	Oberösterreich	Niederösterreich	Burgenland	Steiermark	Kärnten	Tirol	Vorarlberg	Österreich
§1 Abs. 1 Z1 Schutzausrüstung	578.638,16	0,00	0,00	-17.239,69	0,00	0,00	0,00	840,00	0,00	562.238,47
§1 Abs. 1 Z2 Personalkosten 1450	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
§1 Abs. 1 Z3 Barackenspitäler	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
§1 Abs. 1 Z5 Kosten izH mit 1450	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
§1 Abs. 1 Z6 Administrativer Aufwand izH mit §5 EpiG Untersuchungen	2.532.770,17	0,00	0,00	0,00	294.965,17	0,00	5.430,00	-522.559,82	-2.688,12	2.307.917,40
§1a Testungen	0,00	0,00	1.577.324,78	0,00	87.906,38	0,00	0,00	-56.984,03	0,00	1.608.247,13
§1b Impfstellen	2.008.337,32	0,00	-2.681.426,62	62.544,21	348.619,48	-10.587,27	-37.477,10	-15.388,98	0,00	-325.378,96
§1c COVID-19-Tests in Apotheken, KFA	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
§1d COVID-19-Selbsttest, Abgabe in Apotheken, KFA	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
§1e Mehraufwand Rettungsorganisationen	0,00	0,00	0,00	0,00	540,00	0,00	0,00	0,00	0,00	540,00
§ 1f Ao. Zuwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
Summe Zahlungen 2025	5.119.745,65	0,00	-1.104.101,84	45.304,52	732.031,03	-10.587,27	-32.047,10	-594.092,83	-2.688,12	4.153.564,04

Tabelle 3.8.4: Refundierung an die Länder gemäß ZweckzuschussG 2020 bis Juni 2025

Zweckzuschuss gesamt seit 2020

Gesamtübersicht Zahlungen COVID-Kosten alle Bundesländer seit Pandemiebeginn

<i>Zahlungen gemäß Zweckzuschussgesetz</i>	Wien	Salzburg	Oberöstrerr.	Niederöstrerr.	Burgenland	Steiermark	Kärnten	Tirol	Vorarlberg	Österreich
§1 Abs. 1 Z1 Schutzausrüstung	193.714.466,44 €	14.481.551,21 €	114.735.590,71 €	69.704.627,94 €	8.689.592,76 €	58.929.675,07 €	18.830.209,33 €	52.933.780,87 €	10.977.006,13 €	542.996.500,46 €
§1 Abs. 1 Z2 Personalkosten 1450	48.869.307,28 €	2.966.641,85 €	2.433.297,19 €	4.588.710,96 €	0,00 €	3.669.619,36 €	403.450,02 €	5.602.107,97 €	5.753.888,80 €	74.287.023,43 €
§1 Abs. 1 Z3 Barackenspitäler	112.401.327,10 €	2.251.983,29 €	12.653.711,19 €	2.862.881,00 €	669.037,39 €	873.093,84 €	586.842,94 €	399.602,40 €	3.742.100,75 €	136.440.579,90 €
§1 Abs. 1 Z5 Kosten izH mit 1450	6.252.173,81 €	477.639,98 €	202.395,96 €	753.207,14 €	47.388,62 €	1.099.461,78 €	32.458,01 €	250.893,22 €	178.474,20 €	9.294.092,72 €
§1 Abs. 1 Z6 Administrativer Aufwand izH mit §5 EpiG Untersuchungen	196.980.830,52 €	26.221.158,42 €	28.298.922,76 €	36.112.954,24 €	8.509.576,02 €	19.436.864,55 €	15.850.494,40 €	60.397.458,43 €	16.864.109,95 €	408.672.369,29 €
§1a Testungen - gesamt	444.427.242,23 €	41.776.678,69 €	222.646.978,61 €	78.461.871,38 €	17.501.559,97 €	200.298.238,44 €	13.788.486,52 €	152.355.012,99 €	24.936.612,19 €	1.196.192.681,02 €
§1b Impfstellen - gesamt	256.428.460,26 €	10.252.169,11 €	46.839.213,14 €	20.206.598,57 €	7.001.212,65 €	120.126.901,88 €	18.458.362,79 €	26.161.692,89 €	16.023.523,48 €	521.498.134,77 €
§1c COVID-19-Tests in Apotheken, KFA	11.760.250,00 €	300.125,00 €	4.204.609,96 €	0,00 €	0,00 €	1.571.935,00 €	0,00 €	528.021,88 €	0,00 €	18.364.941,84 €
§1d COVID-19-Selbsttestst, Abgabe in Apotheken, KFA	3.425.830,01 €	153.980,00 €	2.122.249,47 €	0,00 €	0,00 €	323.490,00 €	0,00 €	55.371,12 €	0,00 €	6.080.920,60 €
§1e Mehraufwand Rettungsorganisationen	4.256.627,97 €	1.866.940,00 €	4.358.374,27 €	8.764.031,99 €	851.955,40 €	5.642.098,62 €	2.155.050,00 €	1.042.420,00 €	1.359.810,00 €	30.297.308,25 €
§ 1f Ao. Zuwendungen	17.780.400,00 €	4.813.500,00 €	13.093.700,00 €	10.943.500,00 €	1.451.000,00 €	10.531.000,00 €	4.270.024,00 €	5.627.147,82 €	2.467.500,00 €	70.977.771,82 €
offenes Akonto 2020	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €
Akonto	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €
Summe Zahlungen bis 2025	1.296.296.915,61 €	105.562.367,55 €	451.589.043,26 €	232.398.383,22 €	44.721.322,81 €	422.502.378,54 €	74.375.378,01 €	305.353.509,59 €	82.303.025,50 €	3.015.102.324,09 €

Tabelle 3.8.5: Verbrauch der im Jahr 2021 geleisteten Akontozahlungen

Akonto

Gesamtübersicht Zahlungen COVID-Kosten alle Bundesländer Verbrauch Akonto										
(Beträge in €)										
Zahlungen gemäß Zweckzuschussgesetz	Wien	Salzburg	Oberösterreich	Niederösterreich	Burgenland	Steiermark	Kärnten	Tirol	Vorarlberg	Österreich
§1 Abs. 1 Z1 Schutzausrüstung	2.128.427,96	3.767.543,02	9.591.598,98	11.258.868,87	4.893.428,40	15.080.352,81	4.412.360,39	7.548.916,48	530.690,03	59.212.186,94
§1 Abs. 1 Z2 Personalkosten 1450	3.439.814,47	1.124.092,06	1.012.771,97	945.876,99		775.124,98	149.042,58	1.728.277,72	1.117.455,01	10.292.455,78
§1 Abs. 1 Z3 Barackenspitäler	8.871.191,24		1.833.763,09	45.517,00	85.739,01	157.923,02	300.111,65		172.009,95	11.466.254,96
§1 Abs. 1 Z5 Kosten izH mit 1450	116.098,72	346.228,12	87.023,72		47.388,62	132.604,93	32.458,01	28.932,43	5.854,55	796.589,10
§1 Abs. 1 Z6 Administrativer Aufwasnd izH mit §5 EpiG Untersuchungen	5.595.481,87	5.336.077,71	8.237.518,00	10.756.759,21	2.603.907,10	6.834.276,72	7.865.815,72	517.284,52	3.419.739,17	51.166.860,02
Testungen - gesamt	40.492.165,99	13.674.810,60	104.362.041,54	42.996.203,91	12.870.217,10	98.078.611,07	5.396.996,56	113.265.198,00	6.268.923,79	437.405.168,56
davon:										
§1a Z1 bevölkerungsweite Testungen: Kosten (ohne Überstunden und Aufwandsentschädigungen)	40.492.165,99	13.327.279,22	104.362.041,54	42.996.203,91	12.862.597,10	97.029.939,75	5.169.544,17	113.265.198,00	6.268.923,79	435.773.893,47
§1a Z2 bevölkerungsweite Testungen: zusätzliche Überstunden von Gemeindebediensteten		81.562,38			-8.190,00	1.048.671,32	68.722,25			1.190.765,95
§1a Z5 bevölkerungsweite Testungen: Aufwandsentschädigungen Freiwillige		265.969,00			15.810,00		158.730,14			440.509,14
Impfstellen - gesamt:	22.912.608,02	1.502.457,2100	11.216.486,9700	291.467,2900	5.754.191,0700	49.073.413,6300	12.327.239,1800	9.216.375,1800	6.204.852,9100	118.499.091,46
davon:										
§1b > §1a Z1 Impfstellen: Kosten ohne Überstunden	22.912.608,01600	1.221.685,75	11.216.486,97	291.467,29	5.754.191,07	41.782.928,10	1.986.017,55	8.442.784,68	4.836.015,41	98.444.184,84
§1b > §1a Z2 Impfstellen: zusätzliche Überstunden von Gemeindebediensteten							2.183.138,50			2.183.138,50
§1b > §1a Z5 Impfstellen Aufwandsentsch. Freiwillige		280.771,46				7.290.485,53	8.158.083,13	773.590,50	1.368.837,50	17.871.768,12
§1c COVID-19-Tests in Apotheken, KFA	1.806.560,20	92.425,00	3.561.530,29			984.310,00	0,00	464.306,68		6.909.132,17
§1d COVID-19-Selbsttest, Abgabe in Apotheken, KFA	603.918,67	75.430,00	720.043,97			186.310,00	0,00			1.585.702,64
§1e Mehraufwand Rettungsorganisationen		250.000,00	1.081.504,61	2.693.703,41	714.345,40	1.164.437,36	1.701.900,00		207.795,78	7.813.686,56
§ 1f Ao. Zuwendungen			13.093.700,00	10.943.500,00	1.451.000,00		4.270.024,00	5.627.147,82	2.467.500,00	37.852.871,82
Summe	85.966.267,13	26.169.063,72	154.797.983,14	79.931.896,68	28.420.216,70	172.467.364,52	36.455.948,09	138.396.438,83	20.394.821,19	743.000.000,00
Akontozahlung	85.966.267,13	26.169.063,72	154.797.983,14	79.931.896,68	28.420.216,70	172.467.364,52	36.455.948,09	138.396.438,83	20.394.821,19	743.000.000,00
Akonto Rest	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00

Titel	Impffinanzierungsgesetz (DB 24.01.01.00)																			
Im BFG 2025 veranschlagte Mittel aus dem COVID-19-Krisenbewältigungsfonds	10.000.000,00 € veranschlagt (gesamthaft veranschlagt für sämtliche Zahlungen im Zusammenhang mit dem Zweckzuschussgesetz und Impffinanzierungsgesetz)																			
Beschreibung der Maßnahmen	<p>Schon bisher wurden die Länder durch die Leistung von Zweckzuschüssen nach dem COVID-19-Zweckzuschussgesetz vom Bund in großem Umfang finanziell unterstützt. Aufgrund des Auslaufens des COVID-19-Zweckzuschussgesetz mit Ablauf des 30. Juni 2023 wurden mit dem Bundesgesetz über Zweckzuschüsse an Länder und Gemeinden für die Durchführung der Corona-Schutzimpfung (COVID-19-Impffinanzierungsgesetz) die Länder weiter bei der Abwicklung der Corona-Schutzimpfung durch Zweckzuschüsse unterstützt. Im Sinn einer kosteneffizienten Durchführung der Impfungen erfolgt ab dem 1. Juli 2023 der Ersatz der Aufwendungen mittels Fallpauschalen. Das gewährt den Ländern weitestgehende Flexibilität hinsichtlich der Auswahl der Durchführungsmöglichkeiten.</p> <p>Grundlage: COVID-19-Impffinanzierungsgesetz BGBl. I Nr. 69/2023</p>																			
Materielle Auswirkungen	<p>Da es sich beim COVID-19-Impffinanzierungsgesetz um eine finanzausgleichsrechtliche Regelung handelt, beziehen sich die Kostenersätze lediglich auf COVID-19-Impfungen, die im Auftrag der Länder oder Gemeinden oder direkt von diesen durchgeführt werden.</p> <p>Der Bund leistet Zweckzuschüsse an die Länder und Gemeinden für die Durchführung der COVID-19-Impfungen in der Höhe von 20 € pro nachweislich verabreichter Impfung. Bisher wurde vom Bund die Durchführung von 33.080 Impfungen finanziert.</p>																			
Finanzielle Auswirkungen	<p>Folgende Zahlungen wurden 2025 bis zum Monatsende des Berichts-Zeitraumes getätigt (Beträge in €):</p> <table><tr><td></td><td>Vormonate</td><td>Juni 2025</td><td>gesamt</td></tr><tr><td>Summe</td><td>35.000,00</td><td>0,00</td><td>35.000,00</td></tr></table> <p>Insgesamt wurden seit Beginn der Pandemie im Jahr 2020 folgende Zahlungen getätigt (Beträge in €):</p> <table><tr><td></td><td>2020 bis 2024</td><td>Jänner bis Juni 2025</td></tr><tr><td>Summe</td><td>626.600,00</td><td>35.000,00</td></tr><tr><td>Gesamt</td><td colspan="2">661.600,00</td></tr></table>				Vormonate	Juni 2025	gesamt	Summe	35.000,00	0,00	35.000,00		2020 bis 2024	Jänner bis Juni 2025	Summe	626.600,00	35.000,00	Gesamt	661.600,00	
	Vormonate	Juni 2025	gesamt																	
Summe	35.000,00	0,00	35.000,00																	
	2020 bis 2024	Jänner bis Juni 2025																		
Summe	626.600,00	35.000,00																		
Gesamt	661.600,00																			

Titel	Ankauf Selbsttests zur Abgabe in Apotheken (DB 24.01.01.00)										
Im BFG 2025 veranschlagte Mittel aus dem COVID-19-Krisenbewältigungsfonds	Keine Veranschlagung im BFG 2025										
Beschreibung der Maßnahmen	<p>Öffentliche Apotheken sind berechtigt für die Dauer der COVID-19-Pandemie SARS-CoV-2-Antigentests abzugeben. Die Beschaffung der Antigentests erfolgt über den Bund (BMSGPK), die Tests werden den Apotheken zur Verfügung gestellt.</p> <p>Gesetzliche Grundlage: § 742b ASVG, BGBl. I Nr. 22/2022</p>										
Materielle Auswirkungen	<p>Gemäß der Neuausrichtung der Teststrategie werden seit April 2022 SARS-CoV-2-Antigentests zur Eigenanwendung der österreichischen Bevölkerung kostenlos zur Verfügung gestellt. Die Beschaffung der Tests erfolgt durch das Bundesministerium für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz über die BBG.</p> <p>Im Zeitraum von April 2022 bis Dezember 2023 wurden insgesamt rund 61,5 Mio. Selbsttests vom BMSGPK bestellt. Außerdem wurden seitens des Landes Oberösterreich 1 Mio. Stück kostenlos zur Verfügung gestellt. Somit beträgt die Gesamtsumme an Tests rd. 62,5 Mio. Stück.</p> <p>Insgesamt wurden seit Beginn der Pandemie rund 188,4 Mio. Stück Selbsttests vom BMGSPK angekauft.</p>										
Finanzielle Auswirkungen	<p>Insgesamt wurden seit Beginn der Pandemie im Jahr 2020 folgende Zahlungen getätigt (Beträge in €):</p> <table border="1"> <tr> <td></td><td>2020 bis 2024</td><td>Jänner bis Juni 2025</td></tr> <tr> <td>Summe</td><td>262.472.048,61</td><td>0,00</td></tr> <tr> <td>Gesamt</td><td colspan="2">262.472.048,61</td></tr> </table>			2020 bis 2024	Jänner bis Juni 2025	Summe	262.472.048,61	0,00	Gesamt	262.472.048,61	
	2020 bis 2024	Jänner bis Juni 2025									
Summe	262.472.048,61	0,00									
Gesamt	262.472.048,61										

Titel	COVID-19-Impfpflichtgesetz (DB 24.01.01.00)																
Im BFG 2025 veranschlagte Mittel aus dem COVID-19-Krisenbewältigungsfonds	Keine Veranschlagung im BFG 2025 2.403.839,73 € im Jahr 2022 ausbezahlt 91.589,81 € im Jahr 2023 ausbezahlt																
Beschreibung der Maßnahmen	<p>Zum Schutz der öffentlichen Gesundheit wurden Personen, die das 18. Lebensjahr vollendet haben, mit dem Bundesgesetz über die Pflicht zur Impfung gegen COVID-19 (COVID-19 Impfpflichtgesetz – COVID-19-IG), BGBl. I Nr. 4/2022, verpflichtet, sich einer Schutzimpfung gegen COVID-19 zu unterziehen.</p> <p>Es wurden rund 4,8 Mio. Haushalte mit einem entsprechenden Informationsschreiben über das Inkrafttreten des Impfpflichtgesetzes in Kenntnis gesetzt.</p> <p>Im Rahmen der Umsetzung des Impfpflichtgesetzes wurden auch zur Vorbereitung dieser Maßnahmen IT-Dienstleistungen beauftragt. Infolge der Aufhebung des Impfpflichtgesetzes sind diese Aufwendungen von den Vertragspartnern vertragsgemäß teilweise erbracht worden. Die bis zur Aufhebung des Impfpflichtgesetzes erbrachten Leistungen sind vom BMSGPK zu finanzieren.</p> <p>Die Kosten von Epidemieärzten die in Vollziehung des § 17 Impfpflichtgesetz angefallen sind, sind vom BMSGPK den Ländern zu refundieren.</p>																
Materielle Auswirkungen	Insgesamt wurden 4.762.918 Schreiben verschickt.																
Finanzielle Auswirkungen	<p>Insgesamt wurden seit Beginn der Pandemie im Jahr 2020 folgende Zahlungen getätigt (Beträge in €):</p> <table border="1"> <thead> <tr> <th></th><th>2020 bis 2024</th><th>Jänner bis Juni 2025</th></tr> </thead> <tbody> <tr> <td>Informationsschreiben Impfpflicht</td><td>1.019.523,29</td><td>0,00</td></tr> <tr> <td>Ärzte Impfpflicht</td><td>80.137,50</td><td>0,00</td></tr> <tr> <td>IT-Dienstleistungen</td><td>1.395.768,75</td><td>0,00</td></tr> <tr> <td>Gesamt</td><td colspan="2">2.495.429,54</td></tr> </tbody> </table>			2020 bis 2024	Jänner bis Juni 2025	Informationsschreiben Impfpflicht	1.019.523,29	0,00	Ärzte Impfpflicht	80.137,50	0,00	IT-Dienstleistungen	1.395.768,75	0,00	Gesamt	2.495.429,54	
	2020 bis 2024	Jänner bis Juni 2025															
Informationsschreiben Impfpflicht	1.019.523,29	0,00															
Ärzte Impfpflicht	80.137,50	0,00															
IT-Dienstleistungen	1.395.768,75	0,00															
Gesamt	2.495.429,54																

Titel	Ausbau der Testkapazitäten der AGES (DB 24.01.02.00)										
Im BFG 2025 veranschlagte Mittel aus dem COVID-19-Krisenbewältigungsfonds	Keine Veranschlagung im BFG 2025 4.189.000,00 € im Jahr 2020 ausbezahlt										
Beschreibung der Maßnahmen	<p>Mit dem 16. Covid-19-Gesetz BGBl. Nr. 43/2020 wurde das Epidemiegesetz 1950 novelliert und Aufgaben festgelegt, die von der AGES administrativ bzw. organisatorisch im Auftrag des BMSGPK durchzuführen sind:</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. Vornahme PCR-Tests gem. § 5 und nach § 5 Abs. (4) Sachverständigentätigkeit bei der Clusterabklärung 2. § 27a Unterstützung der zuständigen Landesbehörden bei der Durchführung des Contact Tracing im Ausbruchsfall 3. § 5a Durchführung von Screeningprogrammen im Rahmen der Bekämpfung von COVID-19 4. § 5b Register für Screeningprogramme <p>Es erging daher seitens des BMSGPK als Eigentümer der AGES die Weisung an die Geschäftsführung der AGES für die Bereitstellung der notwendigen administrativ organisatorischen sowie personellen Strukturen in der AGES Vorsorge zu treffen. Der Eigentümer verpflichtete sich im Gegenzug die daraus erwachsenen Kosten der AGES zu ersetzen.</p> <p>Grundlage: §§ 5, 5a und 27a Epidemiegesetz 1950</p>										
Materielle Auswirkungen	<p>Investitionen der AGES gliederten sich in folgende Bereiche:</p> <p>COVID-19 bedingte Investitionen – offene Systeme + Probenvorbereitungssysteme (unter anderem wurden folgende Geräte in mehrfachen Ausführungen angeschafft: Automatisches Probenverteilsystem, Real-Time PCR Geräte, Zell Imaging System, Pipettenroboter, ELISA-Vollautomat): 2.365.000,00 €</p> <ul style="list-style-type: none"> • 2x PCR-Großgeräte, je eines für Wien-Währingerstraße und Graz: 504.000,00 € • Next-Generation-Sequencing-Gerät für MED Währinger Straße: 360.000,00 € • Sanierung Covid Labor Mödling Biosicherheitslevel 2: 960.000,00 € 										
Finanzielle Auswirkungen	<p>Insgesamt wurden seit Beginn der Pandemie im Jahr 2020 folgende Zahlungen getätigt (Beträge in €):</p> <table border="1"> <thead> <tr> <th></th><th>2020 bis 2024</th><th>Jänner bis Juni 2025</th></tr> </thead> <tbody> <tr> <td>Summe</td><td>4.189.000,00</td><td>0,00</td></tr> <tr> <td>Gesamt</td><td colspan="2">4.189.000,00</td></tr> </tbody> </table>			2020 bis 2024	Jänner bis Juni 2025	Summe	4.189.000,00	0,00	Gesamt	4.189.000,00	
	2020 bis 2024	Jänner bis Juni 2025									
Summe	4.189.000,00	0,00									
Gesamt	4.189.000,00										

Titel	Österreichische Gesundheitskasse (DB 24.02.03.00)										
Im BFG 2025 veranschlagte Mittel aus dem COVID-19-Krisenbewältigungsfonds	Keine Veranschlagung im BFG 2025 60.000.000,00 € im Jahr 2020 ausbezahlt										
Beschreibung der Maßnahmen	<p>Der Gesetzgeber hat beschlossen, der Österreichischen Gesundheitskasse aufgrund der Mehraufwendungen durch die COVID-19-Krisensituation für das Geschäftsjahr 2020 einen einmaligen Betrag iHv. 60 Mio. € zur Verfügung zu stellen.</p> <p>Gesetzliche Grundlage: § 80a Abs. 9 ASVG, BGBl. I Nr. 16/2020 (2. COVID-19-Gesetz)</p>										
Materielle Auswirkungen	<p>Seitens der ÖGK wurden Mehraufwendungen in folgenden Bereichen angeführt:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Ärztliche Hilfe und gleichgestellte Leistungen: Ausbau Visiten-dienste, Aufhebung von Limitierungen, Anstieg Psychotherapie • Heilmittel (Arzneien): Steigerung bei hochpreisigen Medika-menten, weniger Spitalsaufenthalte = verstärkte Versorgung im niedergelassenen Bereich • Beschaffung: Schutzausrüstung, erweiterte Reinigung • Eigene Einrichtungen: Teilweise Schließung, Mindereinnahmen bei Kostenbeiträgen • IT-Management: Umfangreiche Arbeiten bzgl. Homeoffice 										
Finanzielle Auswirkungen	<p>Insgesamt wurden seit Beginn der Pandemie im Jahr 2020 folgende Zahlungen getätigt (Beträge in €):</p> <table border="1"> <thead> <tr> <th></th><th>2020 bis 2024</th><th>Jänner bis Juni 2025</th></tr> </thead> <tbody> <tr> <td>Summe</td><td>60.0000.000,00</td><td>0,00</td></tr> <tr> <td>Gesamt</td><td colspan="2">60.000.000,00</td></tr> </tbody> </table>			2020 bis 2024	Jänner bis Juni 2025	Summe	60.0000.000,00	0,00	Gesamt	60.000.000,00	
	2020 bis 2024	Jänner bis Juni 2025									
Summe	60.0000.000,00	0,00									
Gesamt	60.000.000,00										

Titel	Freistellung und Risikoatteste gem. ASVG und Parallelgesetzen (DB 24.02.03.00)
Im BFG 2025 veranschlagte Mittel aus dem COVID-19-Krisenbewältigungsfonds	Keine Veranschlagung im BFG 2025
Beschreibung der Maßnahmen	<p>Der Gesetzgeber hat die Möglichkeit zur Freistellung von Arbeitnehmer:innen, geringfügig Beschäftigten und Lehrlingen, die mit höherer Wahrscheinlichkeit einen schweren Krankheitsverlauf zu befürchten haben, beschlossen (Risikogruppe). Per Verordnung des Gesundheitsministers war festzulegen, wer der Risikogruppe angehört. Die Definition erfolgte anhand von Krankheitsdiagnosen. Das Risikoattest, welches Grundlage einer Freistellung ist, ist von einer/m Ärzt:in auszustellen, wofür der/m ausstellenden Ärzt:in ein pauschales Honorar von 50 € gebührt (bzw. 20 € für Folgeatteste, die nach dem 30.6.2021 ausgestellt wurden). Seit 15.12.2021 können nur mehr jene Personen ein Risikoattest erhalten, die aus medizinischen Gründen nicht geimpft werden können, bzw. bei denen trotz dreifacher Impfung ein hohes Risiko für einen schweren Krankheitsverlauf gegeben ist. Die freigestellten „Risikopatient:innen“ erhalten von den jeweiligen Arbeitgeber:innen weiterhin ihre Bezüge, die dadurch anfallenden Personalkosten werden den Arbeitgeber:innen durch die ÖGK bzw. die BVAEB für die freigestellten Risikopersonen erstattet. Die ÖGK und die BVAEB haben Anspruch auf Ersatz der daraus resultierenden Aufwendungen aus dem Covid-19-Krisenbewältigungsfonds.</p> <p>Für die Vollziehung der Landarbeiter ist die jeweilige Landesregierung an Stelle der KV-Träger zuständig. Der Bund hat den Ländern die entstehenden Aufwendungen aus dem COVID-19 Krisenbewältigungsfonds zu ersetzen.</p> <p>Die Maßnahme ist mit 30.06.2023 außer Kraft getreten.</p> <p>Gesetzliche Grundlage: § 735 ASVG, § 258 B-KUVG</p>

Materielle Auswirkungen	Von den Trägern erstattete und bis zum Monatsende des Berichtszeitraumes vom BMSGPK erstattete Freistellungsfälle:			
	Träger	Zeitraum	Fallzahl	
	ÖGK	06/2020 – 06/2023	56.031	
	BVAEB	06/2020 – 06/2023	3.878	
	Länder	06/2020 – 03/2023	23	
	Gesamt		59.932	
	Von Ärzt:innen ausgestellte und seit Pandemiebeginn bis zum Monatsende des Berichtszeitraumes vom BMSGPK erstatte Risikoatteste:			
	Träger	Zeitraum	Fallzahl	
	ÖGK	06/2020 – 06/2023	79.116	
	BVAEB	06/2021 – 06/2023	14.859	
Gesamt		93.975		
Finanzielle Auswirkungen	Insgesamt wurden seit Beginn der Pandemie im Jahr 2020 folgende Zahlungen getätigt (Beträge in €):			
		2020 bis 2024	Jänner bis Juni 2025	gesamt
	ÖGK	185.711.814,85	0,00	185.711.814,85
	BVAEB	18.620.245,86	0,00	18.620.245,86
	Länder	515.598,81	0,00	515.598,81
	Summe	204.847.659,52	0,00	204.847.659,52

Titel	Tests in Apotheken, ärztlichen Hausapotheken und im niedergelassenen Bereich an <u>asymptomatischen Personen</u> gem. ASVG und Parallelgesetzen (DB 24.02.03.00)																		
Im BFG 2025 veranschlagte Mittel aus dem COVID-19-Krisenbewältigungsfonds	Keine Veranschlagung im BFG 2025																		
Beschreibung der Maßnahmen	<p>Gemäß §§ 742a ASVG, 380a GSVG, 374a BSVG und 261a B-KUVG sind die öffentlichen Apotheken (bzw. nach entsprechenden Novellen in weiterer Folge auch Ärzt:innen mit Hausapotheken und Vertragsärzt:innen im niedergelassenen Bereich, Vertragsgruppenpraxen und Vertragsambulatorien sowie nach der letzten Novelle seit September 2022 nur noch Vertragsärzt:innen, Vertragsgruppenpraxen bzw. Primärversorgungseinheiten und Vertragsambulatorien und das nur noch unter konkreten Voraussetzungen) berechtigt, COVID-19-Test durchzuführen.</p> <p>Für die Durchführung eines Tests bezahlt der Krankenversicherungsträger ein pauschales Honorar iHv. 25 €, womit auch Material, Auswertung, Dokumentation und die Ausstellung eines Ergebnismachweises abgedeckt sind. Der Bund hat dem Krankenversicherungsträger die daraus resultierenden Aufwendungen aus dem COVID-19-Krisenbewältigungsfonds zu ersetzen.</p> <p>Die Maßnahme ist mit 30.06.2023 außer Kraft getreten.</p> <p>Gesetzliche Grundlage: § 742a ASVG, § 380a GSVG, § 374a BSVG und § 261a B-KUVG</p>																		
Materielle Auswirkungen	<p>In Apotheken, ärztlichen Hausapotheken und im niedergelassenen Bereich an asymptomatischen Personen durchgeführte und bis zum Monatsende des Berichtszeitraums vom BMASGPK erstattete Tests:</p> <table><tr><td>Träger</td><td>Zeitraum</td><td>Fallzahl</td></tr><tr><td rowspan="2">ÖGK</td><td>02/2021-03/2022</td><td rowspan="2">37.126.333</td></tr><tr><td>09/2022-06/2023</td></tr><tr><td rowspan="2">BVAEB</td><td>02/2021-03/2022</td><td rowspan="2">4.205.684</td></tr><tr><td>09/2022-06/2023</td></tr><tr><td rowspan="2">SVS</td><td>02/2021-03/2022</td><td rowspan="2">3.264.375</td></tr><tr><td>09/2022-06/2023</td></tr><tr><td colspan="2">Gesamt</td><td>44.596.392</td></tr></table>	Träger	Zeitraum	Fallzahl	ÖGK	02/2021-03/2022	37.126.333	09/2022-06/2023	BVAEB	02/2021-03/2022	4.205.684	09/2022-06/2023	SVS	02/2021-03/2022	3.264.375	09/2022-06/2023	Gesamt		44.596.392
Träger	Zeitraum	Fallzahl																	
ÖGK	02/2021-03/2022	37.126.333																	
	09/2022-06/2023																		
BVAEB	02/2021-03/2022	4.205.684																	
	09/2022-06/2023																		
SVS	02/2021-03/2022	3.264.375																	
	09/2022-06/2023																		
Gesamt		44.596.392																	

Finanzielle Auswirkungen	Folgende Zahlungen wurden 2025 bis zum Monatsende des Berichts- Zeitraumes getätigt (Beträge in €):		
		Vormonate	Juni 2025
			gesamt
	ÖGK	-139.279,00	252.175,00
	BVAEB	0,00	0,00
	SVS	0,00	0,00
	Summe	-139.279,00	252.175,00
	Insgesamt wurden seit Beginn der Pandemie im Jahr 2020 folgende Zahlungen getätigt (Beträge in €):		
		2020 bis 2024	Jänner bis Juni 2025
			gesamt
	ÖGK	936.877.944,25	112.896,00
	BVAEB	106.193.495,75	0,00
	SVS	82.425.468,75	0,00
	Summe	1.125.496.908,75	112.896,00
			1.125.609.804,75

Titel	Tests im niedergelassenen Bereich an <u>symptomatischen Patienten</u> gem. ASVG und Parallelgesetze (DB 24.02.03.00)															
Im BFG 2025 veranschlagte Mittel aus dem COVID-19-Krisenbewältigungsfonds	50.000.000,00 € (gesamthaft veranschlagt für die Zahlungen an die Sozialversicherungsträger)															
Beschreibung der Maßnahmen	<p>Gemäß §§ 742 ASVG, 380 GSVG, 374 BSVG und 261 B-KUVG sind die im niedergelassenen Bereich tätigen Vertragsärzt:innen, Vertragsgruppenpraxen sowie die selbständigen Vertragsambulatorien für Labormedizin für die Dauer der durch die WHO ausgerufenen COVID-19-Pandemie unter den in der entsprechenden Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz genannten Voraussetzungen (BGBl. I Nr. 69/2023) berechtigt, COVID-19-Tests durchzuführen.</p> <p>Für das Material, die Probenentnahme, die Auswertung eines Antigentests und die dazugehörige Dokumentation hat der Krankenversicherungsträger ein pauschales Honorar zu bezahlen. Die ausbezahlten Honorare werden dem Krankenversicherungsträger durch den Bund aus dem COVID-19-Krisenbewältigungsfonds ersetzt.</p> <p>Die Maßnahme ist mit 31.03.2024 außer Kraft getreten.</p> <p>Gesetzliche Grundlage: § 742 ASVG</p>															
Materielle Auswirkungen	<p>Im niedergelassenen Bereich durchgeführte und bis zum Monatsende des Berichtszeitraums vom BMASGPK erstattete Tests:</p> <table><tr><th>Träger</th><th>Zeitraum</th><th>Fallzahl</th></tr><tr><td>ÖGK</td><td>4.Qu.2020 – 1.Qu.2024</td><td>5.196.716</td></tr><tr><td>BVAEB</td><td>4.Qu.2020 – 4.Qu.2024</td><td>536.422</td></tr><tr><td>SVS</td><td>4.Qu.2020 – 1.Qu.2024</td><td>301.354</td></tr><tr><td colspan="2">Gesamt</td><td>6.034.492</td></tr></table>	Träger	Zeitraum	Fallzahl	ÖGK	4.Qu.2020 – 1.Qu.2024	5.196.716	BVAEB	4.Qu.2020 – 4.Qu.2024	536.422	SVS	4.Qu.2020 – 1.Qu.2024	301.354	Gesamt		6.034.492
Träger	Zeitraum	Fallzahl														
ÖGK	4.Qu.2020 – 1.Qu.2024	5.196.716														
BVAEB	4.Qu.2020 – 4.Qu.2024	536.422														
SVS	4.Qu.2020 – 1.Qu.2024	301.354														
Gesamt		6.034.492														

Finanzielle Auswirkungen

Folgende Zahlungen wurden **2024** bis zum Monatsende des Berichts-
Zeitraumes getätigt (Beträge in €):

	Vormonate	Juni 2025	gesamt
ÖGK	0,00	0,00	0,00
BVAEB	1.800,00	0,00	1.800,00
SVS	14.820,00	0,00	14.820,00
Summe	16.620,00	0,00	16.620,00

Insgesamt wurden seit Beginn der Pandemie im Jahr 2020 folgende
Zahlungen getätigt (Beträge in €):

	2020 bis 2024	Jänner bis Juni 2025	gesamt
ÖGK	161.749.929,65	0,00	161.749.929,65
BVAEB	17.090.775,00	1.800,00	17.092.575,00
SVS	10.327.685,00	14.820,00	10.342.505,00
Summe	189.168.389,65	16.620,00	189.185.009,65

Titel	Abgabe von Tests zur Eigenanwendung gem. ASVG und Parallelgesetzen (DB 24.02.03.00)																					
Im BFG 2025 veranschlagte Mittel aus dem COVID-19-Krisenbewältigungsfonds	50.000.000,00 € (gesamthaft veranschlagt für die Zahlungen an die Sozialversicherungsträger)																					
Beschreibung der Maßnahmen	<p>Gemäß §§ 742b ASVG, 380b GSVG, 374b BSVG und 261b B-KUVG sind die öffentlichen Apotheken berechtigt, auf Rechnung des Krankenversicherungsträgers SARS-CoV-2-Antigentests zur Eigenanwendung an bezugsberechtigte Personen abzugeben. Der Krankenversicherungsträger hat pro abgegebener Packung (beinhaltet jeweils 5 Tests, von Juni bis Oktober 2021 jeweils 10 Tests, Beschaffung durch den Bund, Bedeckung durch DB 24.01.01) ein pauschales Honorar iHv. 10 € zu bezahlen. Der Bund hat dem Krankenversicherungsträger die daraus resultierenden Aufwendungen aus dem COVID-19-Krisenbewältigungsfonds zu ersetzen. Die Berichterstattung bezieht sich auf den Zeitraum von Einführung der Maßnahme im März 2021 bis Oktober 2021 (Auslaufen der Maßnahme), sowie auf den Zeitraum ab April 2022 (Wiedereinführung).</p> <p>Die Maßnahme ist mit 30.06.2023 außer Kraft getreten.</p> <p>Gesetzliche Grundlage: §§ 742b ASVG, 380b GSVG, 374b BSVG und 261b B-KUVG</p>																					
Materielle Auswirkungen	<p>Von Apotheken abgegebene und bis zum Monatsende des Berichtszeitraums vom BMASGPK erstattete Tests zur Eigenanwendung:</p> <table><tr><th>Träger</th><th>Zeitraum</th><th>Fallzahl</th></tr><tr><td rowspan="2">ÖGK</td><td>03/2021 - 10/2021</td><td>12.717.508</td></tr><tr><td>04/2022 - 06/2023</td><td>9.846.136</td></tr><tr><td rowspan="2">BVAEB</td><td>03/2021 - 10/2021</td><td>1.603.217</td></tr><tr><td>04/2022 - 06/2023</td><td>1.447.716</td></tr><tr><td rowspan="2">SVS</td><td>03/2021 - 10/2021</td><td>1.362.435</td></tr><tr><td>04/2022 - 06/2023</td><td>981.991</td></tr><tr><td colspan="2">Gesamt</td><td>27.959.003</td></tr></table>	Träger	Zeitraum	Fallzahl	ÖGK	03/2021 - 10/2021	12.717.508	04/2022 - 06/2023	9.846.136	BVAEB	03/2021 - 10/2021	1.603.217	04/2022 - 06/2023	1.447.716	SVS	03/2021 - 10/2021	1.362.435	04/2022 - 06/2023	981.991	Gesamt		27.959.003
Träger	Zeitraum	Fallzahl																				
ÖGK	03/2021 - 10/2021	12.717.508																				
	04/2022 - 06/2023	9.846.136																				
BVAEB	03/2021 - 10/2021	1.603.217																				
	04/2022 - 06/2023	1.447.716																				
SVS	03/2021 - 10/2021	1.362.435																				
	04/2022 - 06/2023	981.991																				
Gesamt		27.959.003																				

Finanzielle Auswirkungen

Folgende Zahlungen wurden im Jahr **2025** bis zum Monatsende des Berichtszeitraumes getätigt (Beträge in €):

	Vormonate	Juni 2025	gesamt
ÖGK	0,00	0,00	0,00
BVAEB	0,00	0,00	0,00
SVS	1.908,90	0,00	1.908,90
Summe	1.908,90	0,00	1.908,90

Insgesamt wurden seit Beginn der Pandemie im Jahr 2020 folgende Zahlungen getätigt (Beträge in €):

	2020 bis 2024	Jänner bis Juni 2025	gesamt
ÖGK	227.892.804,40	0,00	227.892.804,40
BVAEB	30.814.423,30	0,00	30.814.423,30
SVS	23.676.793,70	1.908,90	23.678.702,60
Summe	282.384.021,40	1.908,90	282.385.930,30

Titel	Covid-19-Impfungen im niedergelassenen Bereich gem. ASVG und Parallelgesetze (DB 24.02.03.00)															
Im BFG 2025 veranschlagte Mittel aus dem COVID-19-Krisenbewältigungsfonds	50.000.000,00 € (gesamthaft veranschlagt für die Zahlungen an die Sozialversicherungsträger)															
Beschreibung der Maßnahmen	<p>Die im niedergelassenen Bereich tätigen Ärzt:innen, Gruppenpraxen bzw. Primärversorgungseinheiten sowie die selbständigen Ambulatorien sind berechtigt, Impfungen gegen SARS-CoV-2 mit dem vom Bund zur Verfügung gestellten und finanzierten Impfstoff auf Rechnung der Krankenversicherungsträger (ÖGK, SVS, BVAEB) durchzuführen. Das durch Verordnung des BMSGPK festgelegte pauschalierte Honorar in Höhe von 15 € (seit 01.07.2023; BGBl. I Nr. 69/2023) für die Durchführung der Impfung sowie für die jeweilige Dokumentation ist von dem jeweils zuständigen Krankenversicherungsträger zu bezahlen und durch den Bund aus dem COVID-19-Krisenbewältigungsfonds zu ersetzen. Vor dem 01.07.2023 wurden die tatsächlich angefallenen Aufwendungen der Träger aus dem COVID-19-Krisenbewältigungsfonds ersetzt. Seit dem 01.07.2024 gilt dies auch für Impfungen, die von einer durch ein Bundesland oder eine Gemeinde eingerichteten öffentlichen Impfstelle durchgeführt wurden.</p> <p>Die Maßnahme ist derzeit bis zum 30.03.2027 in Kraft.</p> <p>Gesetzliche Grundlage: § 747 ASVG, § 384 GSVG, § 378 BSVG und § 263B-KUVG</p>															
Materielle Auswirkungen	<p>Im niedergelassenen Bereich durchgeführte und bis zum Monatsende des Berichtszeitraums vom BMASGPK erstattete Impfungen:</p> <table><tr><td>Träger</td><td>Zeitraum</td><td>Fallzahl</td></tr><tr><td>ÖGK</td><td>1.Qu.2021 – 2.Qu.2024</td><td>5.335.944</td></tr><tr><td>BVAEB</td><td>1.Qu.2021 – 4.Qu.2024</td><td>979.956</td></tr><tr><td>SVS</td><td>1.Qu.2021 – 2.Qu.2024</td><td>839.816</td></tr><tr><td colspan="2">Gesamt</td><td>7.155.716</td></tr></table>	Träger	Zeitraum	Fallzahl	ÖGK	1.Qu.2021 – 2.Qu.2024	5.335.944	BVAEB	1.Qu.2021 – 4.Qu.2024	979.956	SVS	1.Qu.2021 – 2.Qu.2024	839.816	Gesamt		7.155.716
Träger	Zeitraum	Fallzahl														
ÖGK	1.Qu.2021 – 2.Qu.2024	5.335.944														
BVAEB	1.Qu.2021 – 4.Qu.2024	979.956														
SVS	1.Qu.2021 – 2.Qu.2024	839.816														
Gesamt		7.155.716														

Finanzielle Auswirkungen

Folgende Zahlungen wurden im Jahr **2025** bis zum Monatsende des Berichtszeitraumes getätigt (Beträge in €):

	Vormonate	Juni 2025	gesamt
ÖGK	18.195,00	0,00	18.195,00
BVAEB	653.385,00	279.615,00	933.000,00
SVS	149.080,00	375.270,00	524.350,00
Summe	820.660,00	654.885,00	1.475.545,00

Insgesamt wurden seit Beginn der Pandemie im Jahr 2020 folgende Zahlungen getätigt (Beträge in €):

	2020 bis 2024	Jänner bis Juni 2025	gesamt
ÖGK	112.993.642,14	18.195,00	113.011.837,14
BVAEB	19.026.675,00	933.000,00	19.959.675,00
SVS	16.961.445,00	524.350,00	17.485.945,00
Summe	148.981.762,14	1.475.545,00	150.457.307,14

Titel	Honorar Apotheken Impfstoffabgabe (DB 24.02.03.00)														
Im BFG 2025 veranschlagte Mittel aus dem COVID-19-Krisenbewältigungsfonds	50.000.000,00 € (gesamthaft veranschlagt für die Zahlungen an die Sozialversicherungsträger)														
Beschreibung der Maßnahmen	Gemäß § 747 Abs. 3 ASVG hat die Österreichische Gesundheitskasse den öffentlichen Apotheken für das Aushändigen von Vials (Impffläschchen) ein Honorar in Höhe von 5 € pro Stück zu bezahlen. Die Maßnahme ist derzeit bis zum 31.03.2025 in Kraft. Gesetzliche Grundlage: § 747 Abs. 3 ASVG														
Materielle Auswirkungen	Bis zum 30.06.2025 wurden die Honorare für die Abgabe von 917.688 Vials erstattet.														
Finanzielle Auswirkungen	Insgesamt wurden seit Beginn der Pandemie im Jahr 2020 folgende Zahlungen getätigt (Beträge in €): <table><tr><td></td><td>2020 bis 2024</td><td>Jänner bis Juni 2025</td><td>gesamt</td></tr><tr><td>ÖGK</td><td>3.732.495,00</td><td>341.990,00</td><td>4.074.485,00</td></tr><tr><td>Summe</td><td>3.732.495,00</td><td>341.990,00</td><td>4.074.485,00</td></tr></table> Aufgrund von Nachverrechnungen, die erst nach Meldung der Statistikdaten durchgeführt wurden, kann es zu geringfügigen Abweichungen zwischen der angegebenen Stückzahl und dem Auszahlungsbetrag kommen.				2020 bis 2024	Jänner bis Juni 2025	gesamt	ÖGK	3.732.495,00	341.990,00	4.074.485,00	Summe	3.732.495,00	341.990,00	4.074.485,00
	2020 bis 2024	Jänner bis Juni 2025	gesamt												
ÖGK	3.732.495,00	341.990,00	4.074.485,00												
Summe	3.732.495,00	341.990,00	4.074.485,00												

Titel	Honorar Ausdruck Impfpass/Impfzertifikat (DB 24.02.03.00)																																										
Im BFG 2025 veranschlagte Mittel aus dem COVID-19-Krisenbewältigungsfonds	50.000.000,00 € (gesamthaft veranschlagt für die Zahlungen an die Sozialversicherungsträger)																																										
Beschreibung der Maßnahmen	Gemäß §§ 747 (2b) ASVG, 384 (2a) GSVG, 378 (2a) BSVG und 263 (2a) B-KUVG ist vorgesehen, dass die zuständigen Krankenversicherungsträger (ÖGK, SVS, BVAEB,) den im niedergelassenen Bereich tätigen Ärztinnen und Ärzten, den Gruppenpraxen, den Primärversorgungseinheiten, den selbständigen Ambulatorien (Leistungserbringer:innen) und den öffentlichen Apotheken unter bestimmten Voraussetzungen für Ausdrücke aus dem Elektronischen Impfpass bzw. Ausstellungen eines Impfzertifikats nach § 4e Abs. 4 Epidemiegesetz 1950 ein Honorar von 3 € bezahlen. Die Maßnahme ist mit 30.06.2023 außer Kraft getreten.																																										
Materielle Auswirkungen	Bis zum Monatsende des Berichtszeitraumes erstattete Ausdrücke aus dem e-Impfpass/Impfzertifikate: <table><tr><td>Träger</td><td>Zeitraum</td><td>Fallzahl</td></tr><tr><td>ÖGK</td><td>2.Qu. 2021 – 1.Qu. 2024</td><td>4.564.184</td></tr><tr><td>BVAEB</td><td>2.Qu. 2021 – 2.Qu. 2024</td><td>569.703</td></tr><tr><td>SVS</td><td>2.Qu. 2021 – 2.Qu. 2023</td><td>474.328</td></tr><tr><td>Gesamt</td><td colspan="2">5.608.215</td></tr></table>			Träger	Zeitraum	Fallzahl	ÖGK	2.Qu. 2021 – 1.Qu. 2024	4.564.184	BVAEB	2.Qu. 2021 – 2.Qu. 2024	569.703	SVS	2.Qu. 2021 – 2.Qu. 2023	474.328	Gesamt	5.608.215																										
Träger	Zeitraum	Fallzahl																																									
ÖGK	2.Qu. 2021 – 1.Qu. 2024	4.564.184																																									
BVAEB	2.Qu. 2021 – 2.Qu. 2024	569.703																																									
SVS	2.Qu. 2021 – 2.Qu. 2023	474.328																																									
Gesamt	5.608.215																																										
Finanzielle Auswirkungen	Folgende Zahlungen wurden 2025 bis zum Monatsende des Berichts-Zeitraumes getätigt (Beträge in €): <table><tr><td></td><td>Vormonate</td><td>Juni 2025</td><td>gesamt</td></tr><tr><td>ÖGK</td><td>0,00</td><td>0,00</td><td>0,00</td></tr><tr><td>BVAEB</td><td>0,00</td><td>0,00</td><td>0,00</td></tr><tr><td>SVS</td><td>42,00</td><td>0,00</td><td>42,00</td></tr><tr><td>Summe</td><td>42,00</td><td>0,00</td><td>42,00</td></tr></table> Insgesamt wurden seit Beginn der Pandemie im Jahr 2020 folgende Zahlungen getätigt (Beträge in €): <table><tr><td></td><td>2020 bis 2024</td><td>Jänner bis Juni 2025</td><td>gesamt</td></tr><tr><td>ÖGK</td><td>13.692.675,00</td><td>0,00</td><td>13.692.675,00</td></tr><tr><td>BVAEB</td><td>1.704.636,00</td><td>0,00</td><td>1.704.636,00</td></tr><tr><td>SVS</td><td>1.422.942,00</td><td>42,00</td><td>1.422.984,00</td></tr><tr><td>Summe</td><td>16.820.253,00</td><td>42,00</td><td>16.820.295,00</td></tr></table>				Vormonate	Juni 2025	gesamt	ÖGK	0,00	0,00	0,00	BVAEB	0,00	0,00	0,00	SVS	42,00	0,00	42,00	Summe	42,00	0,00	42,00		2020 bis 2024	Jänner bis Juni 2025	gesamt	ÖGK	13.692.675,00	0,00	13.692.675,00	BVAEB	1.704.636,00	0,00	1.704.636,00	SVS	1.422.942,00	42,00	1.422.984,00	Summe	16.820.253,00	42,00	16.820.295,00
	Vormonate	Juni 2025	gesamt																																								
ÖGK	0,00	0,00	0,00																																								
BVAEB	0,00	0,00	0,00																																								
SVS	42,00	0,00	42,00																																								
Summe	42,00	0,00	42,00																																								
	2020 bis 2024	Jänner bis Juni 2025	gesamt																																								
ÖGK	13.692.675,00	0,00	13.692.675,00																																								
BVAEB	1.704.636,00	0,00	1.704.636,00																																								
SVS	1.422.942,00	42,00	1.422.984,00																																								
Summe	16.820.253,00	42,00	16.820.295,00																																								

Titel	Elektronischer Impfpass Software Implementierung (DB 24.02.03.00)									
Im BFG 2025 veranschlagte Mittel aus dem COVID-19-Krisenbewältigungsfonds	Keine Veranschlagung im BFG 2025									
Beschreibung der Maßnahmen	<p>Um die Erfassung der durchgeführten Impfungen im Elektronischen Impfpass nutzerfreundlich zu gestalten und dabei auf breite Mitwirkung der Ärzteschaft zu setzen, mussten die unterschiedlichen, bereits bestehenden Softwaresysteme im niedergelassenen Bereich entsprechend adaptiert werden. Die Kosten für die Softwareimplementierung werden vom Bund übernommen.</p> <p>Jene Ärztinnen und Ärzte, Gruppenpraxen, selbstständigen Ambulatorien, die in einem Vertragsverhältnis zu einem Krankenversicherungsträger stehen, sowie Primärversorgungseinheiten und öffentliche Apotheken erhalten die ausgewiesenen tatsächlichen Kosten, die für die Implementierung der für den Elektronischen Impfpass notwendigen Software sowie die Anschaffung eines Scanners angefallen sind, gegen entsprechenden Nachweis durch die Österreichische Gesundheitskasse ersetzt.</p> <p>Dies gilt auch für jene Wahlärztinnen und Wahlärzte bzw. Wahl-Gruppenpraxen, die am 31. Dezember 2020 an das e-card-System angebunden waren. Die ersetzbaren Kosten sind mit maximal 1.300 € begrenzt.</p> <p>Die Maßnahme ist mit 30.06.2023 außer Kraft getreten.</p> <p>Gesetzliche Grundlage: § 748 ASVG</p>									
Materielle Auswirkungen	<p>Refundierte Softwareimplementierungen:</p> <table><tr><td>Träger</td><td>Zeitraum</td><td>Fallzahl</td></tr><tr><td>ÖGK</td><td>1. Qu.2021 - 4.Qu. 2023</td><td>5.610</td></tr><tr><td colspan="2">Gesamt</td><td>5.610</td></tr></table>	Träger	Zeitraum	Fallzahl	ÖGK	1. Qu.2021 - 4.Qu. 2023	5.610	Gesamt		5.610
Träger	Zeitraum	Fallzahl								
ÖGK	1. Qu.2021 - 4.Qu. 2023	5.610								
Gesamt		5.610								
Finanzielle Auswirkungen	<p>Insgesamt wurden seit Beginn der Pandemie im Jahr 2020 folgende Zahlungen getätigt (Beträge in €):</p> <table><tr><td></td><td>2020 bis 2024</td><td>Jänner bis Juni 2025</td></tr><tr><td>ÖGK</td><td>7.018.385,09</td><td>0,00</td></tr><tr><td>Gesamt</td><td colspan="2">7.018.385,09</td></tr></table>		2020 bis 2024	Jänner bis Juni 2025	ÖGK	7.018.385,09	0,00	Gesamt	7.018.385,09	
	2020 bis 2024	Jänner bis Juni 2025								
ÖGK	7.018.385,09	0,00								
Gesamt	7.018.385,09									

Titel	Beschaffung von Schutzausrüstung gem. ASVG und Parallelgesetze (DB 24.02.03.00)
Im BFG 2025 veranschlagte Mittel aus dem COVID-19-Krisenbewältigungsfonds	Keine Veranschlagung im BFG 2025
Beschreibung der Maßnahmen	<p>Gem. § 741 ASVG ist die ÖGK für die Dauer der COVID-19-Pandemie verpflichtet, für die Leistungserbringung diverser Berufsgruppen im Gesundheits- und Pflegebereich die zur Aufrechterhaltung der medizinischen Versorgung notwendigen Produkte zu beschaffen und diese den jeweiligen gesetzlichen bzw. beruflichen Interessenvertretungen zur Verteilung zur Verfügung zu stellen. Der Bund hat der Österreichischen Gesundheitskasse die ausgewiesenen tatsächlichen Kosten für die beschafften Produkte sowie die Kosten für die notwendige Logistik und Lagerhaltung aus dem COVID-19-Krisenbewältigungsfonds zu ersetzen.</p> <p>Die Maßnahme ist mit 30.06.2023 außer Kraft getreten.</p> <p>Gesetzliche Grundlage: § 741 ASVG</p>
Materielle Auswirkungen	<p>Von der ÖGK wurde im November und Dezember 2020 Schutzausrüstung im Wert von 4,1 Mio. € beschafft, darunter</p> <ul style="list-style-type: none"> • 4,6 Mio. Atemschutzmasken, • 2,5 Mio. Schürzen, Schutzmäntel und Schutzoveralls, • 0,08 Mio. Stück Gesamtgesichtsschutz bzw. Schutzbrillen, • 17,3 Mio. Stück OP-Ausrüstung (OP-Handschuhe, OP-Überschuhe, OP-Schutzmasken und OP-Hauben), • 0,3 Mio. Einheiten Desinfektionsmittel unterschiedlichster Anwendungsbereiche (Flächen, Instrumente, Hände) und • 0,008 Mio. Hygiene-Schutzsets. <p>Von Jänner bis Dezember 2021 wurde beschafft:</p> <ul style="list-style-type: none"> • 25,9 Mio. Atemschutzmasken, • 26,8 Mio. Schürzen, Schutzmäntel und Schutzoveralls, • 0,4 Mio. Stück Gesamtgesichtsschutz bzw. Schutzbrillen, • 9,0 Mio. Stück OP-Ausrüstung (OP-Handschuhe, OP-Überschuhe, OP-Schutzmasken und OP-Hauben), • 187 Mio. Untersuchungshandschuhe, • 1,0 Mio. Einheiten Desinfektionsmittel unterschiedlichster Anwendungsbereiche (Flächen, Instrumente, Hände) und • 0,4 Mio. Hygiene-Schutzsets.

Materielle Auswirkungen	<p>Von Jänner bis Dezember 2022 wurde beschafft:</p> <ul style="list-style-type: none">• 9,2 Mio. Atemschutzmasken,• 39.000 Stück OP-Ausrüstung (OP-Handschuhe, OP-Überschuhe, OP-Schutzmasken und OP-Hauben),• 59 Mio. Untersuchungshandschuhe,• 130.000 Einheiten Desinfektionsmittel unterschiedlichster Anwendungsbereiche (Flächen, Instrumente, Hände). <p>Von Jänner bis Juni 2023 wurde beschafft:</p> <ul style="list-style-type: none">• 3 Mio. Atemschutzmasken,• 1.500 Schürzen, Schutzmäntel und Schutzoveralls,• 19.000 Stück OP-Ausrüstung (OP-Handschuhe, OP-Überschuhe, OP-Schutzmasken und OP-Hauben),• 28,3 Mio. Untersuchungshandschuhe,• 31.930 Einheiten Desinfektionsmittel unterschiedlichster Anwendungsbereiche (Flächen, Instrumente, Hände).												
Finanzielle Auswirkungen	<p>Insgesamt wurden seit Beginn der Pandemie im Jahr 2020 folgende Zahlungen getätigt (Beträge in €):</p> <table><tr><td></td><td>2020 bis 2024</td><td>Jänner bis Juni 2025</td><td>gesamt</td></tr><tr><td>ÖGK</td><td>61.885.373,01</td><td>0,00</td><td>61.885.373,01</td></tr><tr><td>Summe</td><td>61.885.373,01</td><td>0,00</td><td>61.885.373,01</td></tr></table>		2020 bis 2024	Jänner bis Juni 2025	gesamt	ÖGK	61.885.373,01	0,00	61.885.373,01	Summe	61.885.373,01	0,00	61.885.373,01
	2020 bis 2024	Jänner bis Juni 2025	gesamt										
ÖGK	61.885.373,01	0,00	61.885.373,01										
Summe	61.885.373,01	0,00	61.885.373,01										

Titel	Ersatz Honorarausfall im niedergelassenen Bereich gem. ASVG und Parallelgesetze (DB 24.02.03.00)														
Im BFG 2025 veranschlagte Mittel aus dem COVID-19-Krisenbewältigungsfonds	Keine Veranschlagung im BFG 2025														
Beschreibung der Maßnahmen	<p>Gemäß § 746 Abs. 6 ASVG und Parallelgesetzen erhalten Vertragsärzte, Vertragsgruppenpraxen bzw. Primärversorgungseinheiten, die im ersten, zweiten und vierten Quartal 2020 Leistungen erbracht und die vertraglich vereinbarten Ordinationstage weitgehend eingehalten haben, eine allfällige Differenz zwischen den im jeweiligen Quartal 2020 tatsächlich gebührenden Honoraren und 80 % der Honorare des Vergleichszeitraumes des Vorjahres abzüglich allenfalls COVID-19-bedingten Zuschüsse, Entschädigungen und Beihilfen ausgezahlt. Falls im Vorjahr (2019) noch kein Vertragsverhältnis bestanden hat (§ 746 Abs.7 ASVG), bemisst sich die Höhe der Ausgleichszahlung am Durchschnittshonorar des entsprechenden Fachgebietes im gleichen Bundesland im jeweiligen Vergleichszeitraum des Jahres 2019. Der ausgezahlte Differenzbetrag ist der Österreichischen Gesundheitskasse vom Bund aus dem COVID-19-Krisenbewältigungsfonds zu ersetzen.</p> <p>Die Maßnahme ist mit 30.06.2023 außer Kraft getreten.</p> <p>Gesetzliche Grundlage: § 746 Abs. 6,7 ASVG</p>														
Materielle Auswirkungen	Für das erste Quartal 2021 wurde an 391 Vertragsärzte, Vertragsgruppenpraxen bzw. Primärversorgungseinheiten Honorarersatz geleistet, für das zweite Quartal an 1.039 und für das vierte Quartal an 308.														
Finanzielle Auswirkungen	<p>Insgesamt wurden seit Beginn der Pandemie im Jahr 2020 folgende Zahlungen getätigt (Beträge in €):</p> <table border="1"> <thead> <tr> <th></th><th>2020 bis 2024</th><th>Jänner bis Juni 2025</th><th>gesamt</th></tr> </thead> <tbody> <tr> <td>ÖGK</td><td>15.907.598,19</td><td>0,00</td><td>15.907.598,19</td></tr> <tr> <td>Summe</td><td>15.907.598,19</td><td>0,00</td><td>15.907.598,19</td></tr> </tbody> </table>				2020 bis 2024	Jänner bis Juni 2025	gesamt	ÖGK	15.907.598,19	0,00	15.907.598,19	Summe	15.907.598,19	0,00	15.907.598,19
	2020 bis 2024	Jänner bis Juni 2025	gesamt												
ÖGK	15.907.598,19	0,00	15.907.598,19												
Summe	15.907.598,19	0,00	15.907.598,19												

Titel	Information Risikogruppe (DB 24.02.03.00)														
Im BFG 2025 veranschlagte Mittel aus dem COVID-19-Krisenbewältigungsfonds	Keine Veranschlagung im BFG 2025														
Beschreibung der Maßnahmen	<p>Der Dachverband hat die krankenversicherten Personen und deren anspruchsberechtigte Angehörige, welche am 1. März 2021 der COVID-19-Risikogruppe nach der COVID-19-Risikogruppe-Verordnung, BGBl. II Nr. 203/2020, zugeordnet waren, und bis 1. April 2021 noch keine Impfung gegen SARS-CoV-2 erhalten haben, über ihr erhöhtes Risiko, schwer an COVID-19 zu erkranken, und die Möglichkeiten zur Inanspruchnahme der kostenlosen Impfung gegen SARS-CoV-2 zu informieren. Der Bund hat dem Dachverband die daraus resultierenden Aufwendungen aus dem COVID-19-Krisenbewältigungsfonds zu ersetzen.</p> <p>Die Maßnahme ist mit 30.06.2023 außer Kraft getreten.</p> <p>Gesetzliche Grundlage: § 750 ASVG</p>														
Materielle Auswirkungen	<p>Im Zeitraum von 7. bis 14. April 2021 wurden 164.596 Informationsschreiben versandt.</p> <p>Im Zeitraum von 6. bis 10. Dezember 2021 wurden 954.460 Informationsschreiben versandt.</p>														
Finanzielle Auswirkungen	<p>Insgesamt wurden seit Beginn der Pandemie im Jahr 2020 folgende Zahlungen getätigt (Beträge in €):</p> <table><tr><td></td><td>2020 bis 2024</td><td>Jänner bis Juni 2025</td><td>gesamt</td></tr><tr><td>Dachverband SV</td><td>1.290.786,55</td><td>0,00</td><td>1.290.786,55</td></tr><tr><td>Summe</td><td>1.290.786,55</td><td>0,00</td><td>1.290.786,55</td></tr></table>				2020 bis 2024	Jänner bis Juni 2025	gesamt	Dachverband SV	1.290.786,55	0,00	1.290.786,55	Summe	1.290.786,55	0,00	1.290.786,55
	2020 bis 2024	Jänner bis Juni 2025	gesamt												
Dachverband SV	1.290.786,55	0,00	1.290.786,55												
Summe	1.290.786,55	0,00	1.290.786,55												

Titel	Zahlungen an die Sozialversicherungsträger gem. ASVG und Parallelgesetze (DB 24.02.03.00)																						
Im BFG 2025 veranschlagte Mittel aus dem COVID-19-Krisenbewältigungsfonds	Keine Veranschlagung im BFG 2025																						
Beschreibung der Maßnahmen	<p>§ 736 Abs. 3 u. 4 ASVG, § 378 Abs. 1 und 2 GSVG, § 372 Abs. 1 BSVG sowie § 259 Abs. 1 und 2 B-KUVG ermöglichen den Weiterbezug von Leistungen der Kranken- und Pensionsversicherung, wenn Anträge auf Leistungen aus dem Versicherungsfall der geminderten Arbeitsfähigkeit mangels Begutachtung auf Grund bestehender Einschränkungen im Zusammenhang mit der COVID-19-Pandemie seitens der Pensionsversicherungsträger bzw. ein entsprechendes Verfahren vor den Arbeits- und Sozialgerichten derzeit nicht entschieden werden können. Die daraus entstehenden Aufwendungen der Träger werden (mit Ausnahme von § 372 Abs. 1 BSVG) aus dem Covid-19-Krisenbewältigungsfonds ersetzt.</p> <p>Durch § 736 Abs. 5 u. 6 ASVG, § 378 Abs. 3 u. 4 GSVG, § 372 Abs. 2 u. 3 BSVG sowie § 259 Abs. 3 und 4 B-KUVG kommt es zu einer Verlängerung der sechswöchigen Schutzfrist in der Krankenversicherung nach § 122 ASVG bzw. nach den Parallelbestimmungen in den Sondergesetzen, sodass es aufgrund der COVID-19-Pandemie nicht zu einem Verlust des Anspruches auf Leistungen der Kranken- und Zahnbehandlung kommt. Die den Krankenversicherungsträgern dadurch entstehenden Mehraufwendungen werden aus dem Covid-19-Krisenbewältigungsfonds ersetzt.</p> <p>Die Maßnahme ist mit 30.06.2023 außer Kraft getreten.</p> <p>Gesetzliche Grundlage: § 736 ASVG, § 378 GSVG, § 372 BSVG, § 259 B-KUVG, BGBl. I Nr. 31/2019 (9. COVID-19-Gesetz)</p>																						
Materielle Auswirkungen	<p>2020: Weitergewährung Krankengeld durch die ÖGK in 8 Fällen, Weitergewährung Krankengeld durch die SVS in 15 Fällen.</p> <p>2021: Leistungsverlängerung im Bereich der ÖGK in 15 Fällen.</p>																						
Finanzielle Auswirkungen	<p>Insgesamt wurden seit Beginn der Pandemie im Jahr 2020 folgende Zahlungen getätigt (Beträge in €):</p> <table border="1"> <thead> <tr> <th></th><th>2020 bis 2024</th><th>Jänner bis Juni 2025</th><th>gesamt</th></tr> </thead> <tbody> <tr> <td>ÖGK</td><td>18.728,42</td><td>0,00</td><td>18.728,42</td></tr> <tr> <td>BVAEB</td><td>240,00</td><td>0,00</td><td>240,00</td></tr> <tr> <td>SVS</td><td>42.265,95</td><td>0,00</td><td>42.265,95</td></tr> <tr> <td>Summe</td><td>58.594,37</td><td>0,00</td><td>58.594,37</td></tr> </tbody> </table>				2020 bis 2024	Jänner bis Juni 2025	gesamt	ÖGK	18.728,42	0,00	18.728,42	BVAEB	240,00	0,00	240,00	SVS	42.265,95	0,00	42.265,95	Summe	58.594,37	0,00	58.594,37
	2020 bis 2024	Jänner bis Juni 2025	gesamt																				
ÖGK	18.728,42	0,00	18.728,42																				
BVAEB	240,00	0,00	240,00																				
SVS	42.265,95	0,00	42.265,95																				
Summe	58.594,37	0,00	58.594,37																				

Titel	Zahlungen an die Sozialversicherungsträger gem. ASVG und Parallelgesetze (DB 24.02.03.00)															
Im BFG 2025 veranschlagte Mittel aus dem COVID-19-Krisenbewältigungsfonds	Keine Veranschlagung im BFG 2025															
Beschreibung der Maßnahmen	<p>Gemäß § 764 (1) und (2) ASVG, § 396 (1) GSVG, § 390 (1) BSVG und § 275 (1) B-KUVG haben die Krankenversicherungsträger für die Übermittlung einer Bestätigung über das Vorliegen des Ausnahmegrundes „Schwangerschaft“ von der COVID-19-Impfpflicht (§ 3 Abs. 1 Z 1 in Verbindung mit Abs. 4 des COVID-19-Impfpflichtgesetzes [COVID-19-IG], BGBl. I Nr. 4/2022) den Fachärztinnen und Fachärzten für Frauenheilkunde und Geburtshilfe ein pauschales Honorar in Höhe von zwölf Euro zu bezahlen. Die daraus entstehenden Aufwendungen der Träger werden aus dem Covid-19-Krisenbewältigungsfonds ersetzt.</p> <p>Die Maßnahme ist mit 19.07.2022 außer Kraft getreten.</p> <p>Gesetzliche Grundlage: §§ 764 (1) und (2) ASVG, 396 (1) GSVG, 390 (1) BSVG und 275 (1) B-KUVG (BGBl. I Nr. 30/2022)</p>															
Materielle Auswirkungen	<p>Von Fachärzt:innen erteilte und bis zum Monatsende des Berichtszeitraums vom BMSGPK erstattete Ausnahmebestätigungen von der Impfpflicht für Schwangere:</p> <table><tr><td>Träger</td><td>Zeitraum</td><td>Fallzahl</td></tr><tr><td>ÖGK</td><td>1.Qu.2022 – 3.Qu.2022</td><td>335</td></tr><tr><td>SVS</td><td>1.Qu.2022 – 3.Qu.2022</td><td>9</td></tr><tr><td>BVAEB</td><td>1.Qu.2022 – 3.Qu.2022</td><td>21</td></tr><tr><td>Gesamt</td><td colspan="2">365</td></tr></table>	Träger	Zeitraum	Fallzahl	ÖGK	1.Qu.2022 – 3.Qu.2022	335	SVS	1.Qu.2022 – 3.Qu.2022	9	BVAEB	1.Qu.2022 – 3.Qu.2022	21	Gesamt	365	
Träger	Zeitraum	Fallzahl														
ÖGK	1.Qu.2022 – 3.Qu.2022	335														
SVS	1.Qu.2022 – 3.Qu.2022	9														
BVAEB	1.Qu.2022 – 3.Qu.2022	21														
Gesamt	365															
Finanzielle Auswirkungen	<p>Insgesamt wurden seit Beginn der Pandemie im Jahr 2020 folgende Zahlungen getätigt (Beträge in €):</p> <table><tr><td></td><td>2020 bis 2024</td><td>Jänner bis Juni 2025</td></tr><tr><td>ÖGK</td><td>4.020,00</td><td>0,00</td></tr><tr><td>BVAEB</td><td>252,00</td><td>0,00</td></tr><tr><td>SVS</td><td>168,00</td><td>0,00</td></tr><tr><td>Summe</td><td colspan="2">4.440,00</td></tr></table>		2020 bis 2024	Jänner bis Juni 2025	ÖGK	4.020,00	0,00	BVAEB	252,00	0,00	SVS	168,00	0,00	Summe	4.440,00	
	2020 bis 2024	Jänner bis Juni 2025														
ÖGK	4.020,00	0,00														
BVAEB	252,00	0,00														
SVS	168,00	0,00														
Summe	4.440,00															

Titel	COVID-19 Arzneimittel, Beratung im niedergelassenen Bereich gem. ASVG und Parallelgesetze (DB 24.02.03.00)															
Im BFG 2025 veranschlagte Mittel aus dem COVID-19-Krisenbewältigungsfonds	50.000.000,00 € (gesamthaft veranschlagt für die Zahlungen an die Sozialversicherungsträger)															
Beschreibung der Maßnahmen	<p>Gemäß §§ 742c (2) ASVG, 380c (2) GSVG, 374c (2) BSVG und 261c (2) B-KUVG hat der Krankenversicherungsträger den im niedergelassenen Bereich tätigen Vertragsärztinnen und Vertragsärzten, Vertragsgruppenpraxen sowie Primärversorgungseinheiten für jede Beratung einer in der Krankenversicherung anspruchsberechtigten Person im Zusammenhang mit einem Heilmittel zur Behandlung von COVID-19 ein pauschales Honorar in Höhe von zwölf Euro zu bezahlen. Der Bund hat der Versicherungsanstalt die daraus resultierenden Aufwendungen aus dem COVID-19-Krisenbewältigungsfonds zu ersetzen.</p> <p>Die Maßnahme ist mit 30.06.2023 außer Kraft getreten.</p> <p>Gesetzliche Grundlage: §§ 742c (2) ASVG, 380c (2) GSVG, 374c (2) BSVG und 261c (2) B-KUVG</p>															
Materielle Auswirkungen	<p>Von Vertragspartnern durchgeführte und bis zum Monatsende des Berichtszeitraums vom BMASGPK erstattete Beratungsgespräche:</p> <table><tr><td>Träger</td><td>Zeitraum</td><td>Fallzahl</td></tr><tr><td>ÖGK</td><td>09/2022 – 03/2024</td><td>436.491</td></tr><tr><td>BVAEB</td><td>09/2022 - 05/2024</td><td>51.534</td></tr><tr><td>SVS</td><td>09/2022 - 06/2023</td><td>27.773</td></tr><tr><td colspan="2">Gesamt</td><td>515.798</td></tr></table>	Träger	Zeitraum	Fallzahl	ÖGK	09/2022 – 03/2024	436.491	BVAEB	09/2022 - 05/2024	51.534	SVS	09/2022 - 06/2023	27.773	Gesamt		515.798
Träger	Zeitraum	Fallzahl														
ÖGK	09/2022 – 03/2024	436.491														
BVAEB	09/2022 - 05/2024	51.534														
SVS	09/2022 - 06/2023	27.773														
Gesamt		515.798														
Finanzielle Auswirkungen	<p>Folgende Zahlungen wurden im Jahr 2025 bis zum Monatsende des Berichtszeitraumes getätigt (Beträge in €):</p> <table><tr><td></td><td>Vormonate</td><td>Juni 2025</td></tr><tr><td>ÖGK</td><td>0,00</td><td>0,00</td></tr><tr><td>BVAEB</td><td>0,00</td><td>0,00</td></tr><tr><td>SVS</td><td>1.555,74</td><td>0,00</td></tr><tr><td>Gesamt</td><td colspan="2">1.555,74</td></tr></table>		Vormonate	Juni 2025	ÖGK	0,00	0,00	BVAEB	0,00	0,00	SVS	1.555,74	0,00	Gesamt	1.555,74	
	Vormonate	Juni 2025														
ÖGK	0,00	0,00														
BVAEB	0,00	0,00														
SVS	1.555,74	0,00														
Gesamt	1.555,74															

	Insgesamt wurden seit Beginn der Pandemie im Jahr 2020 folgende Zahlungen getätigt (Beträge in €):		
		2020 bis 2024	Jänner bis Juni 2025
			gesamt
	ÖGK	5.264.081,46	0,00
	BVAEB	621.500,04	0,00
	SVS	333.386,64	1.555,74
	Summe	6.218.968,14	1.555,74
			6.220.523,88

Titel	Beschaffung von COVID-19-Impfstoffen (DB 24.03.01.00)
Im BFG 2025 veranschlagte Mittel aus dem COVID-19-Krisenbewältigungsfonds	44.000.000,00 € (gesamthft veranschlagt für Impfstoffe, Impfstofflogistik und Impfbestock)
Beschreibung der Maßnahmen	<p>Österreich beteiligt sich am „Joint EU Approach to COVID-19 vaccines procurement“ um COVID-19-Impfstoffe von verschiedenen Herstellern zu beschaffen.</p> <p>Grundlage: MRV 27/44 vom 29. Juli 2020 MRV 30/17 vom 15. September 2020 MRV 47/27 vom 9. Februar 2021 MRV 58/16 vom 5. Mai 2021 MRV 8/21 vom 2. März 2022</p> <p>Gesetzliche Grundlage: Bundesgesetz, mit dem zur Abdeckung des Bedarfes zur Bekämpfung der Covid-19-Pandemie Ermächtigungen zur Verfügung über Bundesvermögen erteilt werden, zuletzt geändert mit BGBl. I Nr. 69/2023 sowie Bundesgesetz, mit dem die Begründung von Vorbelastungen durch den Bundesminister für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz genehmigt wird</p>

Materielle Auswirkungen	<p>Das COVID-19-Impfstoffportfolio besteht derzeit aus Impfstoffen von zwei verschiedenen Herstellern, wobei die Verträge sich in Stadien von bereits vollständig erfüllt bis laufenden Auslieferungen befinden.</p> <p>Bisher wurden rund 62,1 Mio. Impfstoffdosen von Österreich aus den bestehenden Verträgen abgerufen.</p> <p>Die EU hat Ende Mai 2023 in langwierigen Verhandlungen mit BioNTech-Pfizer erreicht, dass die Lieferverpflichtungen von 9,8 Mio. Impfdosen für 2023 um 4,9 Mio. reduziert wurden. Die restlichen Dosen wurden auf die Jahre 2023 (1,9 Mio.), 2024 (1,2 Mio.) und 2025 (1,8 Mio.) aufgeteilt.</p> <p>Nach Zulassung des BioNTech-Pfizer COVID-19-Impfstoffes auf die Variante JN.1. durch die Europäische Kommission am 03.07.2024 fand die Anlieferungen ab Juli 2024 durch den Hersteller statt.</p> <p>Mit 26.09.2024 wurde ein erneut auf die aktuellere Virusvariante KP.2. adaptierter Impfstoff des gleichen Impfstoffes zugelassen und ab Mitte Oktober 2024 nach Österreich geliefert.</p> <p>Ab Mitte August werden neue Impfstoffe (Variante LP8.1) für die kommende Saison bereitstehen. Von den für 2025 vorgesehenen 1,8 Mio Dosen müssen rd. 1,5 Mio unmittelbar bezogen werden und rd. 270.000 Dosen wurden auf das Jahr 2026 verschoben.</p> <p>Details können dem Punkt 3.2 Impfen entnommen werden.</p>																	
Finanzielle Auswirkungen	<p>Folgende Zahlungen wurden 2025 bis zum Monatsende des Berichts-Zeitraumes getätigt (Beträge in €):</p> <table><tr><td></td><td>Vormonate</td><td>Juni 2025</td></tr><tr><td>Summe</td><td>129.071,34</td><td>0,00</td></tr><tr><td>Gesamt</td><td colspan="2">129.071,34</td></tr></table> <p>Insgesamt wurden seit Beginn der Pandemie im Jahr 2020 folgende Zahlungen getätigt (Beträge in €):</p> <table><tr><td></td><td>2020 bis 2024</td><td>Jänner bis Juni 2025</td><td>gesamt</td></tr><tr><td>Summe</td><td>1.013.327.237,55</td><td>129.071,34</td><td>1.013.456.308,89</td></tr></table>		Vormonate	Juni 2025	Summe	129.071,34	0,00	Gesamt	129.071,34			2020 bis 2024	Jänner bis Juni 2025	gesamt	Summe	1.013.327.237,55	129.071,34	1.013.456.308,89
	Vormonate	Juni 2025																
Summe	129.071,34	0,00																
Gesamt	129.071,34																	
	2020 bis 2024	Jänner bis Juni 2025	gesamt															
Summe	1.013.327.237,55	129.071,34	1.013.456.308,89															

Titel	Impfkampagne (DB 24.03.01.00)										
Im BFG 2025 veranschlagte Mittel aus dem COVID-19-Krisenbewältigungsfonds	Keine Veranschlagung im BFG 2025										
Beschreibung der Maßnahmen	Bis zum 30.06.2022 wurde die Impfkampagne des Bundes über die UG 10 finanziert und vom Bundeskanzleramt abgewickelt. Aufgrund interner Vereinbarungen wurde die Impfkampagne des Bundes ab 01.07.2022 vom BMSGPK betreut und finanziert.										
Materielle Auswirkungen	Details können dem Punkt 3.3 Impfkampagne entnommen werden.										
Finanzielle Auswirkungen	<p>Insgesamt wurden seit Beginn der Pandemie im Jahr 2020 folgende Zahlungen getätigt (Beträge in €):</p> <table border="1"> <tr> <td></td><td>2020 bis 2024</td><td>Jänner bis Juni 2025</td></tr> <tr> <td>Summe</td><td>8.644.797,20</td><td>0,00</td></tr> <tr> <td>Gesamt</td><td colspan="2">8.644.797,20</td></tr> </table>			2020 bis 2024	Jänner bis Juni 2025	Summe	8.644.797,20	0,00	Gesamt	8.644.797,20	
	2020 bis 2024	Jänner bis Juni 2025									
Summe	8.644.797,20	0,00									
Gesamt	8.644.797,20										

Titel	Zahlung an den ESI-Fonds für COVID-19 Impfstoffe (DB 24.03.01.00)										
Im BFG 2025 veranschlagte Mittel aus dem COVID-19-Krisenbewältigungsfonds	Keine Veranschlagung im BFG 2025										
Beschreibung der Maßnahmen	COVID-19-Impfstoffe werden im Rahmen des „Joint EU Approach to COVID-19 vaccines procurement“ beschafft. Bei dieser Zahlung handelt es sich um eine Zuzahlung seitens der Mitgliedsländer an den Europäischen Struktur- und Investitionsfonds (ESI-Fonds) über welchen die gemeinsamen COVID-19-Impfstoffbeschaffungen gestartet wurden. Im Jahr 2020 wurde der ESI-Fonds um 750 Mio. € aufgestockt, wobei Österreichs Anteil bei 2,9 Prozent oder 21.757.912,00 € liegt. Grundlage: MRV 27/44 vom 29. Juli 2020 MRV 30/17 vom 15. September 2020										
Materielle Auswirkungen	Österreich leistete seinen Beitrag zur Aufstockung des ESI Fonds gemäß den Vorgaben der Europäischen Kommission. Die Aufstockung wurde nötig um einen siebenten (ursprünglich sechs) Impfstoffhersteller in das Impfstoffportfolio des Joint EU Approach to COVID-19 vaccines procurement aufzunehmen und die entsprechenden Anzahlungen seitens der EU zu tätigen.										
Finanzielle Auswirkungen	Insgesamt wurden seit Beginn der Pandemie im Jahr 2020 folgende Zahlungen getätigt (Beträge in €): <table><tr><td></td><td>2020 bis 2024</td><td>Jänner bis Juni 2025</td><td>gesamt</td></tr><tr><td>Summe</td><td>21.757.912,00</td><td>0,00</td><td>21.757.912,00</td></tr></table>				2020 bis 2024	Jänner bis Juni 2025	gesamt	Summe	21.757.912,00	0,00	21.757.912,00
	2020 bis 2024	Jänner bis Juni 2025	gesamt								
Summe	21.757.912,00	0,00	21.757.912,00								

Titel	Impfstofflogistik (DB 24.03.01.00)																			
Im BFG 2025 veranschlagte Mittel aus dem COVID-19-Krisenbewältigungsfonds	44.000.000,00 € (gesamthaft veranschlagt für Impfstoffe, Impfstofflogistik und Impfbestock)																			
Beschreibung der Maßnahmen	Übernahme, Lagerung und Verteilung von COVID-19 Impfstoffen. Die Beauftragung erfolgte an den österreichischen Pharmagroßhandel. Gesetzliche Grundlage: Bundesgesetz, mit dem zur Abdeckung des Bedarfes zur Bekämpfung der Covid-19-Pandemie Ermächtigungen zur Verfügung über Bundesvermögen erteilt werden, zuletzt geändert mit BGBl. I Nr.69/2023																			
Materielle Auswirkungen	Eine erste Beauftragung über die Impfstofflogistik von 6,1 Mio. Dosen wurde über 8,5 Mio. € erteilt. Eine Folgebeauftragung über 23,75 Mio. € im Wege der BBG wurde im Dezember 2021 durchgeführt. Ab dem 01.01.2023 steht eine weitere Folgebeauftragung mit einer Laufzeit bis 31. Mai 2025 und einem Höchstvolumen von 70 Mio. Dosen und maximal Kosten iHv. 36,2 Mio € in Kraft. Es besteht keine Verpflichtung zum tatsächlichen Abruf. Für die ordnungs- und gesetzmäßige Entsorgung wird der Logistikpartner beauftragt, der über Entsorgungsfirmen (Subunternehmer) die sachgerechte Entsorgung organisiert. Das BMASGPK erhält in weiterer Folge Zertifikate, dass die Impfstoffe ordnungsgemäß vom Entsorgungsunternehmen übernommen und vernichtet wurden. Die Entsorgungskosten der Impfstoffe für den Berichtszeitraum betragen rd. 2,9 Mio. €. Die restlichen rd. 1,8 Mio. € wurden für Impfstofflogistikkosten ausbezahlt.																			
Finanzielle Auswirkungen	Folgende Zahlungen wurden 2025 bis zum Monatsende des Berichts-Zeitraumes getätigt (Beträge in €): <table><tr><td></td><td>Vormonate</td><td>Juni 2025</td></tr><tr><td>Summe</td><td>4.731.590,71</td><td>0,00</td></tr><tr><td>Gesamt</td><td colspan="2">4.731.590,71</td></tr></table> Insgesamt wurden seit Beginn der Pandemie im Jahr 2020 folgende Zahlungen getätigt (Beträge in €): <table><tr><td></td><td>2020 bis 2024</td><td>Jänner bis Juni 2025</td><td>gesamt</td></tr><tr><td>Summe</td><td>35.273.172,80</td><td>4.731.590,71</td><td>40.004.763,51</td></tr></table>				Vormonate	Juni 2025	Summe	4.731.590,71	0,00	Gesamt	4.731.590,71			2020 bis 2024	Jänner bis Juni 2025	gesamt	Summe	35.273.172,80	4.731.590,71	40.004.763,51
	Vormonate	Juni 2025																		
Summe	4.731.590,71	0,00																		
Gesamt	4.731.590,71																			
	2020 bis 2024	Jänner bis Juni 2025	gesamt																	
Summe	35.273.172,80	4.731.590,71	40.004.763,51																	

Titel	Impfzubehör (DB 24.03.01.00)																				
Im BFG 2025 veranschlagte Mittel aus dem COVID-19-Krisenbewältigungsfonds	44.000.000,00 € (gesamthaft veranschlagt für Impfstoffe, Impfstofflogistik und Impfbestock)																				
Beschreibung der Maßnahmen	Um die beschafften COVID-19-Impfstoffe verimpfen zu können, werden Spritzen und Nadeln beschafft. Zur Rekonstituierung von Impfstoffen wird Kochsalzlösung (NaCl) beschafft. Gesetzliche Grundlage: Bundesgesetz, mit dem zur Abdeckung des Bedarfes zur Bekämpfung der Covid-19-Pandemie Ermächtigungen zur Verfügung über Bundesvermögen erteilt werden, BGBl. I Nr. 135/2020, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr.69/2023																				
Materielle Auswirkungen	<p>Bis zum Monatsende des Berichtszeitraumes wurden im Jahr 2025 Zahlungen für folgendes Impfzubehör geleistet:</p> <table><tr><td>1ml Spritzen</td><td>0,00 Stk.</td></tr><tr><td>3ml Spritzen</td><td>0,00 Stk.</td></tr><tr><td>NaCl 5ml Ampullen</td><td>0,00 Stk.</td></tr><tr><td>NaCl 10ml Ampullen</td><td>0,00 Stk.</td></tr><tr><td>Kanülen</td><td>0,00 Stk.</td></tr></table> <p>Insgesamt seit Pandemiebeginn wurden Zahlungen für folgendes Impfzubehör geleistet:</p> <table><tr><td>1ml Spritzen</td><td>48.551.800 Stk.</td></tr><tr><td>2ml und 3ml Spritzen</td><td>3.642.000 Stk.</td></tr><tr><td>NaCl Ampullen (10 und 5 ml)</td><td>3.184.600 Stk.</td></tr><tr><td>Kanülen</td><td>55.042.500 Stk.</td></tr></table>			1ml Spritzen	0,00 Stk.	3ml Spritzen	0,00 Stk.	NaCl 5ml Ampullen	0,00 Stk.	NaCl 10ml Ampullen	0,00 Stk.	Kanülen	0,00 Stk.	1ml Spritzen	48.551.800 Stk.	2ml und 3ml Spritzen	3.642.000 Stk.	NaCl Ampullen (10 und 5 ml)	3.184.600 Stk.	Kanülen	55.042.500 Stk.
1ml Spritzen	0,00 Stk.																				
3ml Spritzen	0,00 Stk.																				
NaCl 5ml Ampullen	0,00 Stk.																				
NaCl 10ml Ampullen	0,00 Stk.																				
Kanülen	0,00 Stk.																				
1ml Spritzen	48.551.800 Stk.																				
2ml und 3ml Spritzen	3.642.000 Stk.																				
NaCl Ampullen (10 und 5 ml)	3.184.600 Stk.																				
Kanülen	55.042.500 Stk.																				
Finanzielle Auswirkungen	<p>Insgesamt wurden seit Beginn der Pandemie im Jahr 2020 folgende Zahlungen getätigt (Beträge in €):</p> <table><tr><td></td><td>2020 bis 2024</td><td>Jänner bis Juni 2025</td><td>gesamt</td></tr><tr><td>Summe</td><td>11.641.903,89</td><td>0,00</td><td>11.641.903,89</td></tr></table>				2020 bis 2024	Jänner bis Juni 2025	gesamt	Summe	11.641.903,89	0,00	11.641.903,89										
	2020 bis 2024	Jänner bis Juni 2025	gesamt																		
Summe	11.641.903,89	0,00	11.641.903,89																		

Titel	Informationsschreiben 3. und 4. Impfung (DB 24.03.01.00)										
Im BFG 2025 veranschlagte Mittel aus dem COVID-19-Krisenbewältigungsfonds	Keine Veranschlagung im BFG 2025										
Beschreibung der Maßnahmen	<p>Gemäß Impfplan Österreich wurde allen Personen ab dem vollendeten 5. Lebensjahr eine 3. Impfung empfohlen. Laut den damaligen Empfehlungen konnte die 4. Impfung bei Personen ab dem vollendeten 12. Lebensjahr durchgeführt werden und wurde jeder Person empfohlen, die sich schützen wollte. Für Personen ab einem Alter von 60 Jahren, Personen mit dem Risiko für einen schweren Krankheitsverlauf und Personen mit einem erhöhten Expositions- und damit Infektionsrisiko wurde die 4. Impfung besonders empfohlen. Um die Bereitschaft für die dritte und vierte Impfung zu erhöhen, wurde ein personalisiertes Erinnerungsschreiben auf dem Postweg versandt. Für die 3. Impfung sollten alle Personen angeschrieben werden die älter als 18 Jahre alt waren und deren 2. Impfung mindestens 180 Tage zurücklag. Für die 4. Impfung sollten alle Personen angeschrieben werden die älter als 60 Jahre alt waren, und deren 3. Impfung mindestens 180 Tage zurücklag. Es ergingen keine Schreiben an Personen, die für die aktuell gem. NIG-Anwendungsempfehlung vorgesehene Impfung schon ein Erinnerungsschreiben erhalten hatten.</p>										
Materielle Auswirkungen	<p>Für den Versand der Erinnerungsschreiben wurde die Post AG beauftragt. Hierfür wurden knapp 5,403 Mio. Versendungen vorgenommen. Das Projekt ist mit 30.06.2023 ausgelaufen. Abschließende Rechnungen darüber wurden erst nach dem Auslaufen des Projekts gelegt.</p>										
Finanzielle Auswirkungen	<p>Insgesamt wurden seit Beginn der Pandemie im Jahr 2020 folgende Zahlungen getätigt (Beträge in €):</p> <table border="1"> <tr> <td></td><td>2020 bis 2024</td><td>Jänner bis Juni 2025</td><td>gesamt</td></tr> <tr> <td>Summe</td><td>4.547.472,99</td><td>2.179,63</td><td>4.549.652,62</td></tr> </table>				2020 bis 2024	Jänner bis Juni 2025	gesamt	Summe	4.547.472,99	2.179,63	4.549.652,62
	2020 bis 2024	Jänner bis Juni 2025	gesamt								
Summe	4.547.472,99	2.179,63	4.549.652,62								

Titel	Beschaffung von COVID-19-Arzneimitteln (DB 24.03.01.00)
Im BFG 2025 veranschlagte Mittel aus dem COVID-19-Krisenbewältigungsfonds	<p>Keine Veranschlagung im BFG 2025 (Bedeckung erfolgt aus Mitteln für Impfstoffe)</p> <p>250.961.111,50 € wurden im Jahr 2022 ausbezahlt 77.971.977,82 € wurden im Jahr 2023 ausbezahlt</p>
Beschreibung der Maßnahmen	<p>Um den höchstmöglichen Schutz erkrankter Personen zur Verhinderung von schweren Krankheitsverläufen zu gewährleisten, war die Beschaffung von Arzneimitteln gegen Covid-19 als Prophylaxe oder Therapie erforderlich, um dem österreichischen Gesundheitssystem ausreichend COVID-19-Medikation zur Verfügung zu stellen.</p> <p>Gesetzliche Grundlage: Bundesgesetz, mit dem zur Abdeckung des Bedarfes zur Bekämpfung der Covid-19-Pandemie Ermächtigungen zur Verfügung über Bundesvermögen erteilt werden, BGBl. I Nr. 135/2020, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr.69/2023</p>
Materielle Auswirkungen	<p>Die Beschaffung von folgenden Medikamenten ist vorgesehen bzw. wurde bereits abgeschlossen:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Dosen Paxlovid (Pfizer) • Dosen Lagevrio (MSD) • Dosen Xevudy (GSK) • Dosen Regkirona (Celltrion) • Dosen Evusheld (Astra Zeneca) • Dosen Ronapreve (Roche) <p>Es wurden dazu mehrere bilaterale Verträge zwischen Unternehmen und dem BMSGPK zum Kauf von mehreren hunderttausend Therapiezyklen abgeschlossen. Die konkrete Beschaffung belief sich auf insgesamt 425.250 Therapiezyklen.</p> <p>Aufgrund der Entwicklung der Infektionslage im Herbst 2023 und dem somit zu erwartenden Bedarf an COVID-19 Arzneimitteln im Dezember 2023 und Jänner 2024 hat des BMSGPK zur Versorgung der Bevölkerung mit Pfizer einen Rahmenvertrag zur Beschaffung von bis zu 18.300 Packungen Paxlovid (Paxlovid 150 mg + 100 mg Filmtabletten, PF-07321332 + Ritonavir) abgeschlossen. Von diesem Rahmenvertrag, der per 31.01.2024 endete, wurden insgesamt 17.758 Packungen abgerufen</p>

Finanzielle Auswirkungen	Insgesamt wurden seit Beginn der Pandemie im Jahr 2020 folgende Zahlungen getätigt (Beträge in €):		
		2020 bis 2024	Jänner bis Juni 2025
	Summe	341.922.334,82	0,00
			341.922.334,82

Titel	Beschaffung des Arzneimittels Remdesivir (DB 24.03.01.00)										
Im BFG 2025 veranschlagte Mittel aus dem COVID-19-Krisenbewältigungsfonds	Keine Veranschlagung im BFG 2025										
Beschreibung der Maßnahmen	<p>Gemäß MRV 33/17 wurde vereinbart, dass das zum damaligen Zeitpunkt einzige in der EU zugelassene Arzneimittel zur Behandlung von COVID-19, Veklury (Wirkstoff Remdesivir) im Rahmen des Joint EU Procurement Remdesivir, beschafft wird.</p> <p>Grundlage: MRV 30/16 vom 15. September 2020 MRV 33/17 vom 7. Oktober 2020</p>										
Materielle Auswirkungen	<p>Mit dem Hersteller Gilead Sciences GesmbH wurde eine Liefermenge von 39.000 Behandlungseinheiten vereinbart, wovon im Jahr 2020 38.970 Behandlungseinheiten geliefert und bezahlt wurden.</p> <p>Die vom Bund angekauften Behandlungseinheiten wurden den Ländern im Wege der COVID-Apotheken zur Verfügung gestellt. Die Rechtsgrundlage für die kostenfreie Abgabe durch das BMSGPK findet sich im Bundesgesetz, mit dem zur Abdeckung des Bedarfes zur Bekämpfung der Covid-19-Pandemie Ermächtigungen zur Verfügung über Bundesvermögen erteilt werden, BGBl. I Nr. 135/2020, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr.69/2023.</p>										
Finanzielle Auswirkungen	<p>Insgesamt wurden seit Beginn der Pandemie im Jahr 2020 folgende Zahlungen getätigt (Beträge in €):</p> <table border="1"> <tr> <td></td><td>2020 bis 2024</td><td>Jänner bis Juni 2025</td><td>gesamt</td></tr> <tr> <td>Summe</td><td>14.789.115,00</td><td>0,00</td><td>14.789.115,00</td></tr> </table>				2020 bis 2024	Jänner bis Juni 2025	gesamt	Summe	14.789.115,00	0,00	14.789.115,00
	2020 bis 2024	Jänner bis Juni 2025	gesamt								
Summe	14.789.115,00	0,00	14.789.115,00								

Titel	Beschaffung Influenzaimpfstoffe (DB 24.03.01.00)
Im BFG 2025 veranschlagte Mittel aus dem COVID-19-Krisenbewältigungsfonds	Keine Veranschlagung im BFG 2025
Beschreibung der Maßnahmen	<p>Gemäß Ministerratsbeschluss 10/25 wurde die Influenza Impfung für Kinder vom vollendeten 6. Lebensmonat bis zum vollendeten 15. Lebensjahr in das kostenfreie Kinderimpfprogramm aufgenommen.</p> <p>Gemäß MRV 36/26 wurde seitens des BMSGPK zudem eine bestimmte Menge eines Hochdosisimpfstoffs, der speziell für Personen >65 Jahren zugelassen ist, beschafft. Dieser Impfstoff wurde in den Influenza-Saisonen 2020/21 bis 2022/23 im Rahmen einer Impfkation in erster Linie in Alten- und Pflegeheimen und bei einzelnen Impfkationen zum Einsatz gebracht.</p> <p>Grundlage: Influenzaimpfung Kinderimpfkonzert: MRV 25/10 vom 25. Juni 2020; Influenzaimpfung Personen 65+: MRV 26/36 vom 7. Juli 2020</p>
Materielle Auswirkungen	<p>Für die Saison 2020/21 wurden über die Bundesbeschaffung GmbH BBG 300.000 Dosen Fluenz tetra (nasaler Lebendimpfstoff für Kinder vom vollendeten 24. Lebensmonat bis vollendeten 15. Lebensjahr) sowie 50.000 Dosen Vaxigrip tetra („Stichimpfung“ für Kinder vom vollendeten 6. bis vollendeten 24. Lebensmonat) verbindlich beschafft. Für die Impfkation in Alten- und Pflegeheimen standen 100.000 Dosen Fluzone zur Verfügung.</p> <p>Für die Saison 2021/22 ist über die BBG die Beschaffung der Menge an nasalem Lebendimpfstoff zur Influenza-Impfung von 20 % aller Kinder ab 6 Monate bis 14 Jahre verbindlich erfolgt (239.000 Dosen). Für Kinder von 6-24 Monaten wurde außerdem verbindlich die Beschaffung von 50.000 Dosen einer inaktivierten Vakzine zugelassen ab 6 Monaten beauftragt. Für Personen der Altersgruppe 65+ wurden 100.000 Dosen Influenza-Impfstoff <i>Eflueda</i> bestellt.</p> <p>In der Saison 2022/23 wurden für Personen der Altersgruppe 65+ 87.600 Dosen Fluad tetra für die Impfkation in Alten- und Pflegeheimen beschafft. Für Kinder vom vollendeten 24. Lebensmonat bis zum vollendeten 15. Lebensjahr standen 239.000 Dosen Fluenz Tetra sowie 60.000 Dosen Fluarix Tetra für Kinder vom vollendeten 6. Lebensmonat bis zum vollendeten 24. Lebensmonat zur Verfügung.</p>
Finanzielle Auswirkungen	Es wurden insgesamt 11.398.995,66 € für die Beschaffung von Influenza-impfstoffe zur Verfügung gestellt. Wovon 3.300.000,00 € auf die Impfstoffe für Personen 65 +, 4.588.781,40 € auf die Influenza Impfstoffe im kostenfreien Kinderimpfkonzert Saison 2020/21 und 3.510.214,26 € auf jene der Saison 2021/22 entfallen.

	Ab dem Jahr 2021 werden in diesem Zusammenhang keine Zahlungen aus dem COVID-19-Krisenbewältigungsfonds geleistet. Die Beschaffung der erforderlichen Influenzaimpfstoffe wurde im Rahmen des regulären Budgets des BMSGPK bedeckt.		
	Insgesamt wurden seit Beginn der Pandemie im Jahr 2020 folgende Zahlungen getätigt (Beträge in €):		
	2020 bis 2024	Jänner bis Juni 2025	gesamt
Summe	11.398.995,66	0,00	11.398.995,66

Titel	Beschaffung und Versand FFP2 Masken (DB 24.03.01.00)										
Im BFG 2025 veranschlagte Mittel aus dem COVID-19-Krisenbewältigungsfonds	Keine Veranschlagung im BFG 2025										
Beschreibung der Maßnahmen	<ul style="list-style-type: none"> Gemäß Ministerratsvortrag 39/12 vom 24.11.2020 beschloss die Bundesregierung Personen der Altersgruppe 65+, kostenlos FFP2 Masken per Post zu senden. Ab dem 17.12.2020 wurde das Tragen von FFP2 Masken in Alten- und Pflegeheimen seitens des Bundes angeordnet. Den Ländern wurden daraufhin zur Verteilung an die Alten- und Pflegeheime FFP2 Masken zur Verfügung gestellt. Weiters wurden FFP2 Masken zur entgeltfreien Verteilung in Sozialmärkten an Bedürftige beschafft. Außerdem wurden in einem Sonderkontingent FFP2 Masken zur Verteilung an Sozialeinrichtungen und Teststraßen durch die Bundesländer beschafft. <p>Grundlage: Ministerratsvortrag 39/12 vom 24. November 2020 Gesetzliche Grundlage: Bundesgesetz, mit dem zur Abdeckung des Bedarfes zur Bekämpfung der Covid-19-Pandemie Ermächtigungen zur Verfügung über Bundesvermögen erteilt werden, BGBl. I Nr. 135/2020</p>										
Materielle Auswirkungen	<p>Gemäß Ministerratsbeschluss wurden 10 Stück FFP2 Masken pro Person in der Altersklasse 65+ beschafft und die Versendung durch die österreichische Post AG beauftragt.</p> <p>Für Alten und Pflegeheime wurden 10 Mio. Stück FFP2 Masken beschafft und den Ländern zur Verteilung an die Alten und Pflegeheime zur Verfügung gestellt.</p> <p>Für 66 Sozialmärkte wurden 132.000 Stück, pro Markt 2.000 Stück FFP2 Masken bestellt und direkt an die Sozialmärkte geliefert.</p> <p>Für das Sonderkontingent zur Verteilung durch die Bundesländer wurden 15 Mio. Stück FFP2 Masken bestellt.</p>										
Finanzielle Auswirkungen	<p>Die Bedeckung wurde im Rahmen der Novelle des Bundesfinanzgesetzes 2021 (BGBl. I Nr. 89/2021) sichergestellt.</p> <p>Insgesamt wurden seit Beginn der Pandemie im Jahr 2020 folgende Zahlungen getätigt (Beträge in €):</p> <table border="1"> <tr> <td></td><td>2020 bis 2024</td><td>Jänner bis Juni 2025</td><td>gesamt</td></tr> <tr> <td>Summe</td><td>23.097.657,90</td><td>0,00</td><td>23.097.657,90</td></tr> </table>				2020 bis 2024	Jänner bis Juni 2025	gesamt	Summe	23.097.657,90	0,00	23.097.657,90
	2020 bis 2024	Jänner bis Juni 2025	gesamt								
Summe	23.097.657,90	0,00	23.097.657,90								

Titel	Förderung der Stopp-Corona-App (DB 24.03.01.00)										
Im BFG 2025 veranschlagte Mittel aus dem COVID-19-Krisenbewältigungsfonds	Keine Veranschlagung im BFG 2025										
Beschreibung der Maßnahmen	<p>Mit der Stopp Corona App stellte das Österreichische Rote Kreuz die offizielle österreichische Contact Tracing App zur Eindämmung von Neuinfektionen mit COVID-19 in den Sprachen Deutsch und Englisch zur Verfügung. Sie war über die App-Stores von Google und Apple kostenlos via Download erhältlich.</p> <p>Die Stopp Corona App hat einen wesentlichen Beitrag zur raschen Unterbrechung von Infektionsketten geleistet und zielte zur Verwirklichung dieser Aufgabe konkret auf die automations-unterstützte Erfassung von sogenannten Infektionsgefährdenden- bzw. Intensivkontakten ab. Die App diente der Verhinderung der weiteren Verbreitung des COVID-19 Virus in der Bevölkerung und der Unterstützung des klassischen Kontaktpersonenmanagements. Begegnungen wurden mittels digitalen Handshakes aufgezeichnet. Meldete sich eine der Person mit einer bestätigten COVID-19 Infektion bzw. aufgrund der Ergebnisse eines klinischen Fragebogens in der App als krank, wurden alle in den letzten beiden Tagen als kontaktiert gespeicherten Personen über diesen Umstand informiert und entsprechende Maßnahmen vorgeschlagen. Durch die nachfolgende Selbstisolation konnten Infektionsketten unterbrochen werden und eine wesentliche Unterstützung zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Gesundheit durch Eindämmung der COVID-19 Pandemie geleistet werden. Durch die Verwendung der App wurden die Nutzer:innen zudem fundiert über COVID-19 informiert und bei Bedarf konnten entsprechende Handlungsempfehlungen erteilt werden.</p> <p>Grundlage: MRV 27/43 vom 29. Juli 2020</p>										
Materielle Auswirkungen	Mit der Förderung wurde der weitere Betrieb der Stopp Corona App bis zum Ende des Jahres 2021 sichergestellt. Der Förderzeitraum wurde bei gleichen Bedingungen bis 28. Februar 2022 verlängert.										
Finanzielle Auswirkungen	<p>Insgesamt wurden seit Beginn der Pandemie im Jahr 2020 folgende Zahlungen getätigt (Beträge in €):</p> <table border="1"> <tr> <td></td><td>2020 bis 2024</td><td>Jänner bis Juni 2025</td><td>gesamt</td></tr> <tr> <td>Summe</td><td>1.996.590,48</td><td>0,00</td><td>1.996.590,48</td></tr> </table>				2020 bis 2024	Jänner bis Juni 2025	gesamt	Summe	1.996.590,48	0,00	1.996.590,48
	2020 bis 2024	Jänner bis Juni 2025	gesamt								
Summe	1.996.590,48	0,00	1.996.590,48								

Bundesministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz

Stubenring 1, 1010 Wien

Telefon: +43 1 711 00 – 0

Fax: +43 1 7158258

E-Mail: post@sozialministerium.gv.at

www.sozialministerium.gv.at

